Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

14. November 1977
Jg. 5 Nr. 46

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21061 C

Eskimos verteidigen ihr Recht auf Walfang

Ende Oktober beschloß das US-Außenministerium auf einen Vorschlag der Internationalen Walfangkommission hin, die Jagd auf Grönlandwale gänzlich zu verbieten. Das Fleisch und Öl der meterlangen Grönlandwale gelten als wichtigster Bestandteil der Ernährung der Eskimos. Ganze Dörfer leben vom Walfang. Die Internationale Walfangkommission wirft den Eskimos vor, die jährlichen Fangquoten der angeblich vom Aussterben bedrohten Grönlandwale zu erhöhen und damit den Bestand zu gefährden. Tatsächlich fangen die Eskimos durchschnittlich rund 24 Wale im Jahr, manchmal einige mehr. Sie sind entschlossen, ihre Rechte, ihre Lebensgrundlage gegen jedes Verbot zu behaupten. „Das Volk muß essen", sagte ein Sprecher. „Ihr könnt uns bedrohen. Ihr könnt uns einsperren und einschüchtern. Ihr könnt sogar Gewalt anwenden. Aber komme was wolle, unser Volk wird im nächsten Frühjahr auf dem Eis sein und Wale jagen."

Streik der mexikanischen Zitrusarbeiter in Arizona

Seit Anfang Oktober streiken die mexikanischen Landarbeiter von rund sechs Zitrusfarmen in Arizona, USA. Als „illegale" Arbeiter führen sie ein wahres Sklavendasein, vollständig rechtlos, ständig von Verhaftung und Abschiebung bedroht. Ihre Löhne betragen höchstens rund 5 Dollar (12 DM) pro Tag. Sie „wohnen" in offenen Camps mitten auf den Zitrusfeldern, ohne Wasser, ohne die einfachsten sanitären Verhältnisse. Die Zitrusarbeiter fordern einen Mindestlohn von 3 Dollar die Stunde, Nahrungsmittel, Kleidung, erträgliche Lebensverhältnisse. Bisher hat ihr Streik allem Terror durch die US-amerikanische Grenzpolizei, die bis Anfang November 240 Arbeiter festgenommen und abgeschoben hat, getrotzt. Auf einer Kundgebung erklärte ein Vertreter der Vereinigten Landarbeitergewerkschaft (UFW), die den Streik unterstützt: „Wir müssen für die Rechte aller Arbeiter kämpfen, einschließlich der ‚illegalen' Arbeiter. Wir führen dasselbe Leben, ernten dieselben Früchte, arbeiten auf denselben Feldern, und diese Arbeiter sollen dieselben Rechte haben, sich zu organisieren, wie jeder andere."

Gemeinsame Erklärung

Gemeinsame Erklärung

Gegenwärtig findet in Österreich eine Kampagne zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe, die sich zum Ziel gesetzt hat, zwei Landrover der Patriotischen Front zur Verfügung zu stellen, in ganz Österreich Unterstützung. Kürzlich ist eine gemeinsame Erklärung von Vertretern des Zentralverbandes Slowenischer Organisationen und einem Vertreter der Patriotischen Front, Genossen Chitando, verfaßt worden, in der es heißt: „Der Vertreter der Patriotischen Front hat sich in einem freundschaftlichen Gespräch mit der Lage und dem Kampf der slowenischen nationalen Minderheiten in Kärnten vertraut gemacht und informierte die Vertreter der slowenischen Organisationen über die Situation und den Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen Kolonialismus, Imperialismus und für die Befreiung ihrer Heimat. Beide Seiten drücken ihre Solidarität und gegenseitige Unterstützung im Kampf für ihre jeweiligen Ziele aus. Sie erklären, daß sie durch den gerechten Kampf für ihre Rechte trotz der Verschiedenheiten in der konkreten Situation und in den konkreten Zielen freundschaftlich verbunden sind."

Nationale Unterdrückung durch die neuen Zaren

Vor Tagen fanden Straßenkämpfe in der Landeshauptstadt der Unionsrepublik Litauen statt. Während eines Fußballspiels wurde „Russen raus!" gerufen. Danach kam es zu Straßenkämpfen mit der Polizei. Diese verhaftete sofort, die Massen wehrten sich gegen die Angriffe, Polizeiwagen wurden in Brand gesetzt und Barrikaden mit Autos gebaut. Am nächsten Tag patroullierte bewaffnetes Militär durch die Stadt. Das ist nicht das erste Mal, daß in den Baltischen Republiken die neuen Zaren der Sowjetunion die Armee gegen die Volksmassen einsetzen. 1972 waren es Fallschirmjäger. Die neue Bourgeoisie treibt es wie die alten Zaren. Auch sie waren schnell mit den Kosaken bei der Hand. Sie wissen, daß dort schon immer ein klassenbewußter Teil der revolutionären Arbeiterbewegung gekämpft hat. Lenin hat im Zusammenhang der Revolution von 1905 immer wieder den vorbildlichen Kampf des Proletariats hervorgehoben. Lenin sagte, „daß das Gouvernement Livland hinsichtlich der Beharrlichkeit des proletarischen Streikkampfes an erster Stelle steht. Im Jahre 1905 wurden im Gouv. Livland insgesamt 53917 Fabrikarbeiter gezählt, während die Zahl der streikenden 268567, d.h. fast das Fünffache (4,98fache) betrug!"

Carter: Feldherr des Handelskrieges bläst Frontbesichtigung ab

Streiks der US-amerikanischen Proletarier

Vom 22. November bis zum 3. Dezember hatte Carter eine Inspektionsreise an die Fronten des imperialistischen Handelskrieges geplant. Er wollte nach Venezuela, Brasilien, Nigeria, Indien, Iran, Saudi-Arabien, Frankreich, Polen, und beim Quartier der NATO in Brüssel wollte er auch vorbei. Die Reise ist abgeblasen. Carter kann nicht weg. Was ist los in den USA?

Aus allen Teilen der USA werden Streiks bekannt. Die Arbeiterklasse in den USA, die größte Abteilung der Weltarmee des Proletariats, beginnt ihre gewaltige Energie einzusetzen. Obgleich die Bewegung der US-Proletarier durch eine politische Zersplitterung gefesselt ist, die den schlimmen Zuständen in Europa jedenfalls gleichkommt, ist bekannt geworden:

Januar: Schon 8 Wochen Streik der Fleischpacker und Fleischereiarbeiter in Los Angeles. Die Kapitalisten versuchen, im tariflosen Zustand die Löhne direkt zu reduzieren und die Gewerkschaftsorganisation zu zerschlagen. Die Gewerkschaft fordert: Überstundenbegrenzung und Lohnerhöhung. Der Kampf zwingt die Fleischkonzerne, zurückzustecken. 20 Tage erbitterter Streik der Hotelangestellten in Miami/Florida. Streikposten, darunter viele Kubaner, widerstehen den gewaltsamen Angriffen von Streikbrecherbanden.

Im Februar muß General Motors erleben, daß die „Auswanderung" in den „rückständigen Süden" nichts nützt. In einer der „ausgewanderten" Automobilfabriken erzwingen die Arbeiter das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und das Recht, im Betrieb für ge-
tion und das Recht, im Betrieb für ge-
werkschaftliche Forderungen aufzutreten.

März: 33000 Bergarbeiter in Westvirginia im Kampf um Arbeiterrechte. Die Kapitalisten versuchen, krank geschriebenen Arbeitern das Krankengeld zu verweigern. Im Lauf des Streiks geht es um die Aufhebung der betrieblichen Strafjustiz, mit der die westvirginischen Manager Arbeiter verfolgen, die ihnen zu wenig arbeiten, und gegen die halsbrecherischen und lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen.

4000 Automobilarbeiter streiken bei Allice Chalmers, obwohl die Gewerkschaftsführung sich auf 4 Monate „Abkühlung" eingelassen hat. Forderungen sind: Ein neuer Lohnvertrag. Rücknahme geplanter Entlassungen. Zusicherung, daß im Fall von Kurzarbeit keine Lohnkürzung erfolgt. Gegen das Spaltungsmanöver des Managements, farbigen Arbeitern nur schlechtbezahlteste Arbeit zu geben.

1300 städtische Arbeiter in Atlanta. Sie fordern 50 Cents mehr Lohn und „Schluß mit der Unterdrückung". Die Bourgeoisie schickt den schwarzen Bürgermeister von Atlanta vor. Er droht und entläßt alle 1300 der überwiegend schwarzen Arbeiter. Arbeiter besetzen das Büro des Bürgermeisters. Kämpfe mit Streikbrechern. Der Streik dauert bis Ende April. – Dann wird er bei Mitwirkung der Gewerkschaft gebrochen.

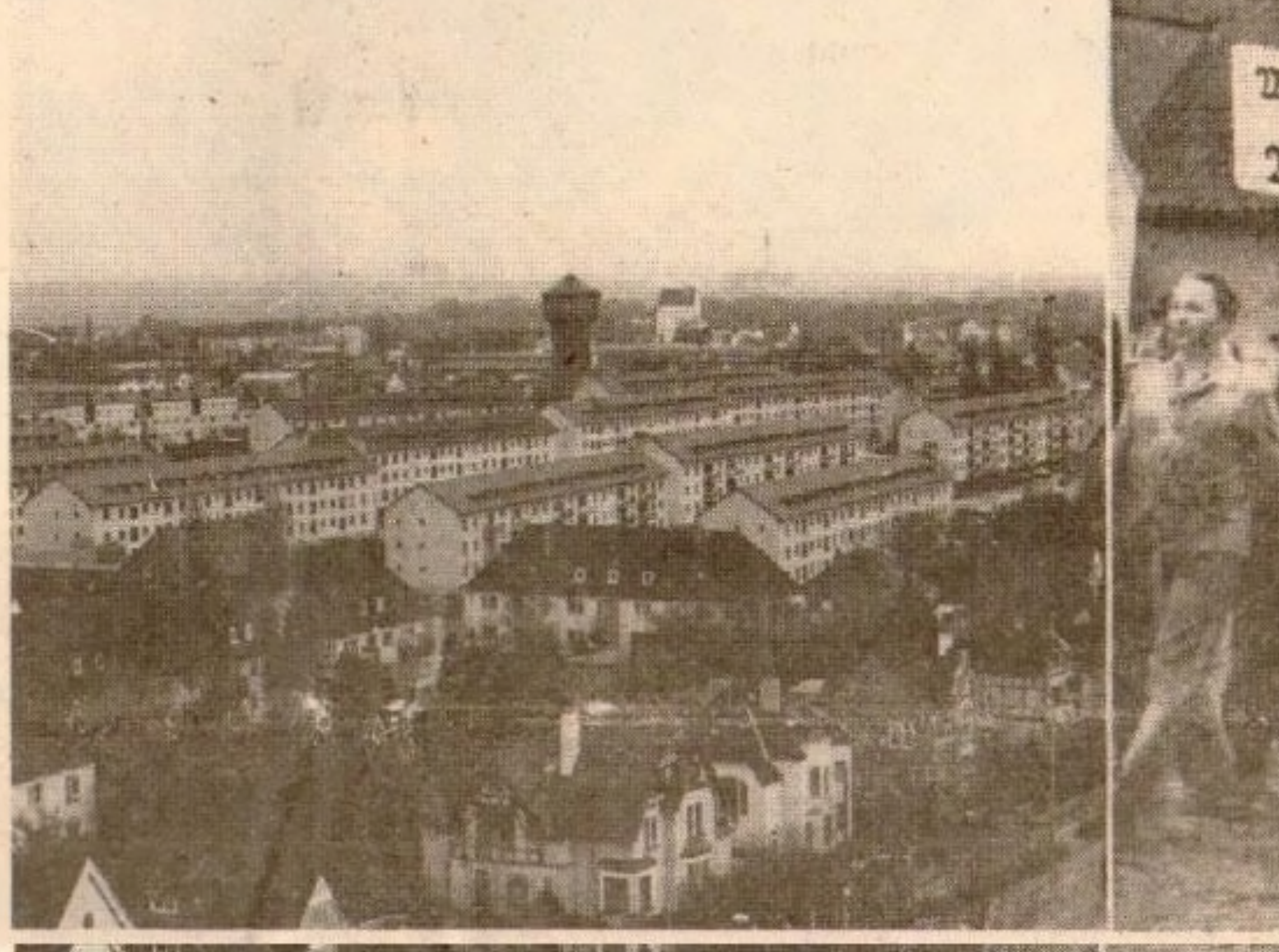
Im April wochenlanger Streik von 5000 Transportarbeitern in Philadelphia. Forderungen sind: Lohnerhöhung, besseres Krankengeld, Wiedereinstellung entlassener Arbeiter.

Mai: Bei Caterpillar in Kalifornien streiken 1300 gegen dies Traktorenmonopol. Die Arbeiter verlangen ein Ende der andauernd abgepreßten Überstunden. Arbeiter erklären, öfter *sieben Tage die Woche* arbeiten zu müssen.

Der Streik in der Bierbrauerei Coors dauert bereits zwei Monate an. Bei Coors verlangen die Kapitalisten, daß sich ein Arbeiter, dem sie anhängen, er könnte was gestohlen haben, sich einem Lügendetektortest unterzieht. Die Coors-Arbeiter mußten diesen Banditen vor 20 Jahren in einem Streik von 177 Tagen das Recht auf gewerk-

(Fortsetzung Seite 2)

US-Besatzertruppen – isoliert und selber eingesperrt





Die US-Besatzer haben inzwischen rund 210000 Soldaten in Westdeutschland stationiert. Ungefähr ebensoviel wie die Bundeswehr Wehrpflichtige hat. Die ausländischen Besatzer haben das Recht auf eigene Gerichtsbarkeit, Recht auf Durchführung von Manövern; die westdeutschen Staatsorgane sind verpflichtet, „strafbare Handlungen" westdeutscher Staatsbürger gegenüber den Besatzertruppen wie Verächtlichmachung der Truppe, Verleitung zum Ungehorsam usw. strafrechtlich zu verfolgen.

Die Bremerhavener Arbeiter haben gegen die Stationierung der US-Truppen gekämpft. Die „Nordseezeitung" vom 6.8.1954 schreibt dazu: „Bremerhavens Polizei zum zweiten Male ‚in die Flucht geschlagen', erhielt Verstärkung von zwei Zügen der Bremer Bereitschaftspolizei und sieht dem heutigen Tage ‚kampfstark' entgegen. 1500 Werftarbeiter, die am Donnerstag ihre Arbeitsplätze verließen, um – erfolgreich – das beschlagnahmte Gelände in Speckenbüttel gegen den Baubeginn zu verteidigen, kündigten an, heute notfalls mit 6000 Mann aufzumarschieren. (. . .) Der Oberbürgermeister ist verreist – ohne Adresse und Telefon, ohne Rückfahrkarte?" Unterlegen ist der Kampf der Arbeiter, weil der Kampf nicht gegen die Besatzer geführt wurde, sondern nur gegen die Zerstörung der Reproduktionsbedingungen.

Geschäftsführer in Sachen Ausbeutung

Arbeitgeberverbandshäuptling Schaarschmidt: Die Drecksarbeit nicht bewältigt / Vom Kampf der Arbeiter zerrieben

Gegen den Kampf der Arbeiter hält sich das Finanzkapital seine Leute, Geschäftsführer zur Durchsetzung von Lohnsenkung und Mehrarbeit. Wolfgang Schaarschmidt, bis vor zwei Monaten bei VFW Fokker Bremen, ist so einer. Er sitzt dem fünfköpfigen Vorstand des Arbeitgeberverbandes Metall Unterweser vor. Schaarschmidt, Hinz (Vorstand der kruppeigenen AG Weser Werft, für die Seebeckwerft Bremerhaven zuständig), Karl Mende vom Familienunternehmen Nordmende, Rudolf Kuhn (Vorstand der Vulkan-Werft, Thyssen Bornemisza Gruppe) und Peter Engisch (alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer der Lloyd-Dynamo-Werke, hundertprozentige Tochter der AEG) sind die Repräsentanten, die allesamt eingesetzt vom Finanzkapital die „heterogene Interessenlage" der regionalen Einzelkapitale auf der „Grenzlinie" vereinigen sollen, womit die „Solidaritätspflicht aller Branchen der Metallindustrie" (Gesamtmetall) gegenüber den Forderungen der Metallarbeiter gemeint ist. Prädestiniert sind sie für diese Aufgabe durch Spitzenleistungen in der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter in den Fabriken, denen sie vorstehen.

Im Unterweserstreik 1974 war es Schaarschmidt, der bei VFW massiv gegen die Streikfront vorging. Der über das Niederreißen der Werkszäune Streikbrechern den Weg ebnete, die Streikenden vor den Toren mit extra installierten Flutlichtstrahlern filmen und fotografieren ließ, der über Lautsprecher mit dem Verweis auf das „Recht auf Arbeit" und die Gesetze den Streikenden unentwegt drohte, „Arbeitswillige", also Streikbrecher ja nicht aufzuhalten, bis er seine Lautsprecherdrohungen unter dem systematischen Trillerpfeifeneinsatz der Metaller absetzen mußte. Pkw-Konvois genau wie Lkws wurden von ihm gechartert, die mit Streikbrechern auf der Pritsche versuchten, durch die Streikketten zu brechen. Durch den Einsatz von Streikenden aller Betriebe wurde das verhindert.

Neueinstellungen möglichst zwei Lohngruppen tiefer, Zusammenstreichung der bestehenden Pausenzeiten und die Durchsetzung eines Leistungsbewertungssystems für die Zeitlöhner, das die Meister zur Aufstellung einer monatlichen Besten(Hit-)liste verpflichtet, nach der sich die Entlohnung der Arbeiter und Angestellten richtet – das war und ist der Kurs, für den Schaarschmidt steht.

Bereits 1975 trat er direkt gegen „die Sicherung des Reallohneinkommens der Arbeitnehmer" auf. Das Steuer müsse herumgeworfen werden auf „Beschäftigungssicherung, Erhöhung der Wettbewerbs- und Existenzfähigkeit", denn „unter der falschen Flagge einer Umverteilung der Gewinne sei man in die Fehlentwicklung großen Ausmaßes hineingesegelt, deren Talsohle es jetzt (1975) zu durchschreiten gelte". Dem müsse Rechnung getragen werden, ansonsten sei an Beschäftigungssicherung nicht zu denken, insbesondere, wo in Bremen 40% des Umsatzes direkt vom Weltmarkt abhingen. Und an seine Klassengenossen gewandt: „Was die Unternehmen jetzt brauchen, sei vor allem etwas Mut."

Die Werftindustrie produzierte zu der Zeit auf vollen Helgen, insbesondere sie aber mußte einbezogen werden in den provokatorischen Kurs, der dann im gesamten Bundesgebiet von Gesamtmetall gesteuert wurde. Reagierte die Gewerkschaftssozialdemokratie mit Gejammere über „Verhandlungsboykott", so schritten die Arbeiter mit einer Welle von Warnstreiks zur Tat. So wurde ein Angebot (4%) als auch überhaupt ein Verhandlungsergebnis (5,4% und ein Tag Urlaub) erzwungen. Bei der Übernahme des Ergebnisses der Vorreiter-Tarifbezirke forderte Schaarschmidt als „einen Beitrag für die notleidende Industrie" der Region die Streichung bzw. Kürzung der Ausgleichszahlung für die tariflosen Monate. Durchsetzen konnte er sich gegen die Aktionen der Arbeiter in den Betrieben damit nicht. „Im Interesse der Erhaltung des Arbeitsfriedens habe man sich zu Konzessionen bereit erklärt", mußte er dann verkünden.

Die Schließung des Werkes Speyer war für ihn eine Notwendigkeit wie „ein Arm mit einem wildwuchernden Geschwür, den man abhacken muß, um den Körper zu retten". Die Arbeiter haben sich dem nicht gebeugt, das ein Teil von ihnen „abgehackt" wird. Speyer wurde nicht geschlossen. Jetzt sollen Arbeiter und Angestellte in Bremen entlassen werden. Dagegen wird hartnäckig der Kampf geführt mit nicht abreißenden Streikaktionen in den Bremer Werken seit Monaten. Schaarschmidt hat sich verschlissen: Er hat sich jetzt als unfähig für die VFW-Kapitalisten erwiesen, die Arbeiter und Angestellten zu spalten und ihren geschlossenen Kampf zu verhindern. Fokker hat ihn entlassen. Geändert hat sich am Kurs der Kapitalisten nichts. Für den September konnte VFW die Lohn- und Gehaltszahlungen nicht leisten. Die Belegschaft wurde darüber in Unkenntnis gehalten, aber obwohl sie auf Gerüchte angewiesen war, hat sie sich weiter zusammengeschlossen unter den Forderungen: Streik solange, bis die Entlassungen vom Tisch sind, kein Lohnabbau bei Übernahme oder Fusion mit MBB. Weil diese Front stand, mußte der Lohn gezahlt werden. Bis heute sind die angekündigten Entlassungen nicht durchgeführt worden.

(Fortsetzung Seite 2)

Carter: Feldherr des Handelskrieges bläst Frontbesichtigung ab

(Fortsetzung von Seite 1)
schaftliche Organisation abringen.

Juni: 3000 Lehrer in San Diego streiken. Streikziele: gegen sinkende Löhne und die anwachsende Überarbeit. 3000, das sind 60% der Lehrer der Gegend.

Den ganzen Monat über immer wieder Streiks der Bergarbeiter in den ganzen USA. Die Hauptforderung ist: Gegen die Kürzung der Krankengelder. Angeblich sollen die Krankenkassen pleite sein. Die Kapitalisten wollen eine „Selbstbeteiligung" der Bergarbeiter an den Krankenkosten durchsetzen.

Die Stahlarbeiter erheben sich gegen den niedrigen Tarifabschluß vom März. Gegen die erzwungene Überstundenarbeit, viele Forderungen zur Betriebssicherheit und zum betrieblichen Gesundheitswesen. Forderung nach Mindestlöhnen und Forderungen gegen die von den Kapitalisten versuchte Rassenspaltung.

Juli: J.P. Stevens, zweitgrößter Textilmonopolist der USA, Bollwerk der Reaktion. Im Kampf für gewerkschaftliche Freiheiten haben in den letzten Jahrzehnten schon Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen ihren Arbeitsplatz verloren. 46000 Arbeiter und Arbeiterinnen sind jetzt in offenem Kampf. Streiks, Demonstrationen, hauptsächlich im Süden der USA. 3 Dollar und kein Krankengeld ist der extrem niedrige Lohnstandard. Der Baumwollstaub in den Fabriken ist sehr gesundheitsschädlich.

Die Bergarbeiter der Blue Diamond Mine in Kentucky müssen sich mit von der Company bezahlten bewaffneten Banden schlagen, die bereits auf Streikposten geschossen haben. Die Arbeiter haben erklärt, daß sie die notwendigen Erhebungen durchführen werden, wenn die Company tatsächlich die gesamte Belegschaft entläßt und mit Streikbrechern neu anfängt, wie sie es vor hat.

In Detroit treten die Automobilarbeiter in Streik. Gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen, vor allem während der Hitzeperiode, und gegen die Sonderschichten.

Bei Essex Wire in Indiana hetzt die Company bewaffnete Banden auf streikende Arbeiter, die sich wehren. 85% der 220 Beschäftigten sind Frauen, viele über 45 und von Entlassung bedroht. Der Kapitalist hat 60 Mann Nationalgarde und 80 professionelle Streikbrecherbanditen gemietet. Bei den bewaffneten Auseinandersetzungen werden zwei Arbeiter und einer der Banditen verletzt. Den Arbeitern kommen 200 von einer Nachbarfabrik morgens und abends zu Hilfe.

Im August streiken die Automobilarbeiter in Detroit neuerlich, sie bauen Barrikaden vor die Fabrik, als die Firma nach den „wild cat strikes" Massenentlassungen und Maßregelung von Streikenden durchziehen will. Während sich Gewerkschaftsführer von den „Ausschreitungen" distanzieren, müssen sich Arbeiter gegen Polizei wehren, die mit Tränengas und Sturmtruppen angreift.

Im Kohlebergbau setzen die Arbeiter ihre Streiks fort. Anfang August stehen 15000 im Streik.

In der Telefon- und Elektroindustrie stimmt die überwältigende Mehrheit der Arbeiter für Streik gegen das Tarifangebot der Kapitalisten. Die Arbeiter verlangen Rechte gegen die Rationalisierung, Mutterschutz, Erhöhung der Rentenzahlung der Kapitalisten, betriebliches Sanitätswesen.

Am 1. August treten 17000 Stahlarbeiter nach Urabstimmung in Streik. Die Kapitalisten erklären den Streik für illegal. Wegen des „ENA-Abkommens" mit der Gewerkschaftsführung, das praktisch ein Streikverbot enthält. Mitte August befinden sich 20000 Stahlarbeiter im Streik. Das ist der erste große Streik in der Stahlindustrie seit 18 Jahren.

Ende August befinden sich in den Appalachen 90000 Kohlegrubenarbeiter im Streik. Die Kapitalisten, die zwar in die Krankenkassen zahlen müssen, behaupten aber je nach Produktionslage jetzt, die Kassen seien leer, weil die Bergarbeiter streiken. Der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, Miller, tritt gegen die Streiks auf und ruft zum Streikbruch auf.

In der Stahlindustrie greifen die Kapitalisten zur Aussperrung.

Bei Fred. Rothschild Co. in Los Angeles, Textilindustrie, ein großangelegter Streikbruchversuch. Der Kapitalist, eine Rotte Polizei und eine Horde Streikbrecher marschieren, um eine überlebensgroße US-Flagge geschart, auf die Streikposten und kriegen Musik.

Im September geht der Bergarbeiterstreik in die 13. Woche. 95 Betriebe der Glasindustrie in Californien liegen still, 16000 streiken. Im Oktober Streiks auf verschiedenen Plantagen in Arizona, meist von „illegalen", d.h. eingewanderten Arbeitern, die zu Sklavenbedingungen ausgebeutet werden. Drei große Streiks: 50000 Docker an der Atlantikküste. 50000 Lockheed-Arbeiter. 18000 Stahlarbeiter im dritten Streikmonat. Die Streiks in den Kohlengruben werden fortgesetzt. In der Stahlindustrie wollen die Kapitalisten Massenentlassungen durchführen. In Arizona Streik der Zitrus-Arbeiter.

Der Streik bei der Coors-Brauerei dauert jetzt den 8. Monat an. Die Kapitalisten können einen erheblichen Teil der Produktion mit Streikbrechern betreiben.

Die Zeitungspresse befindet sich im Monopolbesitz der Kapitalisten. Rundfunk und Fernsehen sind Staatsmonopole. Sowohl in den USA liegt ein Sicherheitsfiltersystem vor solchen Nachrichten als auch noch ein zweites hier.

Die internationale Gewerkschaftsorganisation, deren vornehme Pflicht die Unterrichtung, wenigstens die Unterrichtung der Proletarier von den Kämpfen ihrer Klassenbrüder in anderen Ländern wäre, befindet sich offenbar in Händen von Genossen, welche die Mitgliedsbeiträge als Schweigegelder ansehen.

Die Stimme der Marxisten-Leninisten, die in allen imperialistischen Ländern am Aufbau von Parteiorganisationen arbeiten, ist noch schwach. Unsere Nachrichten mögen auch da und dort ungenau sein.

Worum es uns aber geht: Während unsere Klassengenossen in den USA in den schwersten Kämpfen seit Jahrzehnten stehen, schwadronieren hier gewisse Leute davon herum, daß man die schwierige Lage auf dem Weltmarkt doch sehen müsse usw. Dies sind Banditen, die darauf spekulieren, daß die westdeutschen Monopolbourgeois einen dicken Profit bei Streikbruchexporten machen. Die USA sind der entscheidende Konkurrent der BRD-Kapitalisten auf den Weltmärkten, gefolgt von Japan und den europäischen Ländern.

In Wahrheit war die internationale Lage seit Jahrzehnten nicht so günstig für erfolgreiche Streiks, gerade weil der Exportanteil der BRD-Monopole so hoch ist.

Und außerdem: Wenn man hier stillehält, so werden die US-Kapitalisten bei ihren Versuchen, die Arbeiter niederzuknüppeln und ihre Streiks zu zerschlagen, erheblich bessere Aussichten haben.

In den USA ist Carter, der Feldherr des imperialistischen Handelskrieges, zu Hause geblieben. Die Truppen wollen nicht wie er und seine Kumpanen wollen. Helmut Schmidt aber reist noch, dieweil die Löhne absacken. Das muß doch nicht sein? Das US-Proletariat, die größte Abteilung der Weltarmee des Proletariats, erwacht politisch. Nach dem Kampf gegen den imperialistischen Unterdrückungskrieg in Vietnam jetzt ein gewaltiger Aufschwung der Arbeiterbewegung. Wer aufruft, diesen heroischen Kämpfen durch Stillhalten in den Rücken zu fallen, der schneidet tief ins Fleisch des Proletariats. – (Z-Red.)

Die Imperialisten bereiten im Nahen Osten einen neuen Krieg vor



Am 9.11. hat Israel mehrere Bombenangriffe auf den Süden im Libanon geflogen. Dabei wurden Hunderte von Menschen ermordet. Carter: „Ein gewisses Maß an Vergeltung sei nötig" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.11.77).

Die Imperialisten bereiten im Nahen Osten einen neuen Krieg vor, sie haben ihre Pläne, den Südlibanon von den Israelis besetzen zu lassen, noch nicht aufgegeben. Die palästinensischen Massen sollen nach dem Willen der US-Imperialisten und Sozialimperialisten in Reservate eingepfercht werden. Um die arabischen Staaten zu spalten, haben die Supermächte ein gemeinsames Abkommen geschlossen, in dem sie sich gegenseitig als „Garantiemächte" anerkennen, zugleich haben die Sozialimperialisten ein Abkommen mit Israel geschlossen, das die Anerkennung der PLO nicht mehr zur Voraussetzung macht.

In Damaskus haben anläßlich der Balfour-Erklärung Massenaktionen stattgefunden. Die Balfour-Erklärung war das Abkommen der imperialistischen Mächte zur „Gründung" Israels. Die arabischen Massen haben sich in diesen Aktionen eindeutig für die Rechte des palästinensischen Volkes und für die PLO ausgesprochen. Mit Erklärungen der arabischen Staaten in der UNO, die vor allem die uneingeschränkte Unterstützung der Völker der Dritten Welt fanden, ist die Front gegen den Imperialismus weiter gestärkt worden. Am Samstag wurde in Tunis die arabische Außenministerkonferenz eröffnet, an der Delegationen der 21 arabischen Mitgliedsstaaten und der palästinensischen Befreiungsorganisationen teilnehmen. Der tunesische Ministerpräsident Hedi Nouira rief zu verstärkter Solidarität und einer einheitlichen Front gegen Israel auf.

Geschäftsführer in Sachen Ausbeutung

(Fortsetzung von Seite 1)

„Die Industrie führt zwei Heeresmassen gegeneinander ins Feld, wovon eine jede in ihren eigenen Reihen zwischen ihren eigenen Truppen wieder eine Schlacht liefert. Die Heeresmasse, unter deren Truppen die geringste Prügelei stattfindet, trägt den Sieg über die entgegenstehende davon." (Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital, S. 21)

Die Konkurrenz unter den Kapitalisten ist heute noch spitzer als damals. Die Kapitalisten haben sich nicht weniger, sondern mehr als je an Lohnsenkung vorgenommen, um in der imperialistischen Konkurrenz weitere Vorteile zu erringen. Noch ist Schaarschmidt Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes. Wahrscheinlich wird das Finanzkapital bald jemand anderem die Drecksaufgabe übertragen. Der Mann ist gescheitert. „Glücklos", heißt das unter Bourgeois. Das drückt Zersetzung der feindlichen Reihen aus. Für die Arbeiterklasse ist es überhaupt kein Grund nachzulassen. Im Aufbau einer einheitlichen Front für 220 DM kann sie die Widersprüche noch ganz anders zum Tanzen bringen. Mit der endgültigen Beseitigung des Privateigentums wird sie solchen Verbrechern wie Schaarschmidt den Boden entziehen, auf dem sie gedeihen. – (Bezirk Bremen Unterweser)

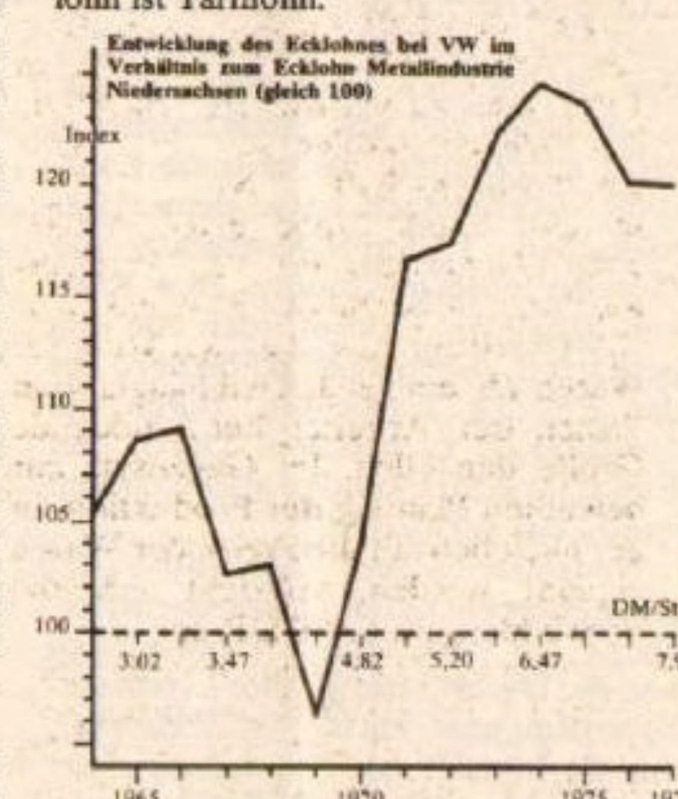
Bei VW ist der Tariflohn Effektivlohn

Schon seit 1948 hat VW Wolfsburg wie später auch die VW-Zweigwerke einen Haustarif. Der bürgerliche Staat hat, als erstmals wieder Tarifverträge zwischen den Kapitalisten und den Gewerkschaften abgeschlossen wurden, gleich dafür gesorgt, daß die VW-Arbeiter aus dem Tarifgebiet Niedersachsen ausgegliedert wurden.

Eine große, objektiv über die Produktion organisierte Belegschaft hat auch objektiv günstige Bedingungen, den Lohnkampf der Arbeiter erfolgreich anzuführen. Die Bourgeoisie hat daher die Lohnverhandlungen bei VW zeitlich nach dem Abschluß in der Metallindustrie Niedersachsen gesetzt, so daß die Kampfaktionen der VW-Arbeiter keinen direkten Einfluß mehr haben sollen auf den Abschluß der übrigen Metallarbeiter, wie umgekehrt ein niedriger Abschluß im Tarifgebiet automatisch auf die VW-Arbeiter drückt. Eine fette Spaltung der Klasse.

Dafür wird ein Preis gezahlt, damit die VW-Arbeiter aus dieser Konstruktion nicht ausbrechen sollen – der Tariflohn bei VW ist höher als im Tarifgebiet Niedersachsen.

Um dieses „über" aber nach oben dicht zu machen, gibt es bei VW ähnlich wie in öffentlichen Diensten keine außertariflichen Zulagen, wie sie die meisten Metallkapitalisten zu zahlen gezwungen sind. Unter dem Druck der industriellen Reservearmee setzen die Kapitalisten jedoch mehr und mehr die Anrechnung des Effektivlohnanteils auf die Tariferhöhung durch. Das geht bei VW nicht, Effektivlohn ist Tariflohn.



Um hier voranzukommen beim Lohnraub, ist eine direkte Lohnsenkung nötig. Das ist der VW AG auch gelungen, 68/69 unter dem Druck der kapitalistischen Überproduktionskrise großen Ausmaßes in der Automobilindustrie, indem ein Tarifvertrag über 19 Monate Laufzeit abgeschlossen wurde. Dagegen hat sich die Belegschaft, wie auch das Schaubild belegt, umso bewußter zusammengeschlossen im Kampf um den Tariflohn. Da sie aber weiterhin vom Lohnkampf der übrigen Metallarbeiter abgeschlossen sind, beginnt ein großer Unterschied im Tariflohn Niedersachsen – auf den die Metaller durch Streichung ihrer bisherigen Effektivlohnanteile gedrückt werden – und dem Haustarif bei VW zu klaffen, was erneut spaltet.

Die Absicht der VW-Kapitalisten ist und bleibt es, den Tarif-/Effektivlohn der VW-Arbeiter zu drücken und alle Tariflöhne niedrig zu halten, um über den Zwang zu Mehrarbeit die Profitmasse im gleichen Zeitraum zu erhöhen. Der VW-Vorstandsvorsitzende Schmücker hat zu einem weiteren Mittel gegriffen, das Lohnniveau drastisch zu senken. Die 59er-Regelung hat ihm 6000 Arbeiter, durchweg in den höchsten Lohngruppen, vom Halse geschafft. Sie sind ersetzt worden durch Neueinstellungen in den niedrigsten Lohngruppen.

Umgruppierungen in den Werken zum Zwecke der Abgruppierung sind eine weitere großangelegte Taktik der Kapitalisten. Der Kampf dagegen wird in jeder Abteilung geführt.

Diese Lage hat auch Steinkühler studiert und er kündigt statt einer Lohnforderung ein Abkommen gegen Abgruppierung als erstrebenswert an.

Ordnet man all diese Manöver, zeigt sich nur umso deutlicher: Grundlegend für die gesamte Arbeiterbewegung ist ein ausreichender Tariflohn für den 7-Stunden-Normalarbeitstag. – (N-Red.)

Leistungsgerechter Lohn?

„Oft mußten Sie sich beschweren, daß ... Ihr Nachbar „seine Minuten" für den Tag bereits erarbeitet (hatte), während Sie Ihren Verdienst noch nicht erreicht hatten." Es soll „endlich die oft geforderte Möglichkeit gegeben (werden), die notwendigen Minuten für die Entlohnung auch wirklich zu erarbeiten." (Massey-Ferguson Produktivitätsaktivierungsprogramm-Information)

Seit zweieinhalb Jahren wollen die Massey-Ferguson-Kapitalisten bei Hanomag Hannover ein „gerechtes Lohnsystem" einführen, „Most", eine Weiterentwicklung von MTM.

In der Kurbelwellenproduktion bei Hanomag arbeiten 17 Arbeiter seit dem 1. Oktober wieder im Dreischichtrhythmus. Nach einem Monat mußten sich neun Arbeiter krank schreiben lassen. In Akkord werden Kurbelwellen für Zwei- bis Sechs-Zylinder-Landwirtschafts- und Baumaschinen produziert. Die Wellen wiegen zwischen 15 und 70 kg. An den sechs Drehmaschinen arbeiten pro Schicht drei Mann. 20 Wellen pro Maschine sind Akkord, macht 40 Wellen pro Schicht und Arbeiter. Die beiden Hublagerdrehmaschinen sind von 1939, ca. fünf Meter lang und 1,80 m hoch und breit. Die Wellen werden mit Altöl gekühlt. Die Hitze und die Drehgeschwindigkeit zerstäubt das Öl. Einen Abzug gibt es nicht.

Mit einer Laufkatze werden die Wellen auf den Haken genommen, in die Vorrichtung eingelegt und eingespannt. Während Maschine 1 wieder läuft, wird die fertige Welle aus Maschine 2 genommen, geprüft und zum Hobeln gegeben. Die Welle aus Maschine 1 geprüft, in die Maschine 2 gelegt und abgedreht. Inzwischen ist die nächste Welle aus Maschine 1 fertig. Rausnehmen, prüfen, neu einlegen. Abdrehen. Wieder hin zu Maschine 2. Welle fertig, rausnehmen, prüfen, Welle von Maschine 1 einlegen usw. Die Vorgabe für eine Welle beträgt 24 Minuten. Häufig wird das nicht geschafft.

Vier bis sechs Stunden dauert so eine Umrüstung, wobei man auf den verölten und glatten Maschinen rumturnen und schwere Vorrichtungen von Hand einsetzen muß. Mehrmals sind dabei Arbeiter ausgerutscht, in die Späne oder die Maschine gefallen.

Bezahlt wird nach Lohngruppe 7. 932,33 DM Grundlohn. Zum Akkord gezwungen, kommst du auf 1797,49 DM brutto oder 1240,26 DM netto. Mit Nachtschicht- und Erschwerniszulage hast du dann 1877,65 DM brutto, macht 1276,80 DM netto. Für 36,54 DM mehr in der Tasche schrankenlose Ruinierung der Arbeitskraft. 600,85 DM deines Lohnes siehst du erst gar nicht. 425 Wellen keulst du monatlich. 4,42 DM brutto bringt das pro Welle oder 3 DM netto.

Vor einigen Monaten wurde neu gestoppt. 24 Wellen wollten sie aus uns rauspressen. Der „Gerechtigkeit" wegen. Aus den Nebenzeiten von zehn Minuten war nicht mehr zu holen. Also Hauptzeit, Maschinenzeit kürzen. Öfter den Stahl auswechseln; statt Bearbeitung von 425 Sechs-Zylinderwellen und monatlich 29,75 t Stahl nun 510 Wellen mit 35,7 t Stahl. Pro Welle also 74 Pf. brutto oder 50 Pf. netto weniger Lohn. Diese Kapitalistengerechtigkeit hätte ihnen einen Extraprofit von 370 DM nur an den Hubdrehmaschinen eingebracht. Sie sind nicht durchgekommen.

Auf jeder Betriebsversammlung sind die Kapitalisten bisher aufgetreten und haben für ihr neues Akkordsystem geworben. Jedesmal sind Arbeiter dagegen aufgestanden, die von „Probearbeitsplätzen". Mit einer „leistungsgerechten Zulage" von 1,06 DM sind Arbeiter für diese Arbeitsplätze geworben worden. „Leistungsgerechte Arbeitsplätze"? Unter den Arbeitern ist dieser Ruf dahin, die Sozialdemokraten versuchen, ihn wieder zu beleben. Auf dem IGM-Gewerkschaftstag haben sie festgelegt: Jahresgrundlohn und Zulagen nach Leistung und Qualifikation.

Die Arbeiter schaffen alle Werte, sie schaffen sie als Eigentum der Kapitalisten. Für die Wiederherstellung der Arbeitskraft erhalten sie soviel, wie sie den Kapitalisten im Kampf abringen können. Solange, bis die Produktionsmittel in den Händen der Arbeiter sind.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19, Telefon 0611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3 406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 46/77: 32000

Vitale Interessen und Flottenmanöver der Supermächte in der Ostsee

„Eine aus vier Zerstörern sowie einem Versorgungstanker bestehender amerikanischer Flottenverband ist jetzt in die Ostsee eingelaufen", meldet die „Frankfurter Allgemeine" am 3.11. den Beginn eines 14 Tage dauernden Manövers von NATO-Marine in der Ostsee. Neben dem US-amerikanischen Flottenverband nehmen dänische und niederländische Marineeinheiten teil sowie westdeutsche Zerstörer, Fregatten, U-Boote, Schnellboote und Flugzeuge. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt weiter:

„Zweck dieser seit vielen Jahren routinemäßig wiederholten Übungen ist die demonstrative Inanspruchnahme des Rechts auf friedliche Durchfahrt durch die Meerengen, die Ostsee und Nordsee trennen, sowie die Ansicht, darauf hinzuweisen, daß die amerikanische Marine die Ostsee als internationales Seerecht betrachtet und sie sich der ihr dadurch gegebenen Rechte auch bedienen wolle. Die Übung wird zugleich auch als Zeichen für das unverändert hohe Interesse der Vereinigten Staaten an der Nordflanke der NATO gewertet."

Das „Recht auf friedliche Durchfahrt durch die Meerengen" wird mit diesem Kriegsmanöver bis in die östliche Ostsee hinein in das Gebiet zwischen der schwedischen Insel Gotland und der russischen Ostseeküste „in Anspruch genommen"; hier spielt sich der größte Teil des Manövers ab.

Die Ostsee hat für beide Supermächte und die unter ihrer Herrschaft stehenden Militärpakte besondere Bedeutung. „Die Ostsee führt in das Gebiet von Leningrad, einem der größten Industriezentren der Sowjetunion", schreibt der dänische Verteidigungsminister Moler im NATO-Brief (4/76). „Entlang der russischen, polnischen und ostdeutschen Ostseeküste konzentrieren sich 50 Prozent der Werftkapazität des Warschauer Paktes. Hier werden neue Kriegsschiffe und Waffensysteme erprobt und die Mannschaften erhalten ihre Grundausbildung zur See. Im Kriegsfalle würde dieses Gebiet als Depot- und Reparaturzone des Warschauer Paktes für die Seestreitkräfte im Atlantik und als Versorgungsbasis für die übrigen Streitkräfte benutzt werden."

Keine Frage, welcher „gegebenen Rechte" sich die US-Imperialisten gegebenenfalls „bedienen" wollen. Die Beherrschung der Ostsee „...führt in das Gebiet von Leningrad", versetzt sie in die Lage, nicht nur ihre Truppen in der DDR, in Polen und der Sowjetunion landen zu lassen, sondern auch die Staaten des Warschauer Paktes von wichtigen Verbindungswegen zu den Weltmeeren abzuschneiden.

Rivalität um die dänischen Meerengen

10000 bis 15000 Schiffe von Warschauer-Pakt-Staaten durchfahren jährlich die dänischen Meerengen, befördern in beiden Richtungen einen Teil ihres Außenhandels. Von den rund 100000 Tonnen Erdöl, die pro Tag durch die Ostseeausgänge befördert werden, stammt das meiste aus der Sowjetunion, die durch die Kontrolle der Meerengen durch die NATO nicht nur im Krieg empfindlich getroffen würde.

Als die US-Imperialisten 1958 von Dänemark die „freie Durchfahrt" ihrer Handels- und Kriegsschiffe durch die dänischen Meerengen abpreßten, hielt es die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion, die erst unlängst die Macht ergriffen hatte, angesichts der militärischen Überlegenheit der NATO noch für ratsam, sich gegen die Durchfahrt von Kriegsschiffen auszusprechen. Das ist lang her. Im Frühsommer des Jahres erst führten die Warschauer-Pakt-Staaten UdSSR, DDR und Polen ein Manöver in der Ostsee durch, mit dem sie ihrerseits probten, die dänischen Meerengen unter Kontrolle zu bekommen, um ihrer Handelsflotte „freie Durchfahrt" zu sichern und die Versorgung der Nordmeerflotte aus den Depots bei Kalingrad und ihre Verstärkung durch die baltische Flotte sicherzustellen.



Handel der UdSSR mit den Ostseeanliegerstaaten

Die baltische Flotte besteht heute im wesentlichen neben einigen Kreuzern, Zerstörern und Geleitschiffen, U-Jagdbooten und U-Booten aus zum Teil hochmodernen Landungsbooten und -schiffen. Mit ihnen können die Sozialimperialisten binnen kürzester Zeit eine große Anzahl schwerer Kampfpanzer und Marineinfanterieeinheiten in Schweden, Dänemark, Schleswig-Holstein landen lassen; und, wenn es erforderlich ist, auch in der DDR und Polen.

Höchst vitale Interessen haben die Sozialimperialisten in den Ostseeanliegerstaaten zu verteidigen. Die bisherige Entwicklung ihres Handels mit diesen Staaten und erst recht ihre diesbezüglichen ehrgeizigen Absichten geben Aufschluß darüber.

Der Handel der UdSSR mit den Ostseeanliegern und RGW-Staaten *DDR* und *Polen* allein macht 1976 39 Prozent ihres gesamten Handels mit den RGW-Staaten aus. Bis 1974 bzw. 1975 hatten sowohl die DDR als auch Polen gegenüber der UdSSR eine positive Handelsbilanz, seither ist sie negativ und das in wachsendem Ausmaß. (DDR 1975: – 337,2 Millionen Rubel, 1976: – 438,6 Millionen Rubel; Polen 1975: 219,2 Millionen Zl, Januar bis September 1976: – 309,6 Millionen Zl). 1974/75 hatten die Sozialimperialisten, die hauptsächlich Roh- und Brennstoffe exportieren, die Preise einseitig und gewaltig erhöht. Für dieselbe Menge russischer Einfuhren mußten Polen und die DDR, die jeweils eine wachsende Menge an Maschinenanlagen und Ausrüstungen, ihren Hauptlieferungen für die sowjetische Kriegswirtschaft, exportieren.

Mit einem Anteil von 16% am finnischen Export im ersten Halbjahr 1977 bleibt die UdSSR *Finnlands* zweitgrößter Abnehmer, sie blieb sein größter Lieferant. Die negative finnische Handelsbilanz rührt aus dem Handel mit der Sowjetunion: 1975 betrug sie gegenüber der Sowjetunion – 443 Millionen Finnmark, in den ersten 9 Monaten 1976: – 554 Millionen Finnmark. 1977 dürfte sie, aufgrund 20prozentiger Preissteigerungen beim Erdöl, von dem Finnland zu 100% abhängt, sich weiter verschlechtern. Im Mai 1977 setzten die Sozialimperialisten ein langfristiges Kooperationsprogramm mit Finnland durch, das eine drastische Ausweitung finnischer Lieferungen an die UdSSR, vor allem im Bereich der Schiffe und Schiffahrtsausrüstungen und der Maschinenausrüstungen für die Zellstoff- und Papierindustrie vorsieht.

Das Volumen des sowjetischen Handels mit *Dänemark* und *Schweden* ist demgegenüber noch verhältnismäßig klein. Nachdem der Umfang des Handels mit Schweden 1974 um 83% auf 436 Millionen Rubel und 1975 auf 550 Millionen Rubel stieg, ist er 1976 wieder leicht zurückgegangen – eine Reaktion Schwedens auf die steigenden Preise für Brennstoffe und Erze, die es aus der UdSSR importiert. Am 7. April 1976 haben die UdSSR und Schweden ein Handelsabkommen für die Jahre 1977 bis 1981 abgeschlossen, das die Sozialimperialisten gleich zur Erpressung nutzen: „Wie in diesem Jahr von sowjetischer Seite betont wurde, könnte der Handel noch beträchtlich erweitert werden. Schweden müßte dann allerdings auch bereit sein, neben Öl, Gas und Erzen sowjetische Industrieerzeugnisse zu importieren." (Horizont, 43/77)

Der einzige Ostseeanliegerstaat, bei dem die Sozialimperialisten in der Kreide stehen, ist die *BRD*, und das nicht zu knapp: Im Zeitraum Januar bis August 1977 betrug ihr Handelsbilanzdefizit gegenüber den westdeutschen Imperialisten 1,4 Milliarden DM.

Einleuchtend, daß die Sozialimperialisten um die Beherrschung der Ostsee kämpfen: Sie brauchen die baltische Flotte, die im Verhältnis zu den Weltmeeren zwar relativ klein, im Verhältnis zur Größe dieses Binnenmeeres aber groß ist, einmal, um ihre Schulden einzutreiben, zum anderen, um die eigenen Schulden nicht bezahlen zu brauchen. – (Z-Red.)

Versteckte Inflation in der DDR

Wo es Bourgeoisie gibt, gibt es auch Ausplünderung der Arbeiter auf dem Warenmarkt

Die neue Bourgeoisie in der DDR behauptet, in der DDR seien die Preise seit Jahrzehnten stabil und es gebe überhaupt keine Verteuerung bzw. Entwertung des Geldes. Du hast lange Zeit in der DDR gelebt, was sagst du zu dieser Behauptung?

„Also, auf den ersten Blick scheint das tatsächlich zu stimmen. sowas wie hier, daß, wenn du einkaufen gehst, auf vielen Sachen schon über die alten Preise neue und manchmal nochmal neue darüber geklebt sind, in der Form gibt es das tatsächlich nicht in der DDR. Aber es gibt eine Verteuerung der Ware. Die haben da drüben bloß geschicktere Methoden."

Was für Methoden?

„Erstmal muß man feststellen, daß in der DDR der Markt für Güter, die du zum Leben brauchst, praktisch gespalten ist. Einmal durch die Intershops und Exquisitläden, wo man für Deutsche Mark Waren guter Qualität kaufen kann und entsprechend dafür bezahlen muß. Für eine Schachtel Marlboro zum Beispiel 8 Mark oder für Johnnie Walker Whisky 80 Mark. Also die Sachen sind unheimlich teuer und die kannst du als Arbeiter nicht bezahlen. Ich habe mir mal einen Anzug gekauft für über 300 Mark. Aber diese Spaltung gibt es nicht nur durch die Intershopläden. Zum Beispiel Leberwurst. Die kostet schon immer 88 Pfennig. Daneben gibt's aber ein sogenanntes „Alternativangebot" von Delikateßleberwurst, kostet 1,12 Mark. So können die sagen, bei uns kostet Leberwurst 88 Pfennig, aber wenn's irgend geht, kauft man die Wurst für 1,12. So ist das auch mit Jagdwurst."

Eine Form der Verteuerung ist ja, daß an bestimmten Waren die Verpakkung geändert wird, dann heißt es, das sei jetzt ein neues besseres Produkt und deshalb teurer.

„Es gab zum Beispiel immer eine Sorte Kaffee, die war einigermaßen erschwinglich, hieß Kosta. Auf einmal gab's den Kaffee nicht mehr. Offiziell war nichts teurer geworden, aber für Kaffee mußtest du mehr bezahlen.

Eine andere Methode ist die sogenannte ‚Preisregulierung'. Als ich noch in der DDR lebte, wurde einmal eine große ‚Preisregulierung' gemacht. Da wurden Damenstrümpfe, so Perlonstrümpfe und Nylonhemden und sowas, herabgesetzt und die Preise für Werkzeug beispielsweise drastisch heraufgesetzt. Allgemein war damals im Volk in der DDR die Meinung, daß wir unter dem Strich, was man so im Durchschnitt nimmt, mehr bezahlen müssen."

Wie verhält es sich in der DDR mit den Preisen für Waren, die man nicht über den Ladentisch kauft, sondern die so weggehen?

„Ja, das nennt man ‚Bückware'. Weil es unter dem Ladentisch gehandelt wird. Zum Beispiel Aal. Es ist bekannt, daß in der DDR nicht wenig Aal gefangen wird. Du kannst aber in keinem Laden Aal kaufen. Aal ist ‚Bückware'. ‚Bückware' wird oft gegen andere, seltene Ware getauscht, aber auch gegen Geld. Und da ist es natürlich so, je seltener sie ist, desto mehr mußt du dafür zahlen, und das mal mehr ‚Bückware' da ist, gibt es eigentlich kaum. Mit der DM ist es ja genauso; als damals die Intershopläden ausgebaut wurden, ist der Kurs der DM von 1 : 3 auf 1 : 4 gestiegen, also eine Inflationsrate von 33%, wenn du so willst. Billiger geworden ist die DM seitdem nicht."

Gibt es auch eine offene Verteuerung bestimmter Waren?

Ich muß sagen, das ist selten, wenn man mal von der ‚Preisregulierung' absieht, wovon ich vorhin gesprochen habe. Aber ich habe auch so ein Beispiel erlebt: Meine geschiedene Frau ist in eine Neubauwohnung gezogen. Miete 80 Mark. In dem Block, wo sie dann eingezogen ist, da waren fast die gleichen Wohnungen, war die Miete auf einmal 120 Mark. Und weil die Leute unheimlich froh sind, wenn sie überhaupt eine Neubauwohnung kriegen, gab es auch keinen offenen Widerstand. Das war schon geschickt von denen, das bei Wohnungen zu machen. Aber ich bin sicher, die Leute haben sich das gemerkt."

„Die Warenpreise bilden einen wichtigen Aspekt der wirtschaftlichen Lage einer Gesellschaft. Die Stabilität der Kaufkraft einer Währung und der Lebensstandard der Bevölkerung lassen sich besonders aus den Warenpreisen erkennen." (Aus: Warum China keine Inflation kennt)

Im Sozialismus wird zum gesellschaftlichen Nutzen produziert. Die Arbeiterklasse hat die Macht. Sie packt den Klassenkampf als Hauptkettenglied an, um schneller, besser und wirtschaftlicher zu produzieren und im Aufbau des Sozialismus voranzuschreiten.

Nicht so in der DDR, wo sich eine neue Bourgeoisie herangebildet hat, deren Herrschaft auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse beruht. Diesen Tatbestand zu vertuschen, schickt sie ihre Wissenschaftler vor. In „Wirtschaftswissenschaft Nr. 10/77" schreibt Frank Stöbe einen Artikel über „Gebrauchswert und Preisentwicklung". Erstmal den Klassenkampf völlig verleugnet, will er den Wert der Waren als eine sich unabhängig vom Willen der Arbeiter herausbildende Größe darstellen. Im Gegensatz zur bewußten Planung der Produktion, in der auch bewußt die Preise der Waren geplant werden, vollzieht sich die Preisbildung in der DDR so:

„Ausgangspunkt der Preisbestimmung ist der gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand, der Wert. Der gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand beziehet sich aber stets auf ein bestimmtes gesellschaftliches Gebrauchswertniveau und einen bestimmten Bedarf." Dieser „bestimmte Bedarf" ist aber nicht der Bedarf des ganzen Volkes, sondern: „Die Anerkennung des gesellschaftlichen Gebrauchswertes durch die Konsumentengesamtheit schließt jedoch zugleich ein, daß es innerhalb der Konsumentengesamtheit Differenzierungen gibt ... Zu unterscheiden sind dabei Faktoren, die sich auf die sozialen Bedingungen beziehen, und solche, die von der Persönlichkeit des Konsumenten abhängen ... Wenn auch in der sozialistischen Gesellschaft jene Grenzen für die Entwicklung des Bedarfs wegfallen, die der kapitalistischen Produktionsverhältnissen erwachsen, so hängt doch auch im Sozialismus das in der Volkswirtschaft erforderliche Quantum Waren von den Preisen eben dieser Waren und der Geld- resp. Lebensverhältnissen ab ... Unterschiedliche Einkommen sind jedoch nicht der einzige Faktor für differenziertes Gruppenverhalten der Konsumenten. Andere Faktoren sind Unterschiede im Alter, im Geschlecht, in der Konstitution, im Charakter, im Bildungsstand, im Arbeits- und Lebensmilieu, in der sozialen Stellung usw."

Um was es sich hier handelt, sind die Klassengegensätze. Entsprechend ist der Warenmarkt gespalten. „Konsumgüter beeinflussen durch ihren Gebrauchswert direkt das Lebensniveau; der sozialökonomische Aspekt spielt eine erstrangige Rolle. Durch Differenzierung der Gebrauchswerte entsprechend dem Bedarf ist sowohl differenzierten Bedürfnissen als auch unterschiedlichen Einkommensverhältnissen Rechnung zu tragen, was sich unter anderem in einem nach Preisgruppen differenzierten Angebot niederschlagen muß." Seinen Ausdruck findet das zum Beispiel in den zwei Sorten Wurst, von denen die eine ungenießbar, die andere gleich um ein Drittel teurer ist. Um dem „Lebensniveau" der neuen Bourgeoisie Rechnung zu tragen, wurden extra „Exquisitläden" eingerichtet, während die Volksmassen in den Lebensmittelläden Schlange stehen müssen.

Der Autor entblödet sich nicht, für seine Manöver Marx ins Feld zu führen: „Die Meinung über unsere Bedürfnisse kann wechseln, und so auch die Nützlichkeit der Dinge, die nur die Beziehung dieser Dinge zu unseren Bedürfnissen ausdrückt. Selbst die natürlichen Bedürfnisse wechseln beständig." (Karl Marx, Das Elend der Philosophie, Seite 74) Klar, daß man im Sommer kein Bedürfnis hat, einen Pelzmantel zu tragen. Stöbe aber fährt fort: „Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Bedürfnisse, zu denen der Gebrauchswert in direkter Beziehung steht, nicht nur materiell, sondern auch ideell begründet sind ... Der Gebrauchswert von Konsumgütern unterliegt in starkem Maß subjektiven Bewertungen der Konsumenten. Das ist beispielsweise daran ersichtlich, daß solche Faktoren wie ästhetische Bedürfnisse, bestimmte Bevorzugungen von Farben und Formen den Gebrauchswert bestimmen." Ist der Arbeiter so dreist, einen neuen Anzug haben zu wollen, weil der alte verschlissen ist, dann ist das seine „subjektive Bewertung", sein „ästhetisches Bedürfnis", für das er dann eine ganze Zeit lang sparen muß, weil Anzüge „Erzeugnisse gehobeneren Bedarfs" und entsprechend teuer sind.

Hochgebauscht wird die Stabilität der Preise für Grundnahrungsmittel. Verschwiegen wird, daß sich die Qualität der Produkte immer mehr verschlechtert. So wurden zum Beispiel in Haselnußschokolade die Haselnüsse durch Cornflakes ersetzt, weil damit „der gleiche Knuspereffekt" erzielt würde.

„Entsprechend der Einheit von Wirtschaft und sozialer Politik erfordern die Sicherung der Stabilität der Verbraucherpreise die Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit durch verstärkte Intensivierung wesentlich zu erhöhen." Inflation gibt es nicht und die Einführung des Dreischichtbetriebes dient der „Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik". Damit die Arbeiter das glauben, werden ihnen gelegentlich „Vorzugsangebote" wie Ölsardinen und Südfrüchte in die Betriebe gekarrt. Ihre Erfahrungen sind aber andere, ihr Kampf gegen dieses Ausbeutertpack ist unvermeidlich – (Bezirk Westberlin)

H. Schmidt: ... in 14 Sekunden soviel lügen, daß man eine Woche rechnen muß, um wieder an die Wahrheit heranzukommen

Am liebsten suhlt sich Helmut Schmidt im Beifall seiner Abgeordneten im Bundestag oder von der bürgerlichen Journalistengang auf Pressekonferenzen.

Auf Betriebsversammlungen spricht Helmut Schmidt weniger gern. Da es sich für einen sozialdemokratischen Bundeskanzler aber nicht vermeiden läßt, das verrostete Schild „Arbeiterpartei" demonstrativ alle 3 Monate hochzuheben, und weil es nötig ist, die sozialdemokratische Riege in den Gewerkschaften bei der Stange zu halten, tritt er auch hier auf. Am 7. Oktober hat er vor den Arbeitern und Angestellten von Daimler Benz in Berlin gesprochen. Nicht zufällig in der Phase der unmittelbaren Vorbereitung des Lohnkampfes. Und auch nicht zufällig in Berlin, wo Durchhalteparolen und chauvinistische Propaganda auf besseren Boden fallen sollen, wenn es nach den Hoffnungen der Sozialdemokraten geht.

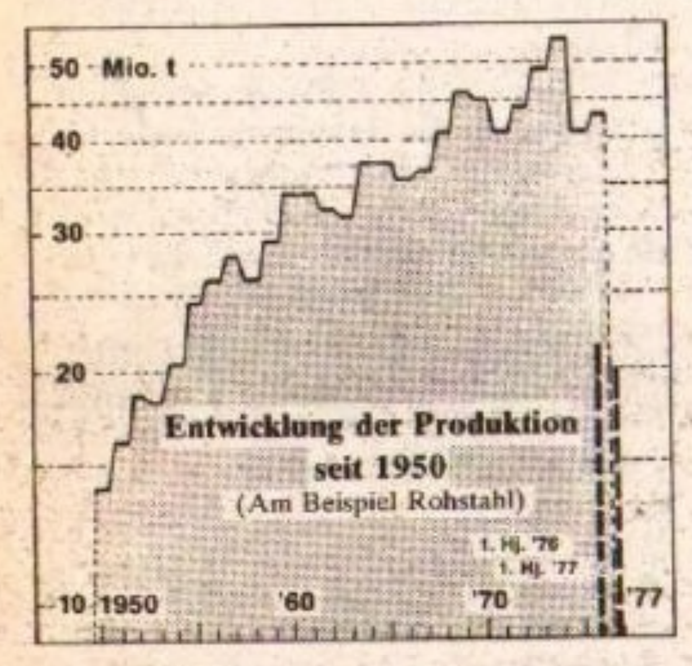
„Jetzt ist es wichtig, daß das nun Begonnene zügig und konsequent verwirklicht wird. Wir haben gegenwärtig in der BRD die höchste industrielle Produktion, die jemals erreicht worden ist. (...) Genauso wie die Masse der Arbeiter und Angestellten die höchsten realen Löhne und Gehälter, die sie jemals in ihrem Leben erreicht haben, genauso wie die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland die höchsten realen Renten haben, die sie jemals bekommen haben. Es ist überhaupt kein Grund zur Schwarzmalerei. Schwarzmalerei aus politischen Gründen kann ich zwar verstehen, aber nicht billigen; Schwarzmalerei ... von gewerkschaftlicher Seite kann ich weder verstehen noch billigen."

Dies hatte deutliche Richtung. Öffentlich wurden die Gewerkschaftssozialdemokraten auf Kurs gebracht. Zu viel „Schwarzmalerei" sah Schmidt, zu viel Nachgeben gegenüber dem Druck der Bewegung der Arbeiter.

Niemand kann Schmidts Lobeshymnen auf den westdeutschen Imperialismus und die Lage der Massen unter der Herrschaft des Finanzkapitals mehr unbeteiligt anhören. Jeder weiß, der Kerl lügt. Solange dies aber nicht beständig bewiesen wird, bleibt die Hoffnung, daß zumindest was dran sein könnte. Denn die Lügenhaftigkeit der Worte Schmidts liegt keineswegs offen auf der Hand. Wir jedenfalls haben eine Woche mit Rechnungen gebraucht, um einen Teil dieser Lügen zu widerlegen, die Schmidt innerhalb von 14 Sekunden von sich gegeben hat.

„Wir haben gegenwärtig in der BRD die höchste industrielle Produktion, die jemals erreicht worden ist ..."

Das Schaubild zeigt die Entwicklung der Rohstahlproduktion seit dem Zweiten Weltkrieg. Hat Schmidt nicht recht? Zeigt die Kurve nicht nach oben? Steigt die Produktion nicht dauernd an?



Sehen wir genauer hin, finden wir, daß 1975 die Produktion rasch gesunken ist. Der Vergleich zwischen den Produktionszahlen des ersten Halbjahres 1976 und 1977 zeigt, daß die Rohstahlproduktion weiter sinkt. Die Produktion der Waren überhaupt sieht nicht viel anders aus. Warum die Schmidtsche Lüge? Warum sagt er nicht, „wir stehen zwar etwas schlechter da als vor zwei Jahren, aber insgesamt ist die Produktion seit dem Krieg rasch gestiegen"? Deshalb, weil gerade die krisenhaften *Schwankungen* es sind, die den Charakter dieser Produktionssteigerung grell ins Licht treten lassen.

Über die massenhafte Vernichtung gesellschaftlicher Gebrauchsgüter war nach dem Zweiten Weltkrieg ein schier unbegrenzter Markt geschaffen für die kapitalistische Warenproduktion. Nach stürmischem Aufschwung der Profitproduktion trat Mitte der sechziger Jahre nach verschiedenen kleineren Stockungen eine größere Stockung in der Produktion von Mehrwert auf. Nach erneutem Aufschwung aus der Krise sinkt die Produktion seit 1975 erneut. Jeder Aufschwung wird durch Krisen erkauft, und wenn die Imperialisten sagen: Aber seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Produktion gestiegen, antworten wir: Auch der Krieg war eine Ausdrucksform der imperialistischen Krise und der „Aufschwung" danach wurde mit dem Krieg bezahlt.

Einher mit dem Aufschwung geht die Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter. Die Intensität der Arbeit wächst. Neue Maschinen sind Mittel der zusätzlichen Ausbeutung. Gleichzeitig wachsen die Arbeitslosenzahlen an. „Wir haben in der BRD die höchste Ausbeutung, die jemals erreicht worden ist", ist der tatsächliche Sinn der Worte Schmidts. Was für die Kapitalisten sich als „Produktivitätssteigerung je Arbeitsstunde" darstellt, heißt für den Arbeiter schnellerer Verbrauch der Arbeitskraft, Krankheit, kürzeres Leben.

Steigerung der Produktivität je Arbeitsstunde in der Industrie

140 – 120 – 110 – 100 – 1970 – 1975

„genauso wie die Masse der Arbeiter und Angestellten die höchsten realen Löhne und Gehälter, die sie jemals in ihrem Leben erreicht haben ..."

Das Schaubild 3 über die Entwicklung der Löhne in der Metallindustrie seit 1970 bis Mitte dieses Jahres stellt
seit 1970 bis Mitte dieses Jahres stellt
die *wirkliche* Entwicklung der Löhne dar, so wie sie Millionen spüren. Der Nettolohn *sinkt*, rechnet man die Inflation ab, und das muß man. Schließlich stellt nicht der Geldschein, sondern die Summe an Lebensmitteln, die man dafür kaufen kann, die Arbeitskraft wieder her. *Diese Menge aber sinkt seit 1974.* Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer tun mit der Spaltung der Arbeiterbewegung in den jährlichen Lohnkämpfen und den niedrigen Prozentabschlüssen ihr Teil dazu. Die sozialdemokratische Regierung der Kapitalisten hat mit der Steuerreform dafür gesorgt, daß gleichzeitig über die Steuer immer mehr abgezogen wird und für die Zwecke der Kapitalisten zur Verfügung steht. Schmidts Lüge ist unverschämt und frech. Jetzt soll die Erhöhung verschiedener Steuerfreibeträge „Entlastung" bringen. Man erinnere sich: 1974 wurde die Steuerreform verabschiedet. Im ersten Jahr danach hatten einige tatsächlich weniger zu zahlen. Im Jahr darauf, nach den Lohnkämpfen, wurde die Progressionsfalle in dieser Reform voll wirksam.

Jetzt wird wieder „entlastet". Gleichzeitig, so sagen die Bourgeoispolitiker, wird eine Ergänzung der Steuerreform angestrebt. „Gerechter" soll es werden. Es wird genauso gehen wie damals: Zunächst Zuckergeruch, ein leichtes Zurückstecken. Und dann um so fester drauf.

Dies Zurückstecken soll gerade jetzt die Arbeiter und Angestellten vom Lohnkampf abhalten. Die Sozialdemokraten, die die Gemeinheit dieser Progression selbst ausgetüftelt haben, nehmen sie jetzt als Argument gegen „zu hohe Abschlüsse". Man muß festhalten: Die Progression erwischt uns so oder so, ob niedrig oder hoch. Aber nur mit einem hohen Abschluß haben wir überhaupt eine Chance, den Einbruch durch die Progression aufzufangen. Und den Sozialdemokraten, die ihre Freibetragserhöhungen anpreisen und zum Zurückstecken im Lohnkampf auffordern, muß man sagen: Wir sind für einen Freibetrag von 1500 Mark. Eure Freibetragsänderung ändert fast nichts. In der Progression bleibt man doch. Schmidt erklärt, dies seien die „höchsten Löhne und Gehälter", die die Arbeiter jemals in ihrem Leben erreicht hätten. Er hat sich versprochen. Er wünscht sich heiß, daß es den Arbeitern dieser Generation in ihrem Leben nicht mehr gelingt, der Verelendung entgegenzuwirken. Wir wissen, daß auch ein höherer Lohn die Ausbeutung nicht abschafft. Aber er verbessert unsere Bedingungen dafür, sie abzuschaffen.

„genauso wie die Rentnerinnen und Rentner die höchsten realen Renten haben, die sie jemals bekommen haben ..."

Scheinbar geht Schmidt selbst davon aus, daß ihm diese Frechheit keiner glauben wird. Denn jeder weiß, was man sich für durchschnittlich 609 DM, was der durchschnittliche Rentenbetrag 1976 gewesen ist, kaufen kann.
trag 1976 gewesen ist, kaufen kann.
Was sagt Schmidt weiter: Diese Rente sei die höchste, die die Rentner jemals bekommen hätten. Schmidt weiß, was er sagt. Im letzten Juni wurden die Renten tatsächlich um 11% erhöht. Was allerdings eine Steigerung bei einer Rente von 350 DM nützt, braucht hier nicht lang besprochen werden: es sind schon die Rezeptgebühren, die Schmidt den Rentnern aufgezwungen hat, die diese *„reale Steigerung"* aufschlürfen. Und natürlich vor allem die Preissteigerungen.

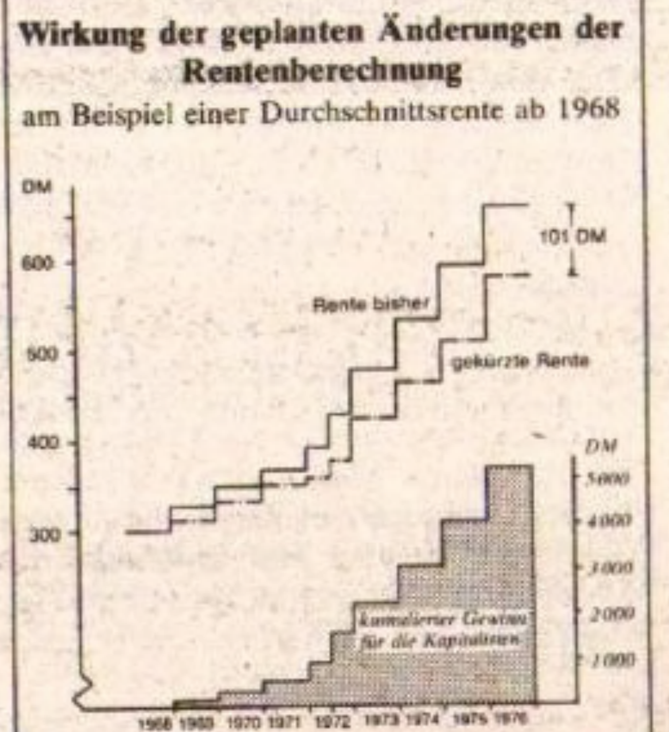
Diese, in der Praxis gar nicht stattgefundene Rentenerhöhung soll nun die letzte sein bis zum 1.1.1979. Die Rentenanpassung ist um 6 Monate herausgeschoben worden, um die Plünderung der Rentenkassen fortzusetzen. Und die Rentenanpassung 1979 soll nicht auf die Bruttolohnerhöhung bezogen werden, sondern auf die Nettolohnerhöhung, was um beachtliche Summen weniger ist und den Kapitalisten beträchtliche Summen liefert. Wir haben das in dem Schaubild über die Änderung der Berechnung der Renten aufgezeigt. Ein halbes Jahr keine Rentenerhöhung, dann niedrigerer Anpassungssatz, das wirkt sich aus in der Sanierung der Kassen auf der einen und der Lebenszeit für die Rentner auf der anderen Seite. Für viele nicht nur die letzte Höchste, sondern die letzte Rente überhaupt, so will Schmidt die Rentenversicherungen wieder zu Kapitalgebern machen. Werden die Renten statt erhöht zusammengestrichen, so schreit die Bourgeoisie schon nach dem nächsten Würgegriff. Die Rentner können von der Regierung gar nicht so schnell um die Ecke gebracht werden, wie die Kapitalisten nach der Rente fassen, was dann immer heißt, daß sie demnächst nicht mehr „liquide" sind.



Also sollen die Rentner jetzt zur Krankenkasse gebeten werden. Ein Prozent Versicherungsbeitrag von den ausgeschütteten Renten würde bereits eine Milliarde einbringen, überlegte sich der Vorsitzende vom Verband der Deutschen Rentenversicherungsträger. Ein Prozent auf die niedrigsten, entsprechende Progression auf die höchsten. Kurzum, Schmidt wußte, was er sagte, daß es für viele „die höchste reale Rente" sei, die sie jemals bekommen hätten.

Wirkung der geplanten Änderungen der Rentenberechnung

am Beispiel einer Durchschnittsrente ab 1968

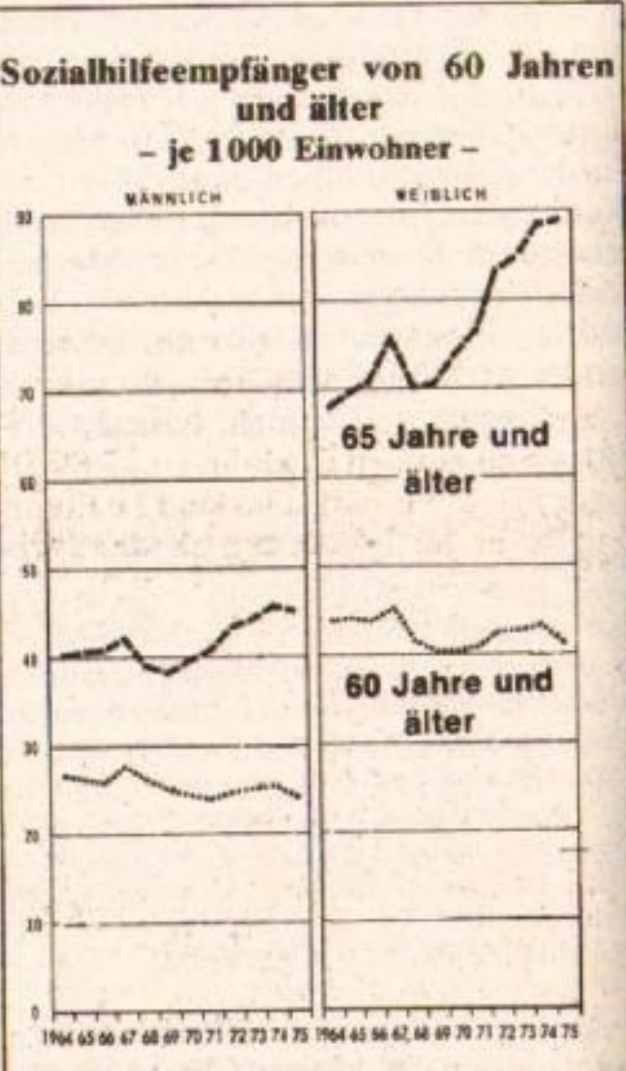


Die obere Kurve zeigt, wie nach den Plänen der Bundesregierung die Renten immer weiter unter die Renten, wie sie bisher berechnet wurden, gedrückt würden.
mer weiter unter die Renten, wie sie bisher berechnet wurden, gedrückt würden.
Dabei wurde die halbjährliche Verzögerung der Anpassung auf den Jahresdurchschnitt der Monatsrente umgerechnet. Wäre eine solche Änderung bereits 1968 durchgeführt worden, so hätten die Bourgeois an jeder einzelnen Rente bis 1976 etwa 5300 DM „gespart". Den Arbeitern und Angestellten, die von der Rente leben müssen, geht diese imperialistische Rentenreform ans Leben.

Eine Kurve, die ohne viel Rechnungen darstellt, wie es um die verrenteten Teile der Arbeiterklasse wirklich bestellt ist, deutet die Steigerung der staatlichen Sozialhilfe, aufgeschlüsselt nach Altersgruppen an. Sozialhilfe, eh nur dann vergeben und in solch kleinen Brocken, daß man zwischen Verhungern und Leben nicht unterscheiden kann, ist der staatliche ‚Ausgleich' für die Plünderung der Rentenkassen.

Man kann sich gut vorstellen, daß der, der Schmidts Lügen gehört hat, vor Wut die Hand zur Faust geballt hat.

Sozialhilfeempfänger von 60 Jahren und älter – je 1000 Einwohner –



Es gibt aber auch viele, die es als ihr persönliches Pech ansehen, in dem Elend zu leben, in dem sie zu leben haben. Genau darauf setzt die Schmidtsche Lügenpropaganda. Mag sie auch nur 14 Sekunden dauern. Was hier in kurzen Rechnungen und Schaubildern die wirklichen Verhältnisse und Tatsachen darstellt, erfahren die Arbeiter tagtäglich, jeder einzelne, als Teil seiner Klasse.

Für Schmidt ist dies alles Schwarzmalerei, was der Arbeiter tagtäglich verspürt. Verständlich! Ist doch das Elend der Volksmassen Reichtum auf seiten der Bourgeoisie. Wenn die Opposition „Schwarzmalerei" betreibt, um selbst den ersten Platz an der Futterkrippe der Kapitalisten einnehmen zu können, dann kann er das verstehen, natürlich nicht zulassen. „Schwarzmalerei von gewerkschaftlicher Seite kann ich weder verstehen noch billigen." Das verstehen wir! Nicht, daß die Sozialdemokraten in der Führung der Arbeiterorganisationen sich gegen H. Schmidt, die SPD erheben würden und die 14sekündige Lügenwelle gegen die Arbeiterklasse zurückweisen würden, das gewißlich nicht. Aber die Brüder stecken in Schwierigkeiten. „Ohne die Sozialdemokraten ist dieses Land nicht regierbar", so hat Schmidts Parteifreund Kühn die Bourgeoisie vor der letzten
Kühn die Bourgeoisie vor der letzten
Wahl beschworen. Gemeint hat er die Fesselung der Arbeiterbewegung durch sozialdemokratische Ideologie und Politik.

Schmidt fürchtet den gemeinsamen Konsens über die eingeschlagene Politik der SPD zwischen Regierungs- und Gewerkschaftssozialdemokraten zu verlieren. Die Widersprüche werden mit Gewißheit weiter zunehmen. Nur liegt dies nicht an den Sozialdemokraten in der Arbeiterbewegung, sondern an den Fortschritten, die die Arbeiterbewegung macht im Kampf gegen die Kapitalisten und die Reaktion.

„Schmidt soll nach Mogadischu menschlicher geworden sein", schreiben letzte Woche Zeitungen. Er frömmelt mehr. Was ist schon menschlich daran, wenn ein Krokodil, das durch die Hamburger Sturmflut auf die Bonner Hardthöhe gespült worden ist, versucht, die Arbeiter zu betrügen, um besser zuschnappen zu können? – (Z-Red.)

Lohnentwicklung in der Industrie von 1970 – 77 (Monatsdurchschnitt)

Mrd. DM: 10 – 9 – 8 – 7 – 6 – 5 – 4

Bruttolohnsumme und Arbeitslosengeld der Industriearbeiter – Lohnsteuerabzug – Sozialabgaben – Entwertung durch Inflation – Summe aus Nettolohn und Arbeitslosengeld inflationsbereinigt (In Preisen von 1970)

1970 – 1971 – 1972 – 1973 – 1974 – 1975 – 1976 – 1977 1. Halbj

Das Schaubild ist die Fortführung der Rechnung, wie sie in der KVZ Nr. 34/1976 ausführlich dargestellt worden ist. Als Inflationsrate wurde die jeweils offizielle Rate angenommen. Sonstige Rechnungen wurden auf Grundlage statistischer Erhebungen des Statistischen Bundesamtes durchgeführt.

7 Prozent: Forderung à la Poullain

Stahltarifkommission Nordrhein-Westfalen beschließt Forderung

Am Donnerstag der letzten Woche hat die Tarifkommission der IG Metall für die Stahlindustrie von NRW und die Klöcknerhütte Bremen getagt und die Forderung für rund 180000 Stahlarbeiter und rund 50000 Angestellte aufgestellt. 7% haben die versammelten Sozialdemokraten beschlossen! Ob es darüber Krach gegeben hat und wie die Mehrheitsverhältnisse gewesen sind, ist uns noch nicht bekannt. 7%, das sind auf den Ecklohn von 7,89 DM gerade 55 Pfennig. Das sind 10 Pfennig mehr in der Forderung als die Sozialdemokratie im letzten Jahr abgeschlossen hat. Sowas nennt man Mitbestimmung: Die Interessen der Kapitalisten werden durch die Sozialdemokraten zum Hauptbestimmungsgrund für die Lohnforderung gemacht.

Auf ihrer vorletzten Sitzung hatte die Tarifkommission über die Verschiebung des Tarifkampfs hinter den Tarifkampf in der Metallindustrie beraten. Jetzt hat die Sozialdemokratie mit der 7 Prozentforderung eine Forderung für den gesamten Tarifkampf plaziert, bevor in der Metallindustrie die Beratung richtig in Gang gekommen ist. Statt eine gemeinsame Front der Stahlarbeiter und Metallarbeiter im Tarifkampf herzustellen, um im gesamten Tarifbereich der IG Metall einen ausreichenden Lohnabschluss zu erkämpfen, wollen die geschäftsführenden Sozialdemokraten den Stahlarbeitern eine mehrmonatige Lohn- und Kampfpause verordnen und unter Hinweis auf die „Solidarität" mit den Stahlarbeitern die Forderung in der IG Metall insgesamt drücken. Kann diese Rechnung aufgehen? Es sind schon viele Rechnungen der Sozialdemokratie aufgegangen, obwohl für die Arbeiter am Ende ein dickes Minus herausgekommen ist. Also wird auch diese Rechnung aufgehen können, wenn man nicht einen Strich durchmacht. Dabei ist schon heute klar, daß bei solcher Tarifpolitik die Arbeiter noch gut bedient sein werden, wenn am Ende ein Poullainabschluss herauskommt. Poullain, sozialdemokratischer Chef der Westdeutschen Landesbank, will Lohnabschlüsse von „allerhöchstens 5,5%".

In der Stahlindustrie wie auch in der Metallindustrie ist damit die dritte Reallohnsenkung seit 1974 programmiert. Aktive Tarifpolitik? Aktiv kann man in den verschiedensten Richtungen werden. In welche Richtung die geschäftsführende Sozialdemokratie will, ist mit dem Beschluß der Tarifkommission hinlänglich klar gemacht.

Auf dem Gewerkschaftstag hatte einer der Verantwortlichen, Heinz Lukrawka, Verwaltungsstelle Duisburg, unter dem Beifall der Delegierten ausgeführt:

„Wir stehen in der Eisen- und Stahlindustrie nun vor einer neuen Tarifrunde. Diese wird sicherlich – wie wir alle wissen – kein Spaziergang. Wir brauchen deshalb eine eindeutige und klare Zielrichtung, in Richtung eines notwendigen Kaufkraftschubs, also nicht nur Sicherung der Reallöhne sondern deren Erhöhung. Kaufkraft sind aber nicht die Bruttozahlen, die auf der Lohnabrechnung oben stehen, Kaufkraft ist das, was ich mir für meinen Nettolohn leisten kann. Wir müssen also in jedem Jahr zuerst die Verluste ausgleichen, die durch die Preissteigerung, die Steuerprogression und die höheren Sozialabgaben eingetreten sind. Erst dann liebe Kolleginnen und Kollegen, beginnt die Kaufkraftsteigerung!

Im vergangenen Jahr sind von einer Erhöhung der durchschnittlichen Bruttomonatslöhne um 7,3% ganze 4,4% Nettolohnerhöhung übriggeblieben. Da aber die Lebenshaltungskosten sich durchschnittlich um 4,6% verteuerten, erhöhten sich die Reallöhne überhaupt nicht.

Dieser Gewerkschaftstag ist sicher kein Forum, das Lohnforderungen formulieren sollte. Aber um einmal klarzustellen, wie auch in den Betrieben über die gegenwärtige Lohnrunde gedacht wird, darf ich nur zitieren die letzte Belegschaftsversammlung, an der bei uns rund 1000 Kollegen teilnahmen. Als der Kollege Vertrauenskörperleiter eine Forderung von 10 bis 12% zur Diskussion stellte, bekam er dafür rauschenden Beifall. Ich weiß, daß wir eine solche Forderung in dieser Höhe durchsetzen müssen, um die Kaufkrafterhöhung zu erreichen, um damit einen Beitrag zur Wiederbelebung der Konjunktur zu leisten." (Protokoll S. 176)

Das sind natürlich Milchmädchenrechnungen. Schon die offiziellen Zahlen weisen aus, daß der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der Stahlarbeiter von 1974 auf 1975 nicht gestiegen, sondern um 0,9% gesunken ist (von 25845 DM auf 25615 DM). Von 1975 auf 1976 ist er ausgehend von diesem gesunkenen Niveau um 5,3% gestiegen. Die Masse aber liegt unter Durchschnitt. Von Erhaltung der Reallöhne kann überhaupt keine Rede sein. Die Sozialdemokratie geht aus vom Wohl und Wehe der kapitalistischen „Konjunktur", das heißt, von den Profiten der Kapitalisten. Dann schwätzt sie daher von Kaufkrafterhöhung, die der Konjunktur dienen würde, und dann stellt sie die Tarifpolitik in den Dienst der Profite. So kommt es, daß ein Heinz Lukrawka erst mal für 12% tönt, dann 7% vertritt und schließlich jeden Abschluß als das höchste der Gefühle verkauft. Um wessen Gefühle es sich handelt, mag man schon gar nicht mehr aufschreiben.

Nein, mit diesem Schmarren läßt sich gegenüber den Kapitalisten keine Front aufbauen. Damit kann man einem Helmut Schmidt das Leben versüßen. Für die Arbeiter wird die Lage immer bitterer, materiell, aber auch ideologisch und politisch. Man soll nicht denken, daß das nicht auch eine ganze Reihe Sozialdemokraten merken. Aber mit denen wird nie was anzufangen sein, solange die Arbeiterbewegung sie nicht hinter sich herzerrt. Stehen sie an der Spitze eines Kampfes, ist schon klar, wohin die ‚Aktivitäten' führen. Das ist jetzt all die Jahre so. Man wird es leid. Aber das kann man sich nicht leisten. Was also machen? Gewarnt durch den Beschluß der Tarifkommission NRW-Stahl, rasch die Front für 220 DM aufbauen. Unbedingt muß die Streichung der unteren Lohngruppen gefordert werden. Darum darf die Gewerkschaftsführung nicht herumkommen. Die Forderung in der Stahlindustrie ist so offensichtlich schlecht, daß eine Bewegung für die 220 Mark, die jetzt vor allem von der Metallindustrie ausgehen muß, die saubere Anordnung nicht umstürzen könnte. Vielleicht hat die Tarifkommission die Spaltungslinie zu niedrig angesetzt. – (Z-Red.)

Aktionen und Beschlüsse zum Lohnkampf in der Stahl- und Metallindustrie

Bremen. Bei Klöckner in Bremen hat die Mehrheit einer Schicht bei den Kranelektrikern nach dem Beschluß der Tarifkommissionen, eine Forderung von 7% zu erheben, einen Leserbrief an die „Metall" geschrieben. In diesem Brief wird diese Forderung abgelehnt, weil 7% zu wenig ist und die Stahlarbeiter spaltet. Es wird aus den Erfahrungen auf der Klöcknerhütte begründet, daß Lohnverzicht nichts einbringt und nur der Zwang zu Schicht und Überstundenarbeit wächst. Die Arbeiter fordern die Tarifkommission auf, 220 DM aufzustellen und den Streik vorzubereiten.

Wolfsburg. In der Gruppe Großbereich Produktion Nord (Akkordlöhner) des Arbeitskreises Lohn haben die meisten Vertrauensleute für die Tarifforderung für die VW-Werke eine Festgeldforderung von etwa 200 DM vorgeschlagen. Von seiten der Spitzensozialdemokraten wurde dazu erklärt, das sei nicht möglich, weil dann in den höheren Lohngruppen die Nettolohnerhöhung niedriger als in den unteren sei. Es müsse eine Sokkel/Prozentforderung sein.

Mehrere Arbeiter aus der Halle 12 haben beschlossen, sich in der nächsten Woche zu treffen, um zu beraten, wie eine Festgeldforderung von 220 DM aufgestellt und durchgesetzt werden kann.

Hannover. 15 Arbeiter von Wabco Westinghouse der Abteilung Versand/Packerei haben am 11. November einen Brief an den Vertrauensleutekörper geschickt. Der Vertrauensleutekörper soll auf seiner nächsten Sitzung beschließen, daß eine Lohnforderung von mindestens 200 DM aufgestellt werden muß.

Westberlin. Den auf der Betriebsversammlung eingebrachten Antrag von über 200 DM Festgeld als Forderung zum anstehenden Tariflohnkampf hat die gewerkschaftliche Mitgliederversammlung der Firma Berthold als Beschluß übernommen. Der Vertrauensleutekörper wurde beauftragt, den Forderungsbetrag genau festzulegen.

Saarbrücken. Tausend Stahlarbeiter legten am Mittwoch, dem 26.10. in Saarbrücken Burbach die Arbeit für eine Stunde nieder. Sie streikten gegen die geplanten Massenentlassungen der Stahlwerke Röchling Burbach.

Siegen. Am 12.10. legten 150 Arbeiter der Stahlwerke Südwestfalen, Werk Niederschelderhütte, für eine 3/4 Stunde die Arbeit nieder. Der Streik der Arbeiter aus dem Blockwalzwerk und der Adjustage richtete sich gegen die Stillegungspläne der Krupp-Kapitalisten.

Duisburg-Hamborn. Die Vertrauensleutekonferenz hat eine Forderung von 5 Prozent, mindestens 126 DM aufgestellt.

Dortmund. Die 1500 Vertrauensleute der Vertrauensleuteversammlung der Hoesch-Hüttenwerke Dortmund haben in einer Empfehlung an den Hauptvorstand eine Lohnerhöhung von 8,5 Prozent gefordert.

Bochum. In Bochum forderten Mitte der Woche 500 Vertrauensleute der Friedrich-Krupp-Hüttenwerke, Werk Bochum, 10 Prozent.

Heidelberg. Seit Dienstag hängt bei der Graubremse eine Betriebsvereinbarung aus: 100 DM als „einmalige Sonderzahlung" und 50 DM pro vollem Dienstjahr als „einmalige Zulage für den besonderen Einsatz 1977".

Das ist die Reaktion der Kapitalisten und der Sozialdemokraten im Betriebsrat auf den Kampf der Arbeiter für 60 Pfennig mehr pro Stunde. Die Arbeiter sind gegen Spaltung, für einheitlich hohe Forderungen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der KBW-Zelle. Zum Beispiel: In der Bohrerei halten 19 von 23 befragten Arbeitern die Forderung 220 DM für richtig. 10 von 15 in der Frühschicht stimmen dabei auch der Forderung „1500 DM steuerfrei im Monat" zu. Am Mittwoch haben die Sozialdemokraten eine Vertrauensleutesitzung einberufen. Ein Arbeiter in der Bohrerei hat im Namen der 23 Arbeiter zwei Vertrauensleuten den Auftrag gegeben, den Antrag auf 220 DM einzubringen.

Friedrichshafen. Auf einer Versammlung von Arbeitern von SABA, Zahnradfabrik Friedrichshafen, und MTU wurde diskutiert, die ausländischen Arbeiter unbedingt für den Lohnkampf zu gewinnen. Für SABA wurde festgelegt, unter den türkischen Arbeiterinnen eine zu wählen als Dolmetscherin, um so den Kampf zu organisieren. Der amtliche Dolmetscher redet erfahrungsgemäß der Geschäftsleitung das Wort. Auf der jetzigen Betriebsversammlung soll durchgesetzt werden, daß alles übersetzt wird. In dem gemeinsam beschlossenen Flugblatt für die Betriebe soll auch auf die rechtlose Lage der ausländischen Arbeiter eingegangen und die Forderung nach gleichen Rechten für die ausländischen Arbeiter erhoben werden.

Maxhütte Sulzbach-Rosenberg. Die Kapitalisten haben in den letzten Monaten mit Hilfe der Kurzarbeit die Ausbeutung enorm vorangetrieben. Der Nettolohn eines Arbeiters (verheiratet, ein Kind) im Rangierbetrieb betrug im Juli einschließlich Urlaubsgeld von 180 DM bei 128 verfahrenen Stunden und 32 Kurzarbeitsstunden 1460 DM. Im September betrug sein Nettolohn 1371 DM. Auf einer Partie haben die Arbeiter dies diskutiert und festgehalten, daß 220 DM mehr für alle genau richtig sind gegen die verschärfte Auspressung.

Zäher Kampf gegen Rationalisierung, Akkordarbeit und Schichtarbeit

Beschäftigte der Uni Bremen festigen die Einheit gegen Spaltungsversuche des Dienstherren

Bremen. In den letzten eineinhalb Jahren wurden von 614,5 Stellen an der Universität Bremen 74 weggestrichen, davon 2,5 im höheren Dienst, vier im gehobenen, der Rest im mittleren Dienst, das sind Schreibkräfte vor allem. Gleichzeitig ist die Studentenzahl von 3800 auf 6000 gestiegen, die Zahl der Professoren von 320 auf 446. Mit diesen Stellenstreichungen spart der Senat 2,66 Mio. DM.

Beim wissenschaftlichen Personal gibt es 23 wissenschaftliche Hilfskräfte mit Abschluß, sie werden nach einer halben A 13-Stelle bezahlt, bekommen ca. 1700 DM, kein Weihnachts- und Urlaubsgeld. 40 Werk- und Beraterverträge zwischen zwei und zwölf Monaten. Die Vergütung wird frei ausgehandelt, sie beträgt zwischen 200 DM und 3000 DM monatlich. Sozialleistungen gibt es nicht, läuft dieser Vertrag aus, haben diese Beschäftigten keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Für 1977 sind für studentische Hilfskräfte 111111,11 Stunden bewilligt worden. Sie bekommen 11,67 DM, das sind insgesamt 1,3 Mio. DM. Diese Stunden entsprechen 54 Stellen BAT IVb, das würde den Senat 2,6 Mio. DM kosten. Rund 1000 studentische Hilfskräfte und wissenschaftliches Personal wird es im Laufe des Jahres geben.

Zeitverträge gibt es ausschließlich bei den höheren Gehaltsgruppen, den Assistenzprofessoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern. In den übrigen Bereichen wurde der Personalrat durch den Kampf der Beschäftigten zur Ablehnung der Zeitverträge gezwungen. Diese Front soll aufgeweicht werden. Erstmals sind seit dem 1.9. sieben Beschäftigte in der Bibliothek für neun Monate befristet auf BAT VII-Stellen eingesetzt. Durchgesetzt wurde das, weil versprochen wurde, diese Stellen für jetzt in Ausbildung Stehende freizuhalten, weshalb die Befristung günstig sei.

Die gleiche Tätigkeit verrichten zur Zeit 13 Beschäftigte aus dem ABM-Programm. Sie werden nur nach BAT VIII bezahlt. Alle wurden arbeiterrentenversichert, obwohl sie alle bisher Angestellte waren. Vom Dezember 1976 bis Mai 1977 waren schon einmal 16 ABM-Beschäftigte in der Bibliothek angestellt, jedoch nur für fünfeinhalb Monate. Das Arbeitsamt hatte sie nicht zum vereinbarten Termin überwiesen, weil die Auswahl so schwierig und noch nicht abgeschlossen gewesen sei. Diese Beschäftigten hatten danach keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Jetzt werden neue Gebäude eröffnet, die Mehrarbeit soll von den Haushandwerkern mitgemacht werden, neue Stellen gibt es nicht. Im September 1976 hat der Senat die Zustimmung der Haushandwerker durch die Zusage einer Höhergruppierung zu gewinnen versucht. Jetzt hat er die Höhergruppierung abgelehnt. Seitdem stehen oft die Fahrstühle still, z.B. im achtstöckigen Mehrzweckhochhaus, oder die Stühle sind bei großen Veranstaltungen eingeschlossen, der Akademische Senat muß im Dreck tagen usw.

Seit über zwei Jahren versucht der Dienstherr, die Samstagsöffnung der Bibliothek durchzusetzen. Der Personalrat mußte seine Zustimmung bisher aufgrund des Beschlusses einer Teilpersonalversammlung und zweier Beschlüsse der ÖTV-Vertrauenskörpers verweigern. Auf der letzten Gesamtpersonalversammlung vor zwei Wochen wurde erneut ein Beschluß gegen den Samstagsdienst gefaßt, weil damit der Achtstundenarbeitstag an fünf Wochentagen abgeschafft und die Ausweitung der Schichtarbeit Tür und Tor geöffnet wäre und diese Erweiterung der Öffnungszeiten auch einer Verschärfung der Studienbedingungen dient. Personalratsvorsitzender Prigge (SPD) konnte auf dieser Versammlung den Beschluß wieder rückgängig machen, weil er behauptete, daß viele Beschäftigte der Bibliotheken diesen Samstagsdienst nicht ablehnen würden und eine Gesamtpersonenversammlung nicht gegen deren Interessen abstimmen könnte.

Vergangenen Mittwoch war Teilpersonalversammlung der Beschäftigten der Bibliothek, der Haushandwerker und des Rechenzentrums über die Samstagsöffnung. Es ist darüber abgestimmt worden. 81 lehnten den Samstagsdienst ab, 54 waren dafür, drei enthielten sich. Das Ergebnis dieser Abstimmung erreichte den Rektor auf einer Sitzung des Akademischen Senats. Er zeigte einen Vogel. Der Kanzler, ebenfalls dort anwesend: „Dann bekommen sie eben noch zehn weitere Stellen gestrichen."

Die Beschäftigten der Universität haben im Kampf große Einheit erreicht, sie können die weiteren Angriffe des Dienstherrn zurückschlagen. Für den Tarifkampf hat der ÖTV-Vertrauenskörper 190 DM Festgeld, 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, grundsätzliche Ablehnung der Schichtarbeit und Streikrecht beschlossen.



„Hausse in Atomaktien" hieß die Schlagzeile des Handelsblattes vom Freitag. Am Tag zuvor hatte der DGB im Einvernehmen mit den Energie- und Elektrokonzernen eine Kundgebung für das imperialistische Energieprogramm durchgeführt. Es soll angeblich „Arbeitsplätze schaffen". Es „schafft" aber bloß Dividende auf Siemensaktien etc. Die Arbeiter produzieren und die wachsende Produktivkraft der Arbeiter führt im Kapitalismus zum Wachstum einer industriellen Reservearmee. Die Kapitalisten häufen Reichtümer auf und streichen ein. Dafür marschieren? Die aufgereihten geschäftsführenden Sozialdemokraten versuchen die Arbeiter in diese Sackgasse zu locken. In Dortmund hatten sie noch Erfolg.

Sozialdemokratisches über Sonderschichten

Wolfsburg. Vor etwa zwei Wochen fanden auf Antrag des VW-Vorstandes Verhandlungen mit dem Betriebsrat über sechs Sonderschichten statt. Der Betriebsrat lehnte eine Betriebsvereinbarung darüber ab, sagte aber zu, daß er gegen Sonderschichten, die „freiwillig" von der Belegschaft geleistet würden, nichts einzuwenden hätte. Bei den letzten Sonderschichten hatte es heftigen Unmut der Arbeiter, insbesondere gegen die Maßnahmen, die Schmücker angewandt hatte, um die Arbeiter zu Sonderschichten zu zwingen, gegeben. Dies ist bis dahin gegangen, daß der Betriebsrat die Freistellung ganzer Bandabschnitte gegenüber den Abteilungsleitern, insbesondere in der Golf-Endmontage, erwirken mußte.

Man kennt die Sorte „Freiwilligkeit", die diesmal zwischen Vorstand und Betriebsrat ausgehandelt war: Sie ist darauf berechnet, daß der zu niedrige Tariflohn die Arbeiter schon in die Fabrik treibt. Allerdings hat sie sich bei den Arbeitern offensichtlich nicht einstellen wollen. Jedenfalls wurden zwei Sonderschichten vor Weihnachten etwa eine Woche nach den Verhandlungen abgesagt. Wiederum nach einer Woche ließ der Betriebsrat aus der Halle 12 den offensichtlich unnötigen und seiner Vereinbarung mit den Kapitalisten widersprechenden Appell an die Arbeiter los, sie sollten auf keinen Fall freiwillig Sonderschichten arbeiten, das würde die Position des Betriebsrates, der bisher noch bei jeder Sonderschicht etwas für die Belegschaft rausgeholt hätte, schwächen. Daraufhin führten Vertrauensleute in der Halle 12 eine Umfrage durch, wer bereit sei, Sonderschichten zu arbeiten. Lediglich 10% sagten zu. 30% sind aber notwendig, damit sich die Produktion für die Kapitalisten lohnt.

Vorläufiges Ergebnis dieses Glanzstücks sozialdemokratischer Betriebsratspolitik: Der Betriebsrat sehe sich in seiner Auffassung bestätigt, er wolle sofort mit dem Vorstand in Verhandlungen über Sonderschichten treten, bei denen etwas rausspringt, zum Beispiel ein Tag Sonderurlaub. Inzwischen wurde herausgelassen, daß die Arbeiter auf jeden Fall noch zwei Sonderschichten vor Weihnachten arbeiten müssen. Was der Betriebsrat nun Großartiges „rausgeholt" hat, ist jedenfalls nicht bekannt gegeben worden.

Loderer und Kluncker: „rücksichtslos“ gegenüber den „Steuererleichterungen“

„Spielen die Steuersenkungen bei der nächsten Lohnrunde eine Rolle?“ fragte „Bild“ am 29. Oktober den sozialdemokratischen Vorsitzenden der IG Metall. Der antwortet: „Nein. Was dem Arbeitnehmer durch Steuersenkungen gegeben wird, darf man ihm doch später bei Lohnverhandlungen nicht wieder wegnehmen. Denn dann wäre die gerade beseitigte Ungerechtigkeit wieder eingeführt.“ Sein Kollege Kluncker, Vorsitzender der ÖTV, bei anderer Gelegenheit auf die gleiche Frage: „Die Lohn- und Einkommenssteuerentlastungen könne man ... nicht berücksichtigen. Wenn man Steuersenkungen berücksichtige, müßte man dies künftig auch bei Steuererhöhungen tun. ‚Da, meine ich aber, stoßen wir an die Grenze der Legitimität. Für Steuerlastquoten sind die Parlamente und nicht die Tarifvertragsparteien zuständig.‘“ (Handelsblatt, 3.11.)

Zwei Zitate, ein ganzer Haufen von Lügen und absichtsvollen Verdrehungen:

„Steuersenkungen“ gebe es. Rechnen wir nach. Ein Arbeiter, Steuerklasse I, unverheiratet, keine Kinder, verdient heute z.B. 1 540 DM brutto. Er zahlt jetzt 207 DM Lohnsteuer (13,4% vom Bruttolohn). „Mäßigt“ er sich im Lohnkampf, wie ihm aus allen Rohren anempfohlen wird, „verzichtet“ er gar auf jegliche Lohnerhöhung, dann „bescheren“ ihm die „Steuererleichterungen“ 23 DM im Monat. Wenn nicht, wenn er zusammen mit seinen Klassengenossen eine Lohnerhöhung von sagen wir 210 DM durchsetzt, er dann brutto auf einen Lohn von 1750 DM kommt, zahlt er nach den „Steuererleichterungen“ 249 DM Lohnsteuern (14,2% vom Lohn), ein Mehr von 42 DM gegenüber heute. Die Steuererleichterungen könne man nicht berücksichtigen? Wer von „Steuererleichterungen“ spricht, *hat* sie schon „berücksichtigt“.

Dem Arbeitnehmer werde durch die „Steuererleichterungen“ gegeben. Selbst einmal angenommen, es handle sich tatsächlich um Steuerleichterungen und nicht um einen erpresserischen Betrug unter diesem Namen, steht immer noch die Frage: Wer gibt? Man sieht gleich, daß die Frage so nicht gestellt werden kann. Keiner „gibt“, der bürgerliche Staat den Lohnabhängigen schon gar nicht. Er *raubt*: 19,5 Milliarden DM hat er den Lohnabhängigen 1967 an Lohnsteuer zwangsläufig abgepreßt, über 90 Milliarden 1976, von den Milliardenbeträgen indirekter Steuern ganz zu schweigen. Für 1981 rechnen die Bourgeois mit über 150 Milliarden Lohnsteuern.

Durch die beschlossenen „Steuererleichterungen“ sei die „Ungerechtigkeit“ korrigiert. 1976 haben die Lohnabhängigen über 70% der gut 268 Milliarden DM Steuereinnahmen des bürgerlichen Staates zahlen müssen, von jeder Mark Lohn fast 32 Pfennig an direkten und indirekten Steuern; die Kapitalisten dagegen nicht einmal 29 Pfennig von jeder Mark Profit. An diesem Verhältnis wird sich durch die verschiedenen Maßnahmen der Bundesregierung insoweit etwas ändern, daß der Steueranteil der Kapitalisten gegen Null strebt und der der Lohnabhängigen absolut und relativ steigt. Und selbst wenn das bestehende Verhältnis eingefroren würde: Durch keinerlei kosmetische Korrektur wird die grundlegende „Ungerechtigkeit“ aus der Welt geschafft, daß die Bourgeois die Kosten für den Staatsapparat, mit dem sie die Lohnabhängigen unterdrücken und die Freiheit der Ausbeutung sichern, den Lohnabhängigen selbst aufzwingen. Man muß schon Loderer heißen und Sozialdemokrat sein, um das „gerecht“ zu finden.

Steuersenkungen dürfen im Lohnkampf genausowenig wie Steuererhöhungen berücksichtigt werden. Man erinnert sich: Bei der Verabschiedung der Mehrwertsteuererhöhung „warnte“ das „Handelsblatt“: Aufgabe der gewerkschaftlichen Lohnpolitik könne nicht sein, die steuerpolitischen Entscheidungen des Gesetzgebers rückgängig zu machen. Nein, wiederholen die Gewerkschaftssozialdemokraten, ganz Stimme ihrer Herren:

Für „Steuerlastquoten“ sind die Parlamente und nicht die Tarifvertragsparteien zuständig. Mögen die Regierungssozialdemokraten ununterbrochen über neue Maßnahmen zur Verschärfung der Steuerausplünderung brüten – „das ist Sache der Arbeiter nicht“, fordern Loderer, Kluncker & Co. zu beherztem Zugreifen auf den Lohn heraus. Mögen Schmidt und seine Leute vermeintliche „Steuererleichterungen“ gegen den Lohnkampf ausspielen – die Gewerkschaftssozialdemokraten spielen mit. Nein, sagt Loderer, die Steuererleichterungen spielen in der Lohnrunde keine Rolle. Nein, sagt Kluncker, an die Brüder in der Regierung gerichtet, die Steuerlastquoten überlassen wir euch, überlaßt es uns, sie in den Lohnverhandlungen nicht zu berücksichtigen. Klar, wie die Zuarbeit der Gewerkschaftssozialdemokratie funktioniert? Das Notwendige wollen sie verhindern, daß nämlich die Arbeiterklasse den Kampf um mehr Lohn mit dem Kampf gegen die Steuerausplünderung verbindet. – (Z-Red.)

Kirchen für „Innere Sicherheit“: Büßertum mit dem Polizeiknüppel

„Die Evangelische Kirche in Deutschland bejaht den Staat, in dem wir leben. Die durch den Terror ausgelöste allgemeine Verunsicherung kann zu maßlosem Zorn oder zu tiefer Resignation führen. In dieser Situation bekennen wir uns zu dem fünften Satz der Barmer Theologischen Erklärung von 1934, in dem es heißt: ‚Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.“

Auch aus der „Erklärung zum Terrorismus“ vom 21.9.77 der Fuldaer Bischofskonferenz springt der Polizeiknüppel: „Den Verantwortlichen, die vor schwierigen Entscheidungen stehen, gilt unsere besondere Solidarität und unser fürbittendes Gebet. Dankbar würdigen wir den Einsatz der Polizei, des Verfassungsschutzes und der in den Strafvollzugsbehörden wie in der Justiz und im Justizvollzug tätigen Männer und Frauen.“

Kein Zufall, daß Bundeskanzler Schmidt seine Regierungserklärung mit biblischen Gleichnissen gespickt und mit „Gott helfe uns“ beendet hatte. „Die Verpflichtung auf die unserer gesellschaftlichen politischen Ordnung vorgegebenen Werte bildet die Grundlage unserer politischen Existenz und ermöglicht den weiten Raum der Freiheit, in dem Menschenrecht und Menschenwürde beheimatet sind. Diese Grundlage der Freiheit bestimmt aber auch deren strikt zu wahrende Grenze. Dem tragen Gesetzgebung und Polizeigewalt in unserem Land angemessen Rechnung.“ So die Erklärung des Rats der Evangelischen Kirche.

Schmidts Appelle an die Massen, für die Verteidigung des Privateigentums einzutreten, propagiert die Kirche in Gebetsform. „Christ in der Gegenwart“ vom 6.11.77 druckt ein passendes Mustergebet zum Nachbeten ab:

„Allmächtiger, ewiger Gott!
Herr, himmlischer Vater!
Wir bitten dich:
Nimm unser Vaterland in deinen beständigen Schutz
und erleuchte seine Politiker
(in Regierung und Opposition – in Ost und West)
mit dem Lichte deiner Weisheit.
Laß sie erkennen, was der Wohlfahrt des Volkes dient;
und sie sollen das, was Recht ist, in deiner
Kraft vollbringen, Amen.“

Während Bourgeoispolitiker und Bischöfe beider Kirchen sich die Bälle zuwerfen, um eine Strategie der Unterwerfung der Arbeiterbewegung und der Volksmassen auszubrüten, enthüllt die Statistik das ganze Dilemma dieser Versuche. Seit Mitte der 60iger Jahre schwoll die Austrittsbewegung aus beiden Kirchen machtvoll an. Das minderte die durch den bürgerlichen Staat beigetriebenen Steuereinnahmen ganz erheblich.

Der Rückgang ihres ideologischen Einflusses kommt sie im wahrsten Sinne des Wortes „teuer zu stehen“. Die evangelischen und katholischen Bischöfe haben den Ruf der Kapitalistenklasse und die Kirchenaustrittsstatistiken daher wohl verstanden. Sie fordern von den Volksmassen Pflichterfüllung, d.h. Unterwerfung unter das Recht der Ausbeuter – kurz, bete und arbeite. Und sie danken Gott, daß er dem bürgerlichen Staat den Polizeiknüppel gegeben hat, der dem Büßertum Nachdruck verleihen muß. – (Z-Red.)

	Mitglieder (Mio) *1975*	Austritte (Tsd.) *1976*	% der Mitgl.	Kirchensteuer (Mrd.DM) *1976*
Ev. Kirche	27,1	168	0,6	3,85
Kath. Kirche	27,0	69	0,25	3,35
Zusammen	54,1	237	0,4	7,2

Die Einnahmenverluste beider Kirchen durch die Austritte betrugen 1976 ca. 29 Millionen DM. 1977 traten aus der evangelischen Kirche noch einmal 128 000 aus, Einnahmeverluste weitere geschätzte 17 Millionen DM. Schreibt man die Einnahmenverluste durch Austritte über die Jahre fort, so geht das in mehrere 100 Millionen DM seit Mitte der sechziger Jahre. Es sind dies Millionen, die der Bourgeoisie für ihre christlich-nationale Reaktion durch die Lappen gehen.



Braunschweig. Die Faschisten wollten anläßlich des 60. Jahrestages der siegreichen russischen Oktoberrevolution auf dem Burgplatz in Braunschweig eine Kundgebung unter den Parolen „Zerschlagt das rote Verbrechertum, Volksabstimmung für Todesstrafe“ durchführen. Das ist ihnen trotz starken Polizeischutzes nicht gelungen. 1000 bis 1500 Menschen führten eine Kundgebung gegen den Aufmarsch der Faschisten durch. Lieder der Arbeiterbewegung wurden gesungen, Parolen gegen Reaktion und Imperialismus gerufen, die Faschisten mußten abziehen. Eine merkwürdige Allparteienaktionseinheit von CDU, SPD, FDP, dem DGB und dem Stadtjugendring hatte auch aufgerufen, sich auf dem Burgplatz zu versammeln unter der Stoßrichtung: „Zeigt den Chaoten aller Schattierungen, daß in Braunschweig kein Platz für sie ist!“ – den Teufel mit dem Beelzebub vertreiben, das hat nicht hingehauen. 500 haben sich an einer Demonstration der Aktionseinheit von KBW, KPD, GIM, Basisgruppen an der TU und PH unter den Forderungen: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Für die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML! Weg mit den Verbotsandrohungen gegen den KB! Weg mit dem KPD-Verbot!“ beteiligt.

„Pillenmüdigkeit“ und „Babyschock“ – Das Volk kann seine Angelegenheiten selbst regeln

Westberlin. Professor Hammerstein (Klinikum Steglitz, Westberlin), „Kapazität“ auf dem Gebiet der Familienplanung: „Gegenwärtig zeichnet sich die besorgniserregende Entwicklung ab, daß anstelle der den Frauen genommenen Angst vor unerwünschter Schwangerschaft die Angst vor den Nebenwirkungen und Gefahren der modernen empfängnisverhütenden Verfahren tritt und damit im emotionellen Bereich der Fortschritt der letzten 20 Jahre wieder in Frage gestellt wird.“ Was veranlaßt seine Besorgnis? Daß er folgende Tatsachen mit seiner Wissenschaft nicht verhüllen kann: Schon bei jungen Frauen werden durch die Pille u.a. Herzinfarkt, Schlaganfall, Bluthochdruck, Gallensteine, Unfruchtbarkeit verursacht, 2% aller Todesfälle von Frauen im geschlechtsreifen Alter werden zurückgeführt auf Thromboembolien durch Pilleneinnahme. Beim Intrauterinpessar (einem in der Gebärmutter liegenden Fremdkörper): Unterleibsentzündungen und Verklebungen der Gebärmutter, was Unfruchtbarkeit zur Folge haben kann, Todesfälle durch Blutvergiftung. „Jedes Ding hat eben seinen Preis“, ist Hammersteins Kommentar.

„Auch das Fruchtbarkeitsverhalten unterliegt Zeitmoden“, hieß es auf einer Tagung über Familienplanung vorletzte Woche in Westberlin. „Bevorzugt wird Ein-Kind-Familie“, daß schon ein Kind aufzuziehen oft schwierig ist, nennt Professor Jürgens aus Kiel höhnisch „Babyschock“.

Wer Angst hätte vor der Pille, könne ja auch Kondome benutzen. Ihnen ist egal, wie herum es läuft: Gibt es Krankheiten aufgrund der Verwendung von Verhütungsmitteln, soll die Kostendämpfungsmedizin dafür sorgen, daß die Versicherungsgelder nicht an die Lohnabhängigen verschwendet werden; gibt es ungewollte Schwangerschaften, sollen die Frauen in die § 218-Zwangsberatungsstellen getrieben werden.

Die Frau Dr. Frick aus Hamburg höhnt sozialpsychologisch, vermutet dunkle Triebe, vielleicht brauchen die Menschen zum sexuellen Glück die Angst vor der unerwünschten Schwangerschaft? Hammerstein meint, er könne zwar an den Frauen rumfummeln, um die Lage des Intrauterinpessars zu überprüfen, von denen seien aber viele zu blöd, den eigenen Muttermund zu tasten. Allesamt hoffen die Damen und Herren Bourgeoiswissenschaftler, sagen wir es den Massen lange genug vor, dann glauben sie vielleicht selbst daran, daß sie zu blöde sind, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Wer sich kein Kind leisten kann, ist gezwungen, die vorhandenen Verhütungsmittel zu benutzen, so schlecht sie auch sind. Deshalb müssen wir durchsetzen, daß Verhütungsmittel, egal welche, von der Krankenkasse bezahlt werden und daß der § 218 fällt. Überhaupt sollen die Kapitalisten aufkommen für die Reproduktionskosten der Arbeiter, deren Arbeitskraft sie vernutzen. Sie sollen die Krankenkasse bezahlen, verwalten wollen wir sie selbst.

Unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse wird die Forschung ausschließlich vom Profitinteresse bestimmt. Was kümmert es die Bourgeois, wenn die Arbeiter früher sterben, es gibt ja genügend von ihnen. Wie sollte es der Arbeiterklasse, die alles produziert, nicht möglich sein, unter ihrer Herrschaft die Produktivkräfte zur freien Entfaltung zu bringen und auch unschädliche Verhütungsmittel zu entwickeln? – (Bezirk Westberlin)

Bürgerliche Parteien bereiten Kommunalwahlen vor

Kiel. „Mit Kopf und Herz für Schleswig-Holstein“ ließ Ministerpräsident Stoltenberg als zentralen Wahlslogan ausgeben, mit dem die CDU in den Kommunalwahlkampf einsteigen will. „Kopf“ und „Herz“ stehen nach Stoltenbergs Aussagen für „Sachverstand und Vernunft“ und „Heimatverbundenheit“.

Priorität in der nächsten Zeit soll auf der Investitionstätigkeit liegen. Hierzu gehört der Ausbau des Unterelbegebietes um Brunsbüttel herum, der mit 550 Mio. DM gefördert werden soll. Ein Dorf soll bei der Gelegenheit gleich ganz ausradiert werden.

Der zweite Schwerpunkt liegt auf der Inneren Sicherheit. Hierauf konnten sich bei der letzten Landtagssitzung alle bürgerlichen Parteien einigen. Nachdem von 1971 bis 1977 die Mitarbeiterzahl der Polizei von 6006 auf 7244 erhöht wurde, soll jetzt im „Bereich Polizei und Justiz eine weitere Aufstockung vorgenommen werden“.

Die SPD hat auf ihrem Kieler Kreisparteitag ein 30-Millionen-Programm für Arbeit und Solidarität“ verabschiedet, das „richtungsweisend sein dürfte für Schleswig-Holstein“. Da das Geld dafür nicht da ist, wird sich die Stadt verschulden müssen. Ein dezenter Hinweis auf die nächste Fahrpreis-, Strom- und Gaserhöhung.

Allein die Hälfte des Geldes soll ausgegeben werden für mehr „humane und soziale Dienstleistungen“, was heißt Einführung von Arbeitsdienst und umfassender Bespitzelung vor allem der Jugend über „Betreuung ausländischer Arbeitnehmer, Erziehungsberatung, Betreuer für Jugendheime“ u.ä.

Dazu sollen 100 Arbeitsplätze geschaffen werden. In Kiel ist mit diesem Zwangsarbeitsprogramm schon begonnen worden: 35 Psychologen und Erzieher für die obengenannten Zwecke, 30 Jugendliche unter 18, die für 825 DM brutto Kinderspielplätze bauen müssen.

Mehr Geld in den Rachen des Finanzkapitals und die Verschärfung der Unterdrückung der Volksmassen – das ist das Programm beider Parteien im Wahlkampf, ob unter dem Deckmantel der christlichen Nächstenliebe wie bei der CDU oder mit der Sozialdemagogie der SPD. Der KBW wird gegen beide mit dem Programm der Arbeiterklasse auftreten. – (Bezirk Holstein)

Kampf dem imperialistischen Energieprogramm! Für uneingeschränkte Streik-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit!

Am Mittwoch ist bekanntgeworden, daß die niedersächsische Landesregierung noch vor Weihnachten sogenannte Kostenheranziehungsbescheide verschicken will in Höhe von insgesamt 1-2 Mio. DM. 270 Teilnehmer der Demonstration bzw. des Lagers gegen das Kernkraftwerk in Grohnde seien polizeilich identifiziert, und einige müßten damit rechnen, daß sie zur Zahlung von je ungefähr 10 000 DM verpflichtet werden, als Kostenerstattung für Polizeieinsatz und aufgetretene Schäden.

Das gleiche Verfahren will die Landesregierung von Schleswig-Holstein durchsetzen gegen 21 Gegner des Kernkraftwerkes in Brokdorf, die je 5 384 DM zahlen sollen für den Polizeieinsatz zur gewaltsamen Räumung des Anti-AKW-Dorfes in Brokdorf.

Die Bewegung gegen Kernkraftwerke, gegen das imperialistische Energieprogramm muß diese neue Polizeimaßnahme bekämpfen und sie geeint zurückschlagen. Dafür sind wir am Sonnabend auf der Demonstration des KB Nord und der KPD aufgetreten unter den Forderungen:
Weg mit dem imperialistischen Energieprogramm!
Weg mit den Zahlungsbescheiden!
Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren!
Für uneingeschränkte Streik-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit!

Für diese Forderungen einzutreten war die aktuelle Aufgabe im Klassenkampf. Der KB Nord hatte zu dieser Demonstration aufgerufen, aus „Besorgnis“ über den Abbau der demokratischen Rechte in den letzten Jahren. Der Zeitpunkt beliebte ihm gerade, weil „die Massen jetzt weniger verhetzt sind als vor vier Wochen“. Der Aufruf war geschrieben für Böll und seinesgleichen und mit Rücksicht auf diese „Demokraten“ wurde auf die Forderung nach uneingeschränktem Streikrecht verzichtet. Insgesamt nahmen an der Demonstration nur 1 600 Menschen teil. Seit Jahren die kleinste Demonstration, zu der der KB Nord aufgerufen hat.

Lehrlinge – billige Arbeitskräfte für die VW-Kapitalisten

Wolfsburg. Die Lehrlinge der überbetrieblichen Ausbildungsstätte Wolfsburg, 2. Lehrjahr Elektroanlageninstallateur, machen derzeit sechswöchige Betriebspraktika, etliche davon bei VW. Während dieser Zeit arbeiten sie an der Installation bzw. Wartung von Schaltanlagen in der Produktion, ohne daß die VW-Kapitalisten dafür einen Pfennig zahlen. Sie erhalten lediglich ihren sonstigen Lehrlingslohn, der aus städtischen und staatlichen Geldern gezahlt wird, weiter.

Was die „Autobooms“ beweisen: gestiegene Mobilität, gesunkene Lebenshaltung der Arbeiterklasse

In ihrem neuen Autojahresbericht 76/77 behaupten die Autokapitalisten, um zu belegen, daß die Arbeiter auf alle Fälle weitere Lohnsenkungen hinnehmen könnten, ein Arbeiter bräuchte heute „nur“ noch 862 Stunden zu arbeiten, um sich von dem Lohn ein neues Auto kaufen zu können. Selbst wenn die Angabe stimmen würde, was heißt denn „nur“? 862 Stunden, das ist bei einer 40-Stundenwoche fast ein halbes Jahr. Dann könnte der Arbeiter sich, vorausgesetzt, er hat nichts für seine Reproduktion ausgegeben, ein Auto kaufen, die Preisklasse empfohlen von den Kapitalisten, VW 1200, Fiat 126, R 4. Weil er essen muß, muß er jedoch sparen. Bei einem Monatsdurchschnittslohn von 1400 DM und den Ausgaben für Miete, Strom, Essen und Kleidung nach Angaben des Statistischen Jahrbuches – alle sonstigen Kosten gestrichen – kommt er auf eine Sparzeit von fast 2 1/2 Jahren. Dann wird er feststellen, daß das Auto, auf das er gespart hat, mittlerweile 1000 DM teurer geworden ist, hinzu kommen die dafür gestiegenen Unterhaltskosten.

Er hat die Möglichkeit, sich einen kleineren Wagen zu kaufen, statt eines neuen einen gebrauchten. Noch länger warten, geht nicht. Sein jetziger Wagen ist bereits 8 Jahre alt und ein Sicher-

Preisentwicklung (in DM)

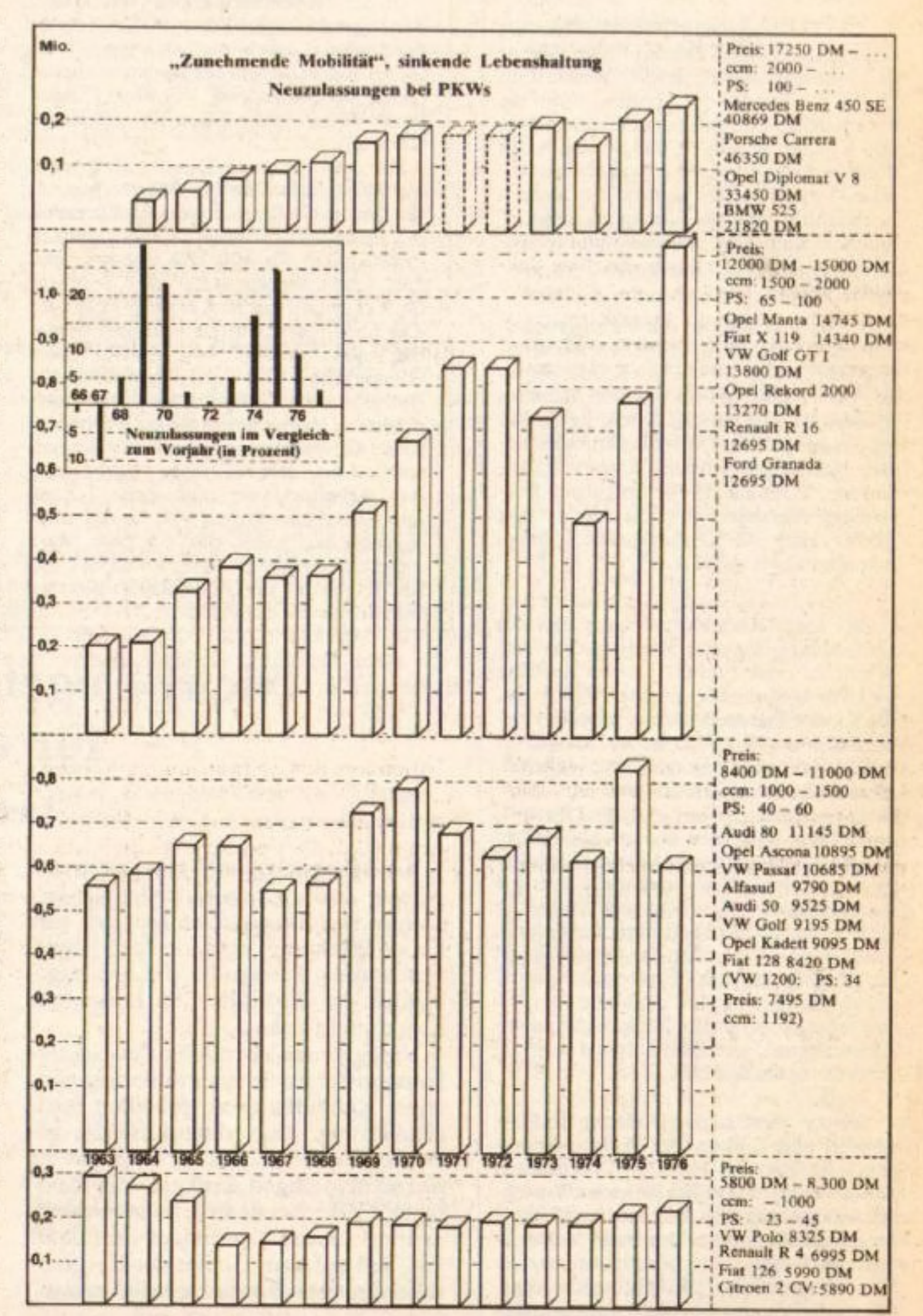
	VW 1200	VW Golf	Ford Escort	Ford Taunus
1977	7495	9195		
1976	7480	9195	8995	10490
1975	6950	8795	8595	9590
1974	6395	7995	7610	8585
1973	5650		6910	8250
1972	5390		6485	7625
1971	5045		6140	7365
1970	4695		5495	
1969	4526		5395	

Führen die Kapitalisten neue Modelle ein und lassen dafür alte Modelle auslaufen, setzen sie das über den Preis durch. Die alten Modelle werden teuer, die neuen kommen etwas teurer auf den Markt, um dann kräftig im Preis anzuziehen.

heitsrisiko – 1974 waren alle verschrotteten Autos im Durchschnitt über 9 Jahre alt, seitdem ist die Alterskurve noch gestiegen – woraus er sich im übrigen neben der Qualitätsverschlechterung der Autos, die die Kapitalisten bei jeder Modellneuauflage durchführen lassen, die vielen Verkehrstoten und Verletzten erklärt. Ohne Auto kann er jedoch auch nicht leben, da er nach längerer Arbeitslosigkeit jetzt einen Arbeitsplatz hat, der 50 Kilometer entfernt liegt, was nicht mehr außergewöhnlich ist und das Auto unentbehrlich macht.

Das Schaubild zeigt zwei Tendenzen: Zunahme bei den Kleinwagen. Zum ersten Mal seit 1963 liegt die Zahl der Neuzulassungen mit dem Beginn des „Autobooms“ wieder über 200000. Gleichzeitig nimmt die Zulassung der Mittelklassewagen zu, während die Wagen einer Preisklasse darunter bereits das baldige Ende des „Autobooms“ ankündigen. Trotz längerer Anfahrtswege und einem erforderlichen höheren Gebrauchswert der Autos – vor allem muß es schneller fahren wegen der langen Strecken – mußten viele Arbeiter auf Kleinwagen umsteigen. Die Kapitalisten haben dem Rechnung getragen, indem sie die Produktion in diesem Bereich angekurbelt haben. Gleichzeitig stellen sie die Produktion bestimmter Autotypen ein wie den VW 1200 und führen stattdessen neue teurere Modelle ein, in diesem Fall den Golf. Die gleiche Entwicklung ist während des „Autobooms“ 66/67 zu beobachten, wo die Arbeiter hauptsächlich auf die zweite Preisklasse gezwungenermaßen ausgewichen sind. Dieses Ausweichen, was für den Arbeiter ein Drauflegen beim Preis ist, ist jetzt z.T. schon nicht mehr möglich. Das erklärt die Zunahme bei den Kleinwagen. Dafür spricht auch die Zunahme des Gebrauchtwagenhandels in der 2. Preisklasse, in der die Neuzulassungen bereits wieder sinken. „Der Gebrauchtwagenhandel hat mit 4,34 Millionen Wechseln im Autobesitz eines Wagens ein Rekordjahr erreicht“, schreibt die „Wirtschaftswoche“ im März genießerisch.

Das Ansteigen der Wagen der 3. Preisklasse ist die krasse Widerspiegelung der hohen erzwungenen Mobilität der Arbeiter, die täglich 20 bis 200 Kilometer zurücklegen müssen. Das Auto ist Voraussetzung für den Arbeitsplatz und gehört zu den ersten Lebensnotwendigkeiten. Andere Einschränkungen in der Reproduktion sind die Folge. Viele haben gesagt, ein neues Auto ist sowieso notwendig,



schneller muß es auch sein, also wird jetzt ein etwas besseres gekauft, das länger hält – angesichts der schlechten Lage ist das notwendig – und für das man noch was bekommt, wenn es verkauft werden muß. Die damit einhergehenden steigenden Unterhaltskosten, sie betragen jetzt ca. 200 DM im Monat, machen es gleichzeitig unmöglich, bereits wieder Geld für das nächste Auto zu sparen. Man kann jetzt schon die Entwicklung erkennen, die die Kapitalisten gegenüber den Arbeitern durchsetzen werden, wenn diese ihnen keine Schranken setzen. Über das Auto wird die Lebenslage der Arbeiterklasse insgesamt in erheblichem Ausmaß gedrückt und es führt dazu, daß die mobil gemachten Arbeiter dorthin ziehen, wo ihr Arbeitsplatz ist und nur noch am Wochenende nach Hause fahren, was zur weiteren Zerrüttung der sozialen Bindungen des Arbeiters führt, eine günstigere Bedingung für die Kapitalistenklasse, die Ausbeutung anzutreiben. – (Z-Red.)

„Sicherheit im Straßenverkehr“

Nachdem die Kapitalisten die Qualität der Verkehrsfahrzeuge dermaßen verschlechtert haben, daß die Zahl der Verkehrstoten und -verletzten ständig gestiegen ist, haben sie, zunächst an die „Einsicht und Vernunft“ der Massen appellierend, dann aber mit Zwang, das Tragen von Sicherheitsgurten eingeführt. Sie bereichern sich über den Verkauf von Sicherheitsgurten und, wie jetzt beabsichtigt, über die Eintreibung von Bußgeldern bei Nichttragen und rechtfertigen gleichzeitig eine „nun“ notwendig gewordene Erhöhung der Kontrollen. Die Erhöhung der Kontrollen ist gestiegen, damit auch die Kosten, folglich müssen die Kfz-Steuern erhöht werden. Jetzt führen sie das Tragen von Helmen bei Mofas ein, zunächst auch ganz freiwillig, womit sie sich vor allem gegen die Jugendlichen wenden. Die Kapitalisten herrschen noch über die Produktion und solange herrscht Unsicherheit auf den Straßen. Ihre Unfähigkeit ist für sie Anlaß nicht nur zur Ausplünderung und Schikane, sie nehmen es auch gleich zum Anlaß, ihre Herrschaft überhaupt zu rechtfertigen. Die Arbeiterklasse sei unfähig zu fahren und sie müßten für die „Sicherheit im Straßenverkehr“ sorgen. Dem widmen sie täglich in ihren bürgerlichen Blättern etliche Zeilen. Die ganze Verkommenheit der Bourgeoisie zeigt sich in dem Aufbau eines Apparates, der festlegt, wieviel menschliche Körperteile wert sind. Das Schmerzensgeld bei Unfällen wird erhöht. Der Verlust eines Armes kostet 30000 DM, der einer Brust 40000 DM, haben die verkommenen Bourgeoisrechtsexperten herausgefunden. Zahlen müssen in jeder Hinsicht alle „Verluste“ die Arbeiterklasse. Die Kfz-Versicherungen haben Erhöhungen der Tarife angekündigt. – (Z-Red.)

Durchschnittliche monatliche Ausgaben in DM

	Kraftstoffe	Kraftfahrz.-steuer	Kfz-Versicherung
1970	62,54	17,02	22,29
1971	63,61	16,74	28,75
1972	71,29	18,03	32,71
1973	81,79	18,35	33,82
1974	96,63	19,38	34,95
1975	101,81	19,12	34,64
1976	113,12	20,48	35,83

Quelle: Statistisches Jahrbuch

Nach der Probephase arbeiten die Setzer nicht mehr am Krantz-Computer

Kapitalisten fürchten den Zusammenschluß / Auslagerung der Abo-Abteilung / Angestellte wollen auf die Straße gehen

Hamburg. Mit der Inbetriebnahme des „Krantz-Computers“ sollen bei Gruner und Jahr, einem der größten Zeitschriftenhersteller (Stern, Brigitte, GEO, Schöner Wohnen), von 150 Setzern 100 wegrationalisiert werden. Der Text wird per Bildschirmterminals in einen Zentralcomputer eingegeben, der die Setzmaschine startet. 28 Terminals hat Gruner und Jahr in der Redaktion aufgestellt, zwei in der Setzerei. Probeläufe haben stattgefunden. Über die neuen Textsysteme der DPA (ERNA) kann in Zukunft fertiger Satz in Gruners Setzmaschine geleitet werden. Sie werden gleich von den Angestellten gesetzt, die die Anzeigen aufnehmen.

Die Setzer haben lange Erfahrungen im Kampf gegen Rationalisierung und damit Verdichtung des Arbeitstages und Verschärfung der Arbeitshetze sowie ständige Verlängerung des Normalarbeitstages durch Überstunden. Sie haben sich zusammengeschlossen im Kampf für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich.

Der Betriebsrat hat um Informationen über die Einführung des Krantz-Computer-Systems gekämpft sowie um eine Betriebsvereinbarung. Die Betriebsvereinbarung hatte einen finanziellen Ausgleich für den Wegfall von Sonntags- und Schichtzuschlägen bei Einführung des Krantz-Computers vorgesehen. Auf Druck der Setzer ist dann auch der Krantz-Computer nach der Probephase erst einmal abgestellt worden. Nicht geglückt ist den Kapitalisten die überfallartige Einführung.

Von Anfang an haben sich die Kapitalisten dagegen gewehrt, einen Tarifvertrag über die rechnergesteuerten Textsysteme zu vereinbaren. Sie fürchten, daß die Arbeiter tarifvertraglich Schranken gegen die Ausbeutung errichten. Mit Hilfe der Sozialdemokraten in der IG Druck und Papier wollen sie richtige Forderungen verwischen und den Kampf um den Tarifvertrag verhindern. Sie sind schon weit auf diesem Weg: Jetzt wird der Abschluß von Betriebsvereinbarungen von den IG Druck-Spitzensozialdemokraten verboten. Mobilisiert wird für den Rastertarifvertrag, der gegenüber älteren Forderungen der IG Drupa ein Rückschritt ist: In den Manteltarifforderungen wird gefordert, daß Fotosatzmaschinen und externe Satzrechner im Verhältnis 1:1 zu bedienen sind und auch fachfremde Kräfte bei solcher Tätigkeit Maschinensetzerlohn bekommen (ca. 2100 DM). Die Mindestleistung bei Datenerfassungsgeräten ist auf 8000 Zeichen pro Stunde festgelegt, und für das Korrigieren an Bildschirmgeräten und das Lesen an OCR-Geräten wird der Maschinensetzerlohn gefordert. Demgegenüber wird im Rastertarifvertrag, den die IG Druck zusammen mit der HBV und DAG vorlegte, für Bildschirmgeräte die Endstufe der Gehaltsgruppe K 3 gefordert, das sind 1862 DM (30. Lebensjahr).

Die Forderung der IG Druck nach dem Siebenstundentag wird in dem Rastertarif nur für die Arbeit an Bildschirmen erhoben.

Bei den Angestellten sollen ca. 80 Arbeitsplätze wegfallen durch Auslagerung der Abonnements-Abteilung und Teilen der EDV und Buchhaltung an eine neue Firma, Neodata, die Gruner zusammen mit dem amerikanischen Konzern Nielsen aufziehen will unter Beteiligung anderer Druckkapitalisten. Statt ca. 30% der Arbeit, wie jetzt, sollen da 100% der Abonnements über Bildschirm laufen. Die Arbeit wird praktisch zur Akkordarbeit – und das zum niedrigen HBV-Tarif. Auch das ist von seiten der Kapitalisten eine Maßnahme gegen den Kampf um einen Tarifvertrag.

Warum der Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich vernünftig ist

Die IG Druck hat die Verhandlungen über die Einführung von rechnerisch gesteuerten Textsystemen für gescheitert erklärt. Die Kapitalisten fordern „sachliche Verhandlungen“. Forderungen nach dem 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich und 20 Minuten Pause pro Stunde für die Arbeiter, die an Bildschirmgeräten arbeiten usw. entbehren „jeder vernünftigen Grundlage“ für sie. Das macht sie für Druckarbeiter höchst vernünftig:

Konstanz, Südkurier. Der Besitzer des „Südkurier“ sagte: 20 bis 30 Arbeiter sollen nach Umstellung in Satzherstellung und -bearbeitung arbeiten. Diese Arbeit wird heute noch von etwa 100 Arbeitern gemacht. Für die Arbeiter beim „Südkurier“ bedeutet das, daß Schriftsetzer nicht mehr gebraucht werden. An ihre Stelle treten einerseits rasch eingewiesene Kräfte, die Perforatoren, andererseits wird ein Teil der traditionell ausgebildeten Setzer auf die elektronische Satzherstellung umgeschult.

Die Umstellung auf die neue Technik bedeutet Lohnverlust, so zum Beispiel für die Maschinensetzer (tariflicher Stundenlohn 12,21 DM), die im Verlauf der Umstellung in die Korrektorenstube kommen, beim Stundenlohn 10,91 DM. – (Bezirk Bodensee)

München, Süddeutscher Verlag. Nachdem die Kapitalisten des Süddeutschen Verlags im Anfangsstadium des Fotosatzes ein unbeschreibliches Chaos organisiert hatten, nutzen sie mittlerweile die von den Arbeitern angewandte Technik. „Früher wurden die Beilagen alle im Bleisatz hergestellt oder nach auswärts vergeben, heute machen wir alle im Fotosatz. Ebenso den ganzen Stadtanzeiger. Seit Frühjahr machen wir etwa 10 bis 15 Seiten mehr pro Woche. Und wenn sie auch auf unseren Druck hin 4 Mann neu einstellen mußten und für den Stadtanzeiger Mittwoch/Donnerstag drei Mann aus dem Bleisatz heruntergeschickt werden, so läuft das doch insgesamt auf Mehrarbeit hinaus.“ – (Bezirk Oberbayern)

Oldenburg. Im September wurden bei Stalling Filme hergestellt und montiert, die einen zu geringen Dichtigkeitsgrad hatten. Die Geschäftsleitung erzwang sich unbezahlte Überstunden, mit dem Hinweis, daß sonst jeder, der an dem Auftrag gearbeitet hat, die Konsequenz, sprich Kündigung tragen müßte. Der Betriebsrat wurde eingeschaltet, die Arbeiter haben Berichtigungszettel zu ihren Lohnzetteln geschrieben, auf denen sie die unbezahlten Überstunden zur Abrechnung gebracht haben.

Im Sommer dieses Jahres konnte eine Betriebsvereinbarung durchgesetzt werden, daß die Arbeiter an den Bildschirmgeräten dort höchstens 4 Stunden am Tag arbeiten. Dies ist ein wichtiger Schritt im Kampf um die jetzt laufenden Verhandlungen zu den Manteltarifanhängen und Einführung neuer Techniken. – (Bezirk Weser-Ems)

Freiburg. In dem Forderungskatalog der Gewerkschaftsführung zu den Rastertarifen ist beinhaltet, daß nur Facharbeiter an den neuen Satzmaschinen beschäftigt werden dürfen. Bisher war beinhaltet, daß alle an den Satzmaschinen Beschäftigten nach Maschinensetzertarif bezahlt werden müssen.

Ungelernte Frauen, die in großer Anzahl, bei Rombach ca. 20, an den Satzmaschinen beschäftigt werden, können, wenn die neue Maschinerie läuft und die Bleisetzer umgeschult sind, mit Absegnung der Gewerkschaftsführung aus den Betrieben rausrationalisiert werden. Bei Rombach in der Tasterei hat es schon Auseinandersetzungen gegeben, wo festgestellt wurde, daß die Forderungen der Gewerkschaftsführung nichts taugen und daß auf dieser Linie der Rausschmiß der Frauen besiegelt ist. Im Kampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen muß jetzt die vom Gewerkschaftstag verabschiedete Forderung nach dem 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich durchgesetzt werden. – (Bezirk Südbaden)

Das wird von den Angestellten nicht hingenommen. Sie haben einen Betriebsrat der Setzer eingeladen, um aus den Erfahrungen der Setzer zu lernen. Sie haben eine Siebener-Kommission gebildet, um für den 14. November eine Betriebsversammlung zur „Auslagerung von Abteilungen“ zu erkämpfen. Außerdem wächst der Zusammenschluß: Es gibt eine breite Strömung zur Organisierung in der Gewerkschaft. Die Abteilung Honorarbuchhaltung ist geschlossen in die IG Drupa eingetreten. Jetzt planen die Angestellten einen Info-Stand in der Stadt.

Die Pläne der Kapitalisten gehen auf gewaltige Lohndrückerei. Zwar haben sie den Angestellten einmalig 750 DM gezahlt, weil sie den jetzt laufenden Tarifvertrag um drei Monate verlängern wollen, aber sie wollten damit Kampfaktionen zuvorkommen. Da die gesteigerte Ausbeutung nicht bekämpft werden kann, wenn nicht der Lohnkampf geführt wird, diskutieren die Angestellten jetzt die Forderung nach 200 DM. Über die Forderung haben sie sich schnell einigen können. – (Zelle Druck, Bezirk Hamburg-Unterelbe/N-Red.)

„Mit Ernie, Bert und Krümelmonster" bürgerliche Ideologieverbreitung und Vorbereitung zur Kinderarbeit

„Gut und langweilig", war die Antwort eines Achtjährigen auf die Frage, wie er die Sendung „Sesamstraße" findet. Gut finden die Kinder die Figuren, wenn sie herumalbern und sich prügeln, essen, was und wieviel sie wollen, langweilig, wenn darüber die Bourgeoisie „Sprache und soziales Verhalten der Kinder" zu fördern beabsichtigt. Was die Kinder als langweilig empfinden, sind die reaktionären Absichten und die Ideologie, die diese Sendung verfolgt.

„Es mag ja nicht in die bildungspolitische Szene passen, aber im Elementarbereich tut sich was, etwa 240 Kindergärten mit 960 Erziehern und 15000 Kindern sowie 60 Wissenschaftlern beteiligten sich an einem großen Curriculumprogramm. Gesamtetat: 36 Millionen." („betrifft: erziehung", Januar 1976) In dieses Forschungsprogramm der Vorschulerziehung gehört auch die „Sesamstraße", übernommen aus den USA.

Ziel der Vorschulerziehung ist die „Verschmelzung von Kindergarten und Schule zu einer Einheit", sagen Politiker und Pädagogen. Die nackte Absicht ist, die Kinder früher im Notwendigsten auszubilden, um sie früher in die Lohnarbeit mit 13 und 14 Jahren pressen zu können. Was nach unten verschmolzen wird, wird nach oben frei. Jeder Pädagoge beteuert, wie wichtig gerade die ersten Lebensjahre und Erfahrungen der Kinder sind für ihre weitere Entwicklung und weist auf den zunehmenden Zerrüttungsprozeß der Arbeiterfamilien hin. Daraus der Schluß, jedes Kind – und über das Fernsehen ist im Gegensatz zum Kindergarten jedes Kind ohne Kosten zu erreichen – so früh wie möglich bürgerlicher Ideologie zu unterwerfen und die Erkenntnis der Wirklichkeit zu verhindern.

Gezeigt wird in der Sendung an Beispielen und Bildern der Gebrauch von Worten, Zählen, einzelne Buchstaben werden erklärt. Gezählt werden z.B. weggezauberte Ananas. Die meisten Kinder lernen Zahlen und zählen beim Vorrechnen des Geldes beim Kaufmann, wo sie stellvertretend für die Mutter, die tagsüber arbeitet, die Einkäufe machen. Das Verhältniswort „unter" wird bei „Sesamstraße" so verdeutlicht, daß sich eine Figur statt auf, unter eine Matratze legt. Jedes Kind weiß, daß das offensichtlicher Quatsch ist, woraus die Langeweile als Resultat erfolgt. Fragen, warum etwas so und nicht anders ist, werden von der Bourgeoisie auf diese Weise verhindert.

„Früher hatten die Leute zur Beleuchtung immer nur Kerzen und Feuer, und wir haben elektrisches Licht . . . Leute, die nachts arbeiten müssen, brauchen auch Licht." Dazu wurde Laterne-Laufen gezeigt. Ob es ein Zufall war, daß dies einen Tag, bevor die Gewerkschaftssozialdemokraten zu einer großaufgemachten Kundgebung für Kernenergie aufgerufen hatten, mag dahingestellt sein. Es ist auf alle Fälle die gleiche Ideologie, wie sie Filbinger zur Rechtfertigung eines Baus des Kernkraftwerkes in Wyhl verbreitet mit der Behauptung, es würden sonst die Lichter ausgehen. Und außerdem, es ist die Absicht der Kapitalistenklasse, die Nachtarbeit als normal zu behandeln und sie auszudehnen, was hier propagiert ist.



„Bei Huber tickt nicht alles richtig. Herr Huber ist verwirrt, er weiß nicht mehr, wie spät es ist. Irgend jemand hat an seinen Uhren gedreht. Willst du ihm helfen? Dann sag Herrn Huber doch, wie spät es wohl wirklich ist."

Feinsinnige bürgerliche Ideologie, die frühzeitig Jung gegen Alt spalten soll. Als die Sozialdemokraten ihre Raubzüge gegen die Rentner bekanntgegeben hatten, wurde im „Vorwärts" einen Artikel veröffentlicht, in dem hin- und herdiskutiert wurde, ob die Kinder von heute morgen wohl noch bereit wären, für „die Alten" zu zahlen. Was also sagt Sesamstraße von Herrn Huber? Er spinnt. Wer weiß es richtig, in diesem Falle die Uhrzeit? Es ist die Kirche mit ihrer Kirchenuhr, die in dem Heft „Sesamstraße" als zweiter Teil der Fotografie abgedruckt ist. Wen wundert's, daß diese Sendung so lange im Fernsehen gehalten wird und von jedem bürgerlichen Pädagogen wärmstens gepriesen und den Lehrern zur Verwendung im Unterricht empfohlen wird? – (Z-Red.)

„Tarifvertrag gegen die Jugendarbeitslosigkeit" in der Chemieindustrie: Deutliche Züge der Handschrift des Schreibtischmörders Ehrenberg

In der Novembernummer von „ran", der Jugendzeitschrift des DGB, ist unter der Spalte „Leserbriefe" zu lesen: „Weiter so! Nur in diesem Stil finden wir heute Gehör bei der Jugend. Vor allen Dingen packt weiter heiße Eisen an und nennt Namen."

Die „ran" packt an. Das „heiße Eisen": die Akkordarbeit für die Arbeiterjugend; der Name: Niederrheinische Baukeramik in Emmerich-Vrasselt. Dort müssen Praktikanten für 420 DM entsprechend der „Ausbildungsbeihilfe" im 1. Lehrjahr im Akkord 40 bis 50 Keramik-Teller am Tag nach vorgepausten Vorlagen bemalen, Akkordarbeit bei gleichzeitigem Hungerlohn. Der sozialdemokratische Betriebsrat hat sich jetzt der Sache angenommen, „wenn sie im Akkord arbeiten, sollen sie auch entsprechend Lohn erhalten". Also, schrankenlose Ausbeutung der Arbeiterklasse und ihrer Jugend durch die Akkordarbeit – ja, die Arbeiterjugendlichen sollen nur ein paar Mark mehr dafür erhalten, dafür sollen sie ruhig für den Profit der Kapitalisten genauso ranklotzen wie die Alten.

„ran" hat mehr „heiße Eisen" im Feuer. Sie wirbt für den „in seiner Art bisher einmaligen Abschluß" zwischen der IG Chemie und den Kapitalisten, nämlich für den „Tarifvertrag gegen die Jugendarbeitslosigkeit". Der Tarifvertrag, den die Chemiekapitalisten und die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung kürzlich abgeschlossen haben, sieht vor, daß Jugendlichen unter 18 Jahren, die keinen Hauptschulabschluß oder Sonderschulabschluß haben, eine „einjährige Eingliederungszeit in einem Chemiebetrieb ermöglicht wird". Bezahlt bekommen sie 90 Prozent vom Lehrlingslohn im 1. Lehrjahr, die „Eingliederungszeit" kann natürlich auch verlängert werden, da bekommen sie dann aber sogar 100 Prozent Lehrlingslohn des 1. Lehrjahres. Wie das „Eingliederungsjahr" aussehen wird, kann sich jeder gut vorstellen. In den Haupt- und Sonderschulen zurechtgestutzt auf den Zweck der Profitmacherei, sollen die Arbeiterjugendlichen sich für einen Hungerlohn an die Kapitalisten verkaufen. Für 1,50 bis 2 DM in der Stunde sollen die Jugendlichen in den Fabriken mit Akkordarbeit, Nacht- und Schichtarbeit ausgebeutet werden bis auf die Knochen. Die Kapitalistenklasse will die Lage angesichts der über 200000 arbeitslosen Jugendlichen nutzen, dabei nimmt sie bedenkenlos in Kauf, daß große Teile der Jugendlichen vor die Hunde gehen. Die Arbeiterjugendlichen bei diesen Stundenlöhnen werfen für die Kapitalisten Riesenprofite ab und sollen gleichzeitig als Lohndrücker in der Arbeiterklasse eingesetzt werden.

Man sieht, nach der Beseitigung aller Schranken zur hemmungslosen Ausbeutung der Arbeiterjugend durch das Jugendarbeitsschutzgesetz gehen die Kapitalisten gierig daran, sich die junge, noch unverschlissene Arbeitskraft von Anfang an vollends zu unterwerfen.

Kein Arbeiterjugendlicher wird sich freiwillig für 1,50 DM in der Stunde von Kapitalisten ausbeuten lassen. Also müssen sie gelockt werden mit „Eingliederungsjahren" in die Produktion, das ihnen die Hoffnung geben soll, irgendwann doch noch einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Der ganze „in seiner Art bisher einmalige Abschluß" ist das Werk von Banditen und Verbrechern, die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zeigen sich als gute Schüler des Schreibtischmörders Ehrenberg. Dieses verbrecherische Werk läuft darauf hinaus, die Fähigkeiten und die Kräfte der Jugend der Arbeiterklasse zu zerstören, in der unermeßlichen Gier nach Höchstprofit der Kapitalistenklasse.

Die „heißen Eisen", die „ran" vom Stapel läßt, richten sich direkt gegen die Arbeiterjugend, sie sollen der Arbeiterjugend Akkordarbeit, Nacht- und Schichtarbeit, Ausbeutung bis aufs Blut nahelegen, als „Beseitigung von ausbildungshemmenden Bestimmungen". Die „heißen Eisen" müssen kaltgemacht werden und können kaltgemacht werden, schließt sich die Arbeiterjugend zusammen unter den Forderungen: Recht auf eine Facharbeiterausbildung und daher auf Teilnahme in einer Facharbeiterklasse nach ihrer Wahl! Berufsschulausbildung an zwei arbeitsfreien Wochentagen! Arbeitslosengeld in Höhe von 60% eines Facharbeiterlohnes! – (Z-Red.)

Nicht Engelszungen noch Peitsche – Die Jugend ist nicht für die Ziele der Bourgeoisie zu gewinnen

Lernmittelfreiheit – ein niedersächsischer Wahlschlager?

Am Mittwoch, den 9. November, erscheint zum erstenmal in der niedersächsischen Tagespresse lanciert eine kleine Meldung, daß der SPD-Spitzenkandidat Ravens für die Landtagswahlen im Frühjahr 78 kostenlose Lernmittel fordert.

Völlig neues Thema für den Städtebauminister für Subventionierung günstiger Kapitalanlagen, geheißen Städtesanierung. Tags darauf ist die gesamte niedersächsische Tagespresse mit mehrspaltigen Artikeln voll. Remmers, CDU, beeilt sich, zu versichern, er trete „schon seit einiger Zeit dafür ein, daß auf dem Gebiet der Lernmittelfreiheit etwas getan werden müsse" (HAZ, 10.11.77). Nichts hat man jedoch von ihm gehört, als ihn der Osnabrücker Schülerrat aufforderte, zuletzt Ende Oktober, für die Lernmittelfreiheit zu sorgen.

Die Landesregierung äußert sich bislang lediglich dahingehend, daß ihr die Schülerfahrtkosten ein großes Loch in ihren Staatssäckel reißen würden. „Die Finanzierung erster Ansätze der Lernmittelfreiheit dürfe nach Ansicht von Ravens nicht zu Lasten des Schülertransportwesens gehen." (Neue Osnabrücker Zeitung, 9.11.77) Als bürgerlicher Politiker weiß Ravens, welch groteske Formen sich aus solchen Wahlversprechen noch ergeben mögen und baut gleich vor, zumal der Großkreis schon plant, die Nahverkehrspreise für Junioren und auch für Senioren um 27% und 33% zu erhöhen.

Der eine hat's schon seit längerer Zeit vor, der andere will gar ein Wahlversprechen von 1974 einlösen, die Bewegung für Lernmittelfreiheit und freie Fahrt zur Schule sitzt ihnen im Nacken. „Jetzt solle gründlich darüber nachgedacht werden", kommentiert das Göttinger Tageblatt, weil „vor allzu großen Erwartungen muß gewarnt werden".

„Die friedlichste Demonstration, die ich je erlebt habe", so der Pressesprecher des Senators für Bildung aus dem Bremer Nachbarland zu einer Demonstration gehörgeschädigter Kinder, die einen Neubau für ihre Schule fordern, weil der alte schon jahrelang unerträglich ist. Friedlich, ruhig hat er wohl gemeint, weil die gehörgeschädigten Kinder nicht in Sprechparolen ihren Forderungen Ausdruck verleihen konnten. Friedlich sind die Zusammenschlüsse der Massen gegenüber dem bürgerlichen Staat nie, denn sonst könnten sie gleich auf den Sankt Nimmerleinstag für die Erfüllung ihrer Forderungen warten. – (N-Red.)

Schülervollversammlung schließt sich zusammen gegen Zensurendruck und für das Recht auf freie Meinungsäußerung

Hameln. Sechs Stunden lang führten am 11. November insgesamt 1300 Schüler am III. Gymnasium in Hameln die Auseinandersetzung über die Forderungen, auf denen sie sich gegen die Schulunterdrückung und Reaktion zusammenschließen und fünf Schulsprecher wählen wollen.

Schon in den Tagen vorher war über das Programm einer Schulsprecherkandidatin der 7. Klasse in den Klassen eine heftige Debatte geführt worden:

„1. Wir sind dagegen, daß Lehrer, die ihre politische Meinung äußern (sie führen mit den Schülern den Kampf gegen das KKW Grohnde und gegen die Strafverfolgung von KKW-Gegnern) mit Disziplinarverfahren bedroht werden.
2. Wir sind gegen den Zensurendruck.
3. Wir sind für das Recht auf freie Meinungsäußerung und dagegen, daß Schülerzeitungen vom Rektor verboten werden.
4. Wir sind gegen die Milch- und Kakaopreiserhöhung.
5. Wir sind dafür, daß mehr Busse zur Schule eingesetzt werden."

Da sich mehrere Klassen geschlossen hinter dieses Programm stellten, war der Rektor gezwungen, zu Beginn der Schülervollversammlung eine Erklärung abzugeben: Es sei gegen keinen Lehrer der Schule ein Disziplinarverfahren eingeleitet, noch geplant, noch solle in Zukunft eines eingeleitet werden. Das Programm dieser Kandidatin sei auch in bezug auf die anderen Forderungen aus Unwissenheit der Schülerin heraus entstanden, und es lohne nicht, die Debatte darum zu führen. Die Spaltung der Schüler über ihre Forderungen ist ihm nicht geglückt. Für die öffentliche Erklärung zu den Disziplinarverfahren gab es großen Beifall. Dagegen, daß der bisherige Schulsprecher (Junge Union) in einem Flugblatt gefordert hatte: Linksextremistische Schüler und Lehrer raus aus der Schule, sprach sich die Mehrheit dafür aus, daß er nicht wieder als Schulsprecher gewählt wird. Gegen den Zensurendruck war die Mehrheit der Schüler der Meinung, daß freie Prüferwahl durchgesetzt werden muß und daß man dagegen demonstrieren muß, daß die Abiturtermine um vier Wochen verschoben wurden. Gegen die Milch- und Kakaopreiserhöhung von 40 auf 45 Pfennig sind viele Schüler für einen Boykott. Es wurde beschlossen, daß sich die Schulleitung nicht mehr in die Angelegenheiten der Schüler zu mischen hat und der Ausschluß von Schülern vom Sport- und Schwimmunterricht wurde verurteilt.

Daraufhin unterbrach der Rektor die Schülerversammlung mit dem Ausruf: „Das ist ja zum Kotzen hier!" Unter Rufen der Schüler: „Hau doch ab, wir brauchen dich nicht mehr!" verließ er die Aula. – (Zelle Hameln, Bezirk Hannover)

Mit Fünfen und Sechsen: Hilfsarbeiter beim Hotelkapitalisten

Neustadt/Hannover. Ein Hotelkapitalist holt sich seine Arbeitskräfte immer aus dem evangelischen Pestalozzi-Heim aus Großburgwedel. Mädchen zwischen 16 und 18 Jahren, ohne Hauptschulabschluß. In dem Heim bekommen von 400 Schulabgängern jährlich nur ca. 24 den Hauptschulabschluß. Die beste Zensur, die vergeben wird, ist eine Drei, dafür umso mehr Fünfen und Sechsen.

„Wer bei mir nicht spurt, kommt ins Heim zurück, bis er 18 ist", so versucht der Hotelkapitalist, die Jugendlichen zu zwingen, ihre Arbeitskraft für seinen Profit zu ruinieren: Sieben Tage in der Woche zwölf Stunden Arbeit – Reinigen, Servieren, Kochen, Waschen – von 6.30 Uhr bis 18.30 Uhr mit Pausen von insgesamt 25 Minuten. Jeder zweite Sonntag im Monat ist frei, an den anderen muß elf Stunden gearbeitet werden. Mittwoch „nur" acht Stunden. Zur Berufsschule darf keiner gehen. 71 Stunden in der Woche, 284 Stunden im Monat sind das. An Lohn gibt es für die unter 18jährigen 754 DM brutto, netto sind das 572,28 DM, davon steckt der Kapitalist dann gleich wieder 259,28 DM für die Verpflegung und Unterbringung ein.

Was dieser Kapitalist betreibt, ist nicht ein „Exzeß", sondern durch den Tarifvertrag im Gaststättengewerbe und die Ausnahmebestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes (JASchG) abgesichert: 182 Stunden ist die Mindestleistung. Der Grundlohn ist niedrig – 847 DM brutto für ein Zimmermädchen bei 182 Stunden. Ab 195 Stunden bekommen die Beschäftigten einen Mehrarbeitszuschlag. Bei 221 Stunden beträgt der Tariflohn einschließlich Zuschlag 1086 DM brutto. Der Zwang, noch über die 221 Stunden hinaus zu schaffen, ist durch den niedrigen Tariflohn gegeben.

Die Ausnahmebestimmungen im JASchG für den Gaststättenbetrieb, für die sich der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger, selbst Hotelbesitzer, stark gemacht hatte, sind: § 12: Die Schichtzeit der Jugendlichen darf im Gaststättengewerbe 11 Stunden nicht überschreiten. § 13: Die Jugendlichen dürfen nicht vor Ablauf einer Freizeit von 12 Stunden beschäftigt werden. § 11: Als Ruhepause gilt eine Arbeitsunterbrechung von mindestens 15 Minuten. § 16/17: An Samstagen und Sonntagen dürfen Jugendliche im Gaststättengewerbe etc. beschäftigt werden. Jeder zweite Sonntag im Monat muß beschäftigungsfrei sein.

Schrankenlose Ausbeutung ist der Schlachtruf der Kapitalisten. Weit haben sie es im Hotel- und Gaststättenbereich schon getrieben. Die Jugendlichen in Neustadt wollen sich jetzt in der NGG, der Gewerkschaft Nahrungs- und Genußmittel und Gaststätten, organisieren. – (Bezirk Hannover)



Göttingen. 6000 Studenten, davon ca. 400 aus Hannover und Braunschweig, demonstrierten am 9.11. in Göttingen. Zu der Demonstration hatten der suspendierte Göttinger AStA und die Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften aufgerufen unter dem Titel „Schluß mit der Intellektuellenhatz". Gejammert werden sollte gegen die „Repression", unter der die „Vereinigte Linke" zu leiden hat, schon seit Jahren und jetzt noch mehr. Die große Mehrheit wollte die Demonstration nutzen als Kampfansage dafür, daß die Studentenbewegung endlich einen Durchbruch erzielt gegen die Regierung für ihre demokratischen und politischen Rechte. Die immer doofer werdende Schnulze der Opportunisten „Weeehrt euch . . ." wurde unterdrückt durch Forderungen nach politischem Mandat der Vertretungskörper, Koalitions- und Streikrecht und 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger und 1500 DM Elternfreibetrag, „dafür bundesweiter Streik". Der Druck der Spaltung lastete dennoch auf dieser Demonstration.

So konnte es den Opportunisten gelingen, mit ihrer Kundgebung 4000 binnen einer Stunde zu vertreiben.

Bürgerliche Lügen über Arbeitszeit der Bauern

Verschweigen der zunehmenden Frauen- und Kinderarbeit / Drohende Ruinierung zwingt zur Überarbeit

In einem Prospekt der Bundesregierung über staatliche Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft läßt Minister Ertl schreiben: „Wir wissen, auch der aufopferndste Arbeitseinsatz genügt heute nicht mehr, um einen Hof wirklich rentabel und wirtschaftlich zu führen."

Im Agrarbericht wird gezeigt, daß die Bauern im Durchschnitt mehr als 63 Stunden die Woche zu arbeiten haben, mithelfende Familienangehörige über 45 Stunden. „Rund 35% des Gesamtarbeitsaufwands entfallen auf den Arbeitseinsatz von Frauen, in den kleineren Betrieben beträgt dieser Anteil sogar bis zu 50%." (Agrarbericht 1977, S. 16). Was diese Zahlen praktisch bedeuten:

Vor etwa einem Jahr berichteten die „Husumer Nachrichten" unter der Überschrift „Frauen arbeiten für zwei", daß „einem Bauern und seinen fünf Kindern die Anstellung zweier Helfer als Ersatz für die verstorbene Bäuerin zugebilligt wird ..." Die Richter begründeten das Urteil mit einer geschätzten Arbeitszeit der Dreißigjährigen, die bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam, von wöchentlich 80 bis 85 Stunden. „Da eine einzige Arbeitskraft für die Arbeit auf dem abgelegenen Hof nicht zu finden sei, müsse der Bauer gezwungenermaßen zwei Leute einstellen."

Ich habe bei einer Reihe solcher Betriebe bei Unfällen oder Krankheit des Bauern als Betriebshelfer gearbeitet. Sie unterschieden sich in ihrer Struktur kaum. Ein Beispiel ist der Betrieb von Jürgensen in Schwanende (Kreis Schleswig-Flensburg). 25 ha, davon etwa 5 ha Weide, 16 ha Getreide, 3 ha Futterrüben und 3/4 ha Kartoffeln, 15 Kühe, Jungvieh, 30 Mastschweine. Im Winterhalbjahr, etwa von November bis März nimmt die Stallarbeit den größten Teil der Arbeitszeit ein. Im Sommerhalbjahr ist es vor allem die Feldarbeit, das Vieh läuft dann draußen.

Der normale Arbeitstag für den Sommer sieht folgendermaßen aus: 5.30 Uhr Beginn mit dem Melken und Füttern des Viehs, um 7 Uhr kommt der Milchwagen und holt die Milch ab. 7.30 Uhr bis 8 Uhr Kaffeetrinken. 8 Uhr bis 12 Uhr die restlichen Stallarbeiten und Feldarbeit. In der Regel ist bis 13 Uhr Mittagsstunde, dann die Feldarbeit weiter bis 16.30 Uhr. Anschließend kurze Kaffeepause, dann wieder Melken, Schweinefüttern und so weiter. Fertig zwischen 18.30 Uhr und 19 Uhr.

Geht man von diesen Zahlen aus, und das ist erst die untere Grenze, kommt man auf einen Normalarbeitstag von 11 Stunden. Am Samstag macht der Bauer meist eine etwas längere Mittagsstunde, am Sonntag nur die Stallarbeit. Das ergibt dann eine wöchentliche Arbeitszeit von mindestens 70 Stunden. Für die Zeit von April bis Oktober (31 Wochen) macht das 2170 Stunden. Dazu kommen noch für Saatbestellung, Heuernte, Getreideernte, Kartoffel- und Rübenernte etwa zehn Wochen, in denen der Bauer länger und auch am Samstag und am Sonntag auf dem Feld ist. Bei „13 Überstunden" pro Woche kommt man dann für die Sommermonate auf 2300 Stunden. Im Winterhalbjahr werden anstatt der Feldarbeit tagsüber Renovierungsarbeiten gemacht, die Futtermittel zum Stall gefahren usw. Die Stallarbeit nimmt mehr Zeit in Anspruch, da alles Vieh im Stall steht. Arbeitsbeginn und Ende etwa wie im Sommer, nur daß der Bauer etwas längere Mittagsstunde macht. Bei der täglichen Arbeitszeit von neun Stunden kommt er auf eine Wochenarbeitszeit von 60 Stunden. Für die fünf Wintermonate macht das 1260 Stunden, man kann getrost die volle Zeit rechnen, denn Urlaub haben er und seine Frau noch nie gemacht.

Im Jahresdurchschnitt hat dieser Bauer also eine Wochenarbeitszeit von 70 Stunden. In dieser Arbeitszeit ist noch lange nicht alle Arbeit auf dem Hof erledigt. Wenn um 7 Uhr die Kinder zur Schule geschickt sind, geht die Frau noch mit in den Stall. Vormittags macht sie zusätzlich zur Hausarbeit, „nebenbei" noch einige Hofarbeit und abends hilft sie auch wieder beim Melken. Ist der Bauer auf dem Feld, übernimmt sie die Hofarbeit ganz. In den Ferien und nach der Schule hilft der achtjährige Sohn auf dem Feld seinem Vater beim Treckerfahren und bei leichten Hofarbeiten. In der Heu- und Getreideernte hilft die ganze Familie, ebenso beim Kartoffelsortieren. Bei diesen Arbeiten kamen teilweise sogar noch andere Verwandte zur Hilfe. Im letzten Jahr waren größere Reparaturen und Umbauten am Wohnhaus nötig. Warmes Wasser, Ölheizung, Ausbau des Altenteils usw. Geld für große Investitionen im Betrieb war deshalb keines da. Dem Zwang, mehr und bessere Produkte zu erzeugen, kann die Familie nur durch eine Ausdehnung der Arbeitszeit nachkommen. Bei einer 70-Stundenwoche im Jahresdurchschnitt ist beim Bauern selbst nicht mehr viel drin. Mehr und mehr müssen deshalb Frauen und Kinder auf dem Hof mithelfen.

„Nur wer seinen Betrieb der modernen technischen Entwicklung anpaßt", so die schon zitierte Schrift der Regierung, „wird auch in Zukunft eine sichere Existenz in der Landwirtschaft finden, wird gut verdienen und an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung teilhaben können."

Betrachten wir einen ähnlichen Betrieb, der der Beratung zur Modernisierung durch Kreditaufnahme sich unterwerfen mußte, so wie sie der Prospekt als Weg zum Wohlstand verheißt:

	vor Investition	Arbeitsbedarf	nach Investition	Arbeitsbedarf
Ackerfläche	24 ha		24 ha	
davon:				
Getreide	13 ha	160 Std.	19 ha	240 Std.
Zuckerrüben	5 ha	380 Std.	5 ha	380 Std.
Grünland	6 ha	20 Std.	–	–
Kühe	11	1500 Std.	–	–
Sauen	20	800 Std.	45	1350 Std.
Mastschweine	–	–	700	850 Std.
Futterbergung		300 Std.		200 Std.
Hof- u. sonst. Arb.		600 Std.		600 Std.
Gesamtarbeitszeit		3760 Std.		3620 Std.
Gewinn		39900 DM		63000 DM
Fremdkapital		60000 DM		180000 DM
Tilgung		3600 DM		9100 DM
Zinsen		1600 DM		5500 DM

Von dem „Gewinn" von 39900 DM „vorher" mußten die Lebenshaltungskosten der Familie (einschließlich Kranken-, Renten- und Lebensversicherung) von 23000 DM im Jahr, das Altenteil von knapp 5000 DM und den Darlehensertrag bestritten werden. Für Neuanschaffungen auf dem Hof blieben etwas mehr als 8000 DM. Da dies für die immer teureren Maschinen nicht reicht und auch die Lebenshaltungskosten ständig steigen, entschloß sich der Bauer, seinen Betrieb „rentabler" zu machen und zu investieren, indem er auf Kredit einen neuen Schweinestall baute.

Was hat sich dadurch für ihn gebessert? Durch die Spezialisierung und Rationalisierung hat sich der Gewinn zwar auf dem Papier wesentlich erhöht und auch die Arbeit, die der Bauer und seine Frau zu leisten haben, ist nach diesem Plan etwas weniger geworden. Dafür sitzt er fest im Griff der Banken, die jährlich fast 15000 DM an Zins und Tilgung einstreichen, fast dreimal soviel wie vorher, statt 5200 DM jetzt 14600 DM.

War vorher die Arbeit schwer, jetzt ist sie's doppelt, denn unerbittlich droht das Finanzkapital mit der Eintreibung. Jeder Fehler, jedes schlechte Wetter, jeder Tag Krankheit bedeuten nicht mehr „nur" weniger Einkommen, sondern zugleich noch mehr Schuldknechtschaft und Existenzbedrohung. Der Zwang, das eigene Leben und das der Familie in ständiger Zusatzarbeit aufzuzehren, wächst.

Das Leben in Wohlstand, das die Bourgeoisie verspricht, ist die Not der Zinssklaven. Davon frei werden kann der Bauer nur im Sozialismus, wo die Landwirtschaft „gesellschaftlich betrieben wird und für Rechnung der Gesellschaft" (Friedrich Engels). – (Bezirk Flensburg-Westküste/N-Red.)

Die Stärkung der Arbeiterbewegung ist das Entscheidende

Im Januar 1976 haben wir mit der KPD, der KPD/ML und dem KABD Verhandlungen geführt über die Möglichkeiten, gemeinsam in den Wahlkampf zum Bundestag einzugreifen. Bekanntlich sind diese Verhandlungen mit Glanz und Gloria gescheitert und es ist scheinbar nichts dabei herausgekommen. Wir haben damals eine Broschüre veröffentlicht, die für das Scheitern dieser Verhandlungen die sozialchauvinistische Strömung in der revolutionären Bewegung, Ökonomismus und Sektierertum verantwortlich machten. Wir haben diese Strömungen bekämpft. Überlegt man es sich heute genauer, dann wäre es wahrscheinlich ohne diese Verhandlungen und die dabei geführten Auseinandersetzungen zu keinen erfolgreichen Verhandlungen für die Demonstration am 8. Oktober in Bonn gegen die Verbotsanträge gekommen.

Die gegenwärtigen anders gearteten Verhandlungen um den Aufbau der Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes haben bisher nichts gebracht. Am Samstag, dem 12. November, wurden die Verhandlungen vorläufig abgebrochen. Ein greifbares Ergebnis haben sie nicht gebracht.

Vor vierzehn Tagen hatten KBW und KPD ihren gemeinsamen Vorschlag für den Aufbau der Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes in den Verhandlungen vorgelegt. Dieser Vorschlag war den anderen Organisationen zu „weitgehend", und sie wehrten sich mit Händen und Füßen dagegen. Der Vorschlag war ihnen in seinem konsequenten Demokratismus für die gegenwärtige betuliche Atmosphäre in der „Linken" eine Störung, Aufbau einer Front auf dieser Grundlage wollen sie nicht. Ein Kongreß, der auf solcher Grundlage vorbereitet wird, ist ihnen unbehaglich. Es gibt Kräfte, die angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes vor allem die Klimaveränderung beklagen. Dem Klima ist das Zustandekommen einer solchen Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes auch nicht zuträglich. Sie soll ja nicht der Abstumpfung des Klassengegensatzes, sondern der Organisierung des Kampfes der Volksmassen gegen den imperialistischen Staatsapparat dienen.

Wir haben es sehr begrüßt, daß die KPD sich mit uns auf diesen gemeinsamen Vorschlag geeinigt hat und daß sie auch fest zu diesem gemeinsamen Vorschlag steht. Die Spaltungsbemühungen waren groß. Schon bei den ersten Verhandlungen. Die Zeit nach den Verhandlungen ist es örtlich weitergegangen. In Westberlin und Hamburg haben diese Spaltungsbemühungen insofern Erfolg gehabt, als ein stockrechtes Dokument zur Grundlage einer Aktionseinheit gemacht wurde. Die KPD hat es unterschrieben. Wir nicht. Aktionseinheit ist gut und schön und wir sind dafür. Aktionseinheit auf einer rechten oder rechtsopportunistischen Grundlage dient aber bloß dazu, die demokratische und revolutionäre Bewegung zu brechen. Davon hat die Arbeiterklasse nichts und haben die Massen nichts. Als sich herausgestellt hat, daß der Vorschlag von KBW und KPD zwar von vielen Leuten, aber von keinen Organisationen außer KBW und KPD unterstützt wird, haben sich KBW und KPD vor den Verhandlungen vom Samstag erneut beraten. Sie haben sich darauf geeinigt, ihren Vorschlag aufrechtzuerhalten, aber gleichzeitig einen Vorschlag für eine gemeinsame Erklärung einzubringen, die den anderen Organisationen einen Schritt nach links ermöglichen sollte. Diesen Vorschlag drucken wir nebenstehend ab. Mit Hilfe dieser Erklärung hätte vor allem die lokale Politik der Aktionseinheit vorangetrieben werden können. Die Erklärung hätte erschwert, daß Aktionseinheiten vom KB und anderen rechten Kräften gefesselt werden. Dem gemeinsamen Vorgehen von KBW und KPD wird die Erklärung auch so nützen. Die Veranstaltungen können zur notwendigen ideologischen und politischen Klärung beitragen, ohne die die Aktionseinheit nicht gefestigt werden kann. Zentral sind KBW und KPD auch auf diesem Vorschlag sitzen geblieben. Einzelheiten lohnt es sich nicht zu berichten. Fest steht, daß KBW und KPD an ihren beiden Vorschlägen festhalten und daß noch ein bißchen Kampf notwendig sein wird, bis man damit vorankommen wird bei anderen Organisationen. Warum sollten wir den fürchten? Führung der Lohnbewegung und Stärkung der Schulungsbewegung werden die Bedingung dafür sein, um in diesem Kampf um die Aktionseinheit voranzukommen. Örtlich wird man sehen, was sich machen läßt. Mit der KPD werden wir uns über das weitere Vorgehen beraten.

Köln, den 12.11.77

Erklärung

Vorschlag für die Verhandlungen vom 12.11.77

I. Die unterzeichnenden Organisationen haben Gespräche geführt über den Aufbau einer Front von Demokraten, Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten. Es wurden der gemeinsame Vorschlag von KBW und KPD sowie jeweils Vorschläge von KABD und KPD/ML beraten. Die Gespräche werden fortgesetzt mit dem Ziel, eine gemeinsame Front von Demokraten, Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten aufzubauen.

II. Die unterzeichnenden Organisationen streben im Kampf gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der herrschenden Klasse und ihres Staates schon jetzt örtliche Aktionseinheiten von Demokraten, Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten an.

Die Grundlage für diese Aktionseinheiten in bestimmten Kämpfen bilden die folgenden Forderungen und Losungen, die entsprechend dem Charakter der bestimmten Kämpfe erhoben werden:
- Uneingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit!
- Uneingeschränktes Streikrecht!
- Uneingeschränktes Koalitionsrecht!
- Gewerkschaftliche und politische Freiheiten im öffentlichen Dienst! Weg mit den Berufsverboten!
- Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!
- Uneingeschränkte Demonstrations- und Organisationsfreiheit! Weg mit dem KPD-Verbot! Weg mit den Verbotsanträgen gegen kommunistische Organisationen!
- Gleiche Rechte für die ausländischen wie für die deutschen Arbeiter, Werktätigen und Studenten!
- Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, Auflösung der imperialistischen Militärbündnisse!
- Abzug aller fremden Truppen aus der BRD, aus Westberlin und aus der DDR!
- Schluß mit Gewerkschaftsausschlüssen gegen den Willen der Mitgliedschaft! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

III. Die unterzeichnenden Organisationen führen eine gemeinsame Veranstaltungsreihe durch. Auf den Veranstaltungen sollen folgende Fragen behandelt werden:
1. „Wehrhafte Demokratie" – wem dient die FDGO?
2. Wer betreibt die Reaktion und wem dient sie? Wie dagegen kämpfen?
3. Woher die Kriegsgefahr?
4. Unser Platz ist an der Seite der unterdrückten Völker!
5. Wie ist der Kampf gegen Reaktion und imperialistischen Krieg zu führen?

Die Veranstaltungen finden jeweils in einer bestimmten Stadt statt.
1. München
2. Frankfurt
3. Köln
4. Westberlin
5. Hamburg

Die Veranstaltungen werden aufgezeichnet und in einer Broschürenreihe dokumentiert.

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Kommunistische Partei Deutschland (KPD)

Pan Africanist Congress of Azania (Südafrika)

Dar es Salaam, 17.10.1977

An das
Zentrale Komitee des KBW
Zentralkomitee der KPD
Zentralkomitee von KPD/ML

Genossen,

der Kampf geht weiter!

Im Namen der unterdrückten und ausgebeuteten Massen von Azania, die mit großem Mut den Kampf führen auf Leben und Tod gegen den Faschismus in unserem Land, der vollständig unterstützt wird durch den Imperialismus mit den Vereinigten Staaten als Supermacht an der Spitze und dem sowjetischen Sozialimperialismus, der in aller Eile versucht, seine Hegemonie in Afrika insgesamt und über unser Land im besonderen auszudehnen, drückt das Zentralkomitee des Pan Africanist Congress von Azania seine Glückwünsche aus an den KBW, die KPD und KPD/ML für die große Demonstration in Bonn vor einer Woche. Die Solidarität zwischen den Volksmassen in Westdeutschland und dem Volk von Azania wird seit langem dokumentiert durch die drei marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen in Westdeutschland.

Die Kämpfe unserer zwei Völker gegen Faschismus, Monopolkapitalismus, einheimische Reaktionäre und die beiden Supermächte ist ein Kampf. Die Siege, die wir erringen, sind eure Siege und eure Siege in eurem eigenen Land gegen diese Ungeheuer sind unsere Siege. Die unterdrückten Völker und Nationen in der ganzen Welt haben mit dem Proletariat und dem werktätigen Volk in den industrialisierten Ländern ein gemeinsames Schicksal: den unbeugsamen Klassenkampf gegen die einheimische und fremde Bourgeoisie und die beiden Supermächte führen. Die weltweite Einheitsfront gegen gemeinsame Feinde mit den Völkern der Dritten Welt an vorderster Front des Kampfes ist zur Stunde die Aufgabe. Von dieser Grundlage ausgehend hat das Zentralkomitee des P.A.C. große Bewunderung für den Kampf, den ihr jetzt in eurem Land führt. Die Demonstration von über 20000 Menschen in Bonn in der vergangenen Woche war eine große Demonstration der Stärke, die von den Volksmassen in Azania begrüßt wurde.

Der Kampf in unserem Land nähert sich dem Höhepunkt

Das faschistische Vorster-Regime, das unter den schweren Schlägen der Volksmassen taumelt, ergriff in Panik einen weiteren feigen Schritt, indem es 20 Massenorganisationen, 2 Zeitungen, die unter den Massen verbreitet waren, verbot, eine große Zahl von Menschen, darunter viele bekannte Schriftsteller, während der vergangenen paar Tage verhaftete.

Genossen! Dadurch wurde eine noch ausgezeichnetere Lage für den Kampf in Azania geschaffen. Die Verbote haben breitere und noch günstigere Bedingungen für den Kampf des P.A.C. geschaffen. Im Lager des Feindes sind die Widersprüche schärfer geworden. Über 600 Ärzte haben das Land bereits verlassen. Über 60% der weißen Studenten sind bereit, das Land, sobald sie ihr Studium abgeschlossen haben, zu verlassen. Sogar die Herausgeber reaktionärer Zeitungen sind sich untereinander über die rassistische Politik ihrer Regierung zerstritten.

Seit dem Tode von Biko ist auch die Kritik der USA an ihrem faschistischen Lakai, dem Vorster-Regime gewachsen.

Unsere Feinde richten ihre Aufmerksamkeit zunehmend stärker auf den Pan Africanist Congress

Zu dieser ausgezeichneten Lage haben die Solidarität und prinzipienfeste Unterstützung, die das westdeutsche Volk über den KBW, die KPD und KPD/ML dem kämpfenden Volk von Azania zukommen ließen, beträchtlich beigetragen. Die Verbundenheit unserer zwei Völker hat Geschichte und wir sind überzeugt, sie wird fortdauern, bis Azania frei ist.

Der P.A.C. ist seit langem überzeugt, daß der Erfolg in der Revolution direkt abhängt von der uneingeschränkten Unterstützung der Volksmassen, die organisiert sind auf der Grundlage eines Volkskrieges. Wir sind überzeugt, daß jede andere Strategie, die nicht auf die entscheidende Rolle des Volkes, das organisiert durch die Vorhut von der Basis her gegründet ist, mit und unter dem sie kämpft, nicht erfolgreich sein kann.

Der P.A.C. unterstützt vollkommen die gemeinsame Erklärung von KBW, KPD und KPD/ML vom 27. September 1977.
Lange lebe KBW, KPD und KPD/ML!
Lang lebe die Solidarität zwischen dem Volk in Westdeutschland und dem azanischen Volk!
Sieg für die Kämpfe der Völker von Zimbabwe, Namibia und Azania!
Nieder mit der einheimischen und ausländischen Bourgeoisie!
Nieder mit den zwei Supermächten!

Zentralkomitee des Pan Africanist Congress von Azania

Die Lage im Praktischen Jahr zwingt zum Kampf

„Ich bin jetzt anderthalb Wochen im PJ und habe bereits drei Nächte Nachtwache an meinem ersten freien Wochenende einschieben müssen. Der Montag war dann auch besonders hart, da ich gleich nach der Nachtwache auf meine Station bin und weitergearbeitet habe. Um diesen für mich unerträglichen Zustand zu beenden, stelle ich keine ständischen Forderungen, sondern will durch 700 Mark Existenzlohn mir das ‚Privileg' sichern, nachts schlafen zu können, wenn ich tagsüber gearbeitet habe." (Referat eines PJ-Sprechers auf der Frankfurter Vollversammlung vom 8.11.77)

Den PJ-lern in Donaueschingen wurden für 188 Mark 12 qm Zimmerfläche angeboten. Ein PJ-ler hat dieses Angebot verweigert, weil er sich dies nicht leisten konnte. Er übernachtete im Freien und als es zu kalt wurde auf dem Balkon. In der „Frankfurter Rundschau" vom 2.11. konnte man zur Lage der Studenten folgendes lesen: „Für die zur Kasseler Hochschule gehörenden Landwirtschaftsstudenten im hessischen Witzenhausen sind Wohnwagen gängige Unterkünfte, der AStA hat zudem die Bahn gebeten, ausrangierte Schlafwagen bereitzustellen."

In einer Reihe von drei Untersuchungen über die Lage der PJ-Studenten an den Frankfurter Kliniken wurde im Juli 77 kein PJ-ler mittels des Fragebogens erfaßt, der bereits beim Marburger Bund Kredit aufnehmen mußte. Vor Beginn des PJ im September hatten bereits 16% angegeben, einen Kredit aufzunehmen. Der tatsächliche Anteil ist bis November auf 30% gestiegen. Gleichzeitig ist der PJ-Anteil der BAFöG-Studenten von 58% auf 40% gesunken.

„Heute auf der Station haben wieder drei PJ-ler beim Marburger Bund Kredit aufnehmen müssen. Ein halbes Jahr sind sie jetzt in der Klinik und kommen nicht mehr rum mit dem Geld. Sie wissen, daß dies nichts ist, und haben gleich in ihrem Kalender vermerkt, wann sie wieder aus dem Marburger Bund rausgehen, und zwar dann, wenn sie mit dem PJ fertig sind. Ich habe sie gefragt, ob sie für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag seien. Glaubst du, daß wir den haben, bis meine Zeit rum ist, hat er gesagt. Die Forderungen wären richtig und notwendig, aber er hätte schon vier Wochen im letzten Semester gestreikt, vier Wochen Fehlzeit werden ihm nur zugestanden, also was soll er machen? Die Zeit, die er noch rausschlagen kann, braucht er zum Paukenfür die Zeit unmittelbar vor der Prüfung.

Ich selber fahr täglich mit dem Auto nach Offenbach, stehe jeden Morgen um 6 Uhr auf. Wenn ich mit dem Zug fahren müßte, hätte ich anderthalb Stunden Fahrtzeit, so brauche ich eine halbe Stunde. Das Kind nehme ich jeden Morgen mit in die Krippe. 90 DM kostet mich das, wobei Offenbach das einzige Lehrkrankenhaus mit Krippe ist. Der Personalrat hat mir bereits angekündigt, daß ich den Platz räumen muß, da ich kein Beschäftigter bin und die Krippe nur für Beschäftigte da ist.

Heute habe ich kein Mittagessen gehabt, weil ich durchgehend vier Stunden im OP war, Haken halten, anschließend gleich Pathologie-Demonstration ist. Die Chirurgen auf meiner Station kommen meistens nicht zum Essen. Die Frage der Bezahlung ist darüberhinaus eine politische Frage, ob man seine Arbeitskraft kostenlos zur Verfügung stellt. Bei den Ärzten und Schwestern wird ständig versucht, unbezahlte Mehrarbeit mit Hinweis auf ihren Dienst am Menschen zu erwirken. ‚Ihr werdet später mal mehr verdienen, dann könnt ihr ja mit Leichtigkeit einen Kredit zurückzahlen.' Aber alle diese Argumente haben keinen anderen Hintergrund, als unbezahlte Arbeitskraft herauszuschlagen, und wie die anderen werden wir uns zur Wehr setzen." (Rede des PJ-Sprecherrats auf der Frankfurter Vollversammlung) Von 6 auf durchschnittlich 7 Viertelstunden haben die Klinikchefs den Anteil an kostenloser Vernutzung der Arbeitskraft auf Station seit Juli 1977 hochgedrückt. Hinzukommen im Schnitt 2 Stunden Studium pro Tag für den letzten Abschnitt der Prüfung. Schon längst stellt sich als ganz praktische Frage, zusammen mit den Arbeitern, Schwestern und anderen Lohnabhängigen den 7-Stunden-Tag zu erkämpfen. Die bundeseinheitliche Grundlage für den Kampf, um die Anerkennung der Koalitionsrechte gegenüber den vom staatlichen Ausbildungsherrn diktierten Bedingungen der praktischen Ausbildung stellt sich schärfer denn je.* Über einen Aufruf haben sich deshalb die Frankfurter Studenten „an alle Medizinstudenten" gewandt: „Vereinigt den Unmut der Studenten im Fachbereich und im PJ und bereitet die Urabstimmung zum 17.11. vor, damit der Streik am 28.11. beginnen kann, unterstützt unseren Antrag, die Fachtagung am 16.11.77 auf jeden Fall stattfinden zu lassen!" – (Bezirk Frankfurt)

* Im Gegensatz zu dieser Tatsache hatte die opportunistische und sozialdemokratische Mehrheit der Fachtagung Medizin am 5.11. in Gießen bei 18 Ja-, 9 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen beschlossen: „Die heutige Fachtagung stellt fest, daß eine bundeseinheitliche Grundlage für die Durchführung einer bundesweiten Urabstimmung vom 7.11. bis 18.11. nicht hergestellt ist."

Forderungen der Studentenbewegung in England

Britischer Studentenverband in der Krise

Der britische Studentenverband NUS (National Union of Students) befindet sich in einer tiefen Krise. Bis vor wenigen Jahren hatte er den Vorbildern der reformistisch geführten Gewerkschaften nachgeeifert und sich den Studenten als Dienstleistungsbetrieb angeboten. Sie hatten einen eigenen Reisedienst, eine Versicherung und einen eigenen Buchverlag und anderes mehr bot NUS als Tätigkeit im Dienste der Studenten an.

Die Entwicklung des internationalen Klassenkampfes stellte den Studenten jedoch andere Aufgaben, und NUS begann die Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker mit umfangreichen Kampagnen zu unterstützen.

Unter der Herrschaft der Reformisten und Revisionisten wurde viel Material darauf verwendet, die Studenten für die Versuche der Bourgeoisie zu gewinnen, die Ausplünderung anders zu organisieren. Im vergangenen Jahr schließlich waren Reisedienst und Verlag bankrott, die Versicherung verkauft, und die Bilanz von NUS steht jetzt bei einem Schuldenstand von über 200000 DM.

In diesen Wochen finden in den Universitäten die Wahlen für die Vertreter der lokalen Studentenschaften zu den NUS-Kongressen statt. Der nächste NUS-Kongreß ist im Dezember. Bisher ist nicht zu sehen, wie NUS zu einem wirklichen Kampfverband der Studenten werden soll.

Was fordern die Studenten? An drei Fronten entwickelt sich der Kampf: Bezahlung, Studienbedingungen und Unterstützung des Kampfes gegen Imperialismus und Reaktion. Zentrale Forderung bei der Bezahlung ist die Forderung nach gleicher Studienförderung für alle Studenten ohne Anrechnung des Einkommens von Eltern und Ehegatten. Das System der „persönlichen Förderung", bei der der Staat die Einkommensverhältnisse bis zum letzten Penny untersucht und den Familien nichts zum Leben bleibt, ist in der britischen Arbeiterklasse zutiefst verhaßt und von den Gewerkschaften bei Arbeitslosengeld und Sozialfürsorge immer wieder erbittert bekämpft worden. Das hat auch bei den Studenten seine Wirkung getan. Die Forderung nach vollständiger Beseitigung der Einkommensüberprüfung bei der Förderungsvergabe ist bereits von einigen Kandidaten für die NUS-Wahlen übernommen worden. Die Labour-Kongreß-Kandidaten allerdings äußern sich dazu nicht. Stattdessen reden sie von der „Allianz mit den Gewerkschaften und der Labour-Partei für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft."

Die Studienbedingungen sind von gewaltigem Prüfungsdruck geprägt. Jedes Trimester – das Jahr ist hier in drei Trimester geteilt – schließt mit zahlreichen Abschlußprüfungen, von denen viele nur nach Entscheidung der Berufungskommission wiederholt werden dürfen. Entscheidet die Kommission negativ, ist das Studium beendet. Ohne führende Kraft, die nur die Kommunisten stellen könnten, sind die Prüfungen gegenwärtig tatsächlich der Hebel zur Untergrabung des Zusammenschlusses und wirken sich auch auf den Fortschritt des Kampfes um die Bezahlung der Arbeitskraft der Studenten negativ aus.

Die Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes gegen die Zionisten und ihre imperialistischen Herren stand im Mittelpunkt von studentischen Vollversammlungen an allen Universitäten, ausgelöst durch den angekündigten Besuch des israelischen Premierministers Begin. Der britische Imperialismus hat zum Zionismus besondere Beziehungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg sorgte Großbritannien dafür, daß in seinem Mandatsgebiet Palästina der Staat Israel als Bastion des Imperialismus errichtet werden konnte.

An neun Hochschulen haben studentische Vollversammlungen eine Resolution der arabischen Studentengemeinschaft verabschiedet, mit der der Zionismus als eine Form des Rassismus verurteilt wird. Nachdem die jüdische Studentengemeinschaft über all für die zionistischen Expansionsziele aufgetreten ist und sich als direkter Arm des Zionistenregimes entlarvt hat, haben zwei Hochschulen beschlossen, allen Organisationen, die den Zionismus propagieren und Unterstützung für den Staat Israel organisieren, jede finanzielle, technische und sonstige Hilfe zu entziehen. Die von den Revisionisten besetzte NUS-Führung hat den beiden Hochschulen mit Ausschluß aus dem Verband gedroht, wenn sie diesen Beschluß aufrechterhalten und hat angekündigt, daß sie auf der nächsten NUS-Konferenz eine Erklärung anstreben, die das Existenzrecht des Staates Israel anerkennt.

Die Kämpfe der Studenten sind unorganisiert und zersplittert. Schwer lastet auf ihnen der Druck des Revisionismus, das kleinbürgerliche Pathos der Trotzkisten und das Fehlen einer revolutionären Führung. Die Kommunisten in Großbritannien sind zu schwach, um unter den Studenten heute die Führung zu stellen. So waren die Vollversammlungen zur Verurteilung des Zionismus beherrscht von moralischer Beschwörung. Die Ziele der Imperialisten im vorderen Orient kamen nicht zur Sprache. Zwar wurde Callaghan angegriffen und seine Einladung an Begin verurteilt, die imperialistischen Ziele der britischen Politik gestützt auf den zionistischen Siedlerstaat Israel wurden nicht erwähnt. Debatten darüber, ob ein ehemals gesuchter Verbrecher heute Premierminister sein darf, bringen aber keine Klarheit in die Kämpfe.

Die britischen Studenten machen gegenwärtig große Anstrengungen, ihre Kämpfe zu vereinheitlichen und gegen Imperialismus und Reaktion schlagkräftig auszurichten. Es wird Zeit, daß sie eine revolutionäre Führung bekommen. – (Korrespondentenbericht, Liverpool)

Ein vorantreibender Schritt im Kampf um die bundesweite Streikfront

Aufruf von Fachschaftsvertretern aus Baden-Württemberg / Nachrichten: Beschlüsse im Kampf um den Aufbau der Streikfront



Aufruf an alle Studenten in Westdeutschland und Westberlin

I. Wir wenden uns heute nach der Demonstration der 30000 Studenten in Stuttgart gegen die Landeshochschulgesetze an alle Studenten an allen Hochschulen in Westdeutschland und Westberlin. Der Streik gegen die Landeshochschulgesetze, gegen die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft, wurde unter großen Anstrengungen der Studenten in ganz Baden-Württemberg aufgebaut, und es gibt Kampf um den Aufbau dieser Streikfront. Die Reaktion hat das trotz Verboten, Drohung mit Scheinentzug und Streichung des BAFöG, organisiertem Streikbruch nicht verhindern können. Wir sind der Ansicht, daß es richtig und notwendig ist, der Reaktion die Kraft der gesamten Studentenbewegung in Westdeutschland und Westberlin entgegenzusetzen, um unsere Forderungen durchzusetzen.

II. Wir rufen alle Studenten auf, entsprechend dem Beschluß der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) am 28. November in den Streik zu treten. Wir rufen alle Studenten auf, mit der Urabstimmung für diesen Streik überall am 21. November zu beginnen.

III. Wir streikenden Studenten sind der Auffassung, daß der bundesweite Streik folgende Ziele und die Urabstimmung folgende Forderungen enthalten muß: Weg mit den Landeshochschulgesetzen! Gegen die Entrechtung der Studenten durch die Landeshochschulgesetze! Uneingeschränktes Koalitionsrecht und Streikrecht! Gesetzliche Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft als Vertretung der Studenten mit uneingeschränktem politischen Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit! Gegen die Verschärfung der materiellen Abhängigkeit! 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag, rückwirkend ab 1.10.76!

IV. Wir rufen die Studenten in Baden-Württemberg auf, gestützt auf die Erfahrungen des jetzigen Streiks eine aktive Kraft in der Vorbereitung des bundesweiten Streiks zu werden.

V. Wir rufen alle Studenten auf, diesen Vorschlag zu beraten und auf den jetzt stattfindenen Vollversammlungen Beschlüsse zu fassen, um zu erreichen, daß der jetzt geführte Streik eine Initiative wird, den notwendigen Streik in ganz Westdeutschland und Westberlin zu führen.

Stuttgart, den 9. November 1977

Unterzeichnet von 36 Vertretern von Fachschaften, Fachbereichsgruppen, Institutsgruppen und Streikräten, inzwischen haben sich zahlreiche neue Fachschaften und der AStA der FHB Stuttgart angeschlossen. (Vier davon unterstützen nicht die Forderung nach 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher.)

Baden-Württemberg. Nachdem sich in den Urabstimmungen für den landesweiten Streik gegen die Abschaffung der ASten durch das neue Landeshochschulgesetz etwa 37000 Studenten für Streik ausgesprochen hatten (das ist etwa ein Drittel aller Studenten), wurde in der vergangenen Woche die Streikfront gefestigt und aufgebaut. Insgesamt standen etwa 30 Hochschulen im Streik. Fast alle Fachschulen streikten. An den großen Universitäten Heidelberg, Tübingen und Freiburg wurden aufgrund der Spaltungsmanöver der Reformisten und Opportunisten die erforderlichen Quoren nicht erreicht. Trotz des scharfen Drucks der Reaktion mit Relegationsdrohungen, Scheinverweigerungen, Drohung mit BAFöG-Entzug und Hausverboten, wie in Stuttgart, wo vier AStA- und Fachschaftsmitglieder Hausverbot erhielten, wurde die Streikfront gehalten. Nach der Demonstration der 30000 in Stuttgart am Mittwoch und der Verabschiedung des Gesetzes am Donnerstag war bekannt, daß die Landesregierung das Verbot der ASten „mit Verkündung des Gesetzes" in Kraft treten lassen will, nicht wie ursprünglich vorgesehen am 1.1.78. Daraufhin haben die Vollversammlungen am Freitag fast überall beschlossen: Fortsetzung des Streiks und Aufbau der bundesweiten Streikfront ab 28.11.

An der FHS Konstanz wurde beschlossen, den Streik fortzusetzen, an der Universität Konstanz waren die Fachschaften zuerst für Abbruch des Streiks, haben aber nach Bekanntwerden der Pläne der Filbingerreaktion eine neue Vollversammlung beschlossen, um über die Weiterführung des Streiks zu beschließen. An vielen Hochschulen wird der Aufruf der Fachschaftsvertreter diskutiert und den jetzt stattfindenden Vollversammlungen zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt.

Kiel. Von der Uni-Vollversammlung am 9.11. wurde beschlossen, 14 Tage zu streiken, dann das weitere Vorgehen festzulegen für die Forderungen: „Für die verfaßte Studentenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat! Keine Relegationen und Zwangsexmatrikulation! Weg mit dem Hochschulrahmengesetz (HRG) und Landeshochschulgesetz (LHG)! Für ausreichendes BAFöG (Ausbildungsentgelt)!"

Hamburg. Streik gegen das Praktische Jahr (PJ) und die Einleitung der Urabstimmung fürchtet der LHV-Fachschaftsrat Medizin: er weigerte sich, die von 100 Studenten durch Unterschrift verlangte Vollversammlung einzuberufen, und manövrierte: Zusammen mit dem Uni-AStA forderte er auf, im Rahmen des bundesweiten Streiks zu streiken; Gewalt dürfe dabei aber nicht angewendet werden und alle scheinpflichtigen Kurse, Übungen und Praktika dürften nicht bestreikt werden wegen „zu hohem Prüfungsdruck".

Westberlin. Auf Aufruf von mehreren Organisationen und zahlreichen Initiativen demonstrierten am 9.11. 3500 Studenten gegen die reaktionären Hochschulgesetze, gegen die Verbotsdrohungen gegen KBW, KPD und KPD/ML und für den Wiederaufbau der verfaßten Studentenschaft. An Pädagogischer Hochschule und Freier Universität haben Vollversammlungen Streik beschlossen. Die Reaktionäre versuchen, mit Provokationen Boden zu gewinnen: 8 CDU-Abgeordnete rissen nächtlich Wandzeitungen ab. Für den 29.11. – einen Tag nach dem VDS-Streikbeginn – wurde Kohl in die Freie Univesität eingeladen. Fachschaftsräte und Vollversammlungen der Fachbereiche Chemie (Technische Universität) und Pharmazie, Geologie der FU haben aufgerufen, zu streiken, um uneingeschränkte Koalitions- und Streikrechte, 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger und 1500 DM Elternfreibetrag durchzusetzen.

Nordrhein-Westfalen. Die Vollversammlungen der Universitäten bzw. Gesamthochschulen Bielefeld (2000 Teilnehmer), Dortmund, Essen (1100 Teilnehmer), Duisburg und Düsseldorf sowie an der Pädagogischen Hochschule Ruhr beschlossen in der vergangenen Woche Streik entsprechend dem VDS-Beschluß und die Einleitung der Urabstimmung. In Aachen sind an FH, PH und TH Beschlüsse zur Einleitung der Urabstimmung gefaßt worden. In Bochum (Ruhruniversität) hat die Fachschaftsvertreterkonferenz dafür die Vollversammlung für den 21.11. einberufen.

Streikfront gegen das Praktische Jahr / Medizin: In Münster gelang es dem RCDS auf der Vollversammlung (400 Studenten), die Beschlußfassung zu verhindern; in Essen und in Düsseldorf wurde von der Mediziner-Vollversammlung der Beschluß zum Wiederaufbau der Streikfront in Verbindung mit dem bundesweiten Streik bekräftigt bzw. beschlossen; in Bochum mußte der Fachschaftsrat Medizin die Einberufung einer Vollversammlung zur Beschlußfassung für den 14.11. auf Verlangen vor allem der jüngeren Semester beschließen.

Saarbrücken. Auf der Landes-ASten-Konferenz des Saarlands schlug der Juso-AStA der Universität achttägigen Streik unter sozialdemokratischen Forderungen vor wie „Mitbestimmung" usw. Der AStA der Musikhochschule trat für Streik zur Durchsetzung der Koalitionsrechte der Studenten ein. Der Kultusminister hat die Neufassung des saarländischen Universitätsgesetzes noch vor Weihnachten angekündigt.

Darmstadt. Die bisher größte Vollversammlung an der Technischen Hochschule beschloß die Streikurabstimmung mit den Forderungen: „Keine Anpassungen der Landeshochschulgesetze an das Hochschulrahmengesetz! Für ein materiell abgesichertes, qualifiziertes Studium! Für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in allen gesellschaftlichen Bereichen! Für die Unabhängigkeit der studentischen Interessenvertretungsorgane mit Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat! Für Abbau des Hochschulrahmengesetzes!"

Bestechung und Unterdrückung

Die Offiziere fürchten die Verbrüderung der Unteroffiziere mit den Mannschaften

Dörverden-Barme. Es ist nicht lange her, daß in der Niedersachsen-Kaserne in Dörverden-Barme ein Unteroffizier strafversetzt worden ist, weil er sich mit den Mannschaften zusammengeschlossen hat, um eine Disziplinarstrafe eines Pioniers zurückzuschlagen. Der Pionier hatte einen Artikel aus dem bezirklichen Teil der KVZ über die Rüstung bei VFW-Fokker Bremen am schwarzen Brett ausgehängt. Der Unteroffizier hielt sich nicht an Befehle, so das Duzverbot mit den Mannschaften, oder an den Dienstplan. Der Waffenunterricht und die Geländeausbildung wurden unter Umständen weggelassen. Der Kompanieführung blieb dies nicht verborgen. Trotz bevorstehender Entlassung wurde der Unteroffizier weit weg versetzt. „Er war für die Disziplin der Truppe nicht mehr tragbar."

Die Bourgeoisie muß eine einsatzfähige Armee haben, um die imperialistischen Ziele durchzusetzen. Das Unteroffizierskorps ist zur Gängelung und Schikanierung der Mannschaften ein Teil des Kaderstamms der Armee. Diese Unteroffiziere entstammen den Volksmassen. Es ist für die Armeeführung notwendig, die Soldaten, die Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten sind, zu spalten, um die Erziehung der Soldaten zu Befehl und Gehorsam durchzusetzen. Dazu wird ein dauernder Konflikt zwischen Mannschaften und Unteroffizieren, ein künstlich aufgebautes System erzwungen durch brutale Abrichtung und Unterdrükkung der Unteroffiziere.

Viele junge Arbeiter gehen in die Armee nicht bloß wegen der Arbeitslosigkeit, sondern weil ihnen das kapitalistische System der Ausbildung die Qualifizierung ihrer Arbeitskraft nicht ermöglicht hat. Sie hoffen, es in der Armee nachzuholen. Doch wir wissen, daß hier die größten Betrugsmanöver stattfinden, und wir wissen, wieviele [illegible] so erzogen werden, daß man ihnen droht, sie würden nicht auf ihren Lehrgang geschickt, wenn nicht ...

Auch nach bestandenen Lehrgängen und weiteren Prüfungen ist die Armeeführung nicht untätig, die Spaltung von Unteroffizieren und Mannschaften zu vertiefen. So stehen den Uffzen allerlei Vergünstigungen offen, die sie bei der Stange, d.h. möglichst dicht bei dem Offizierspack, halten sollen. So gibt es in der Niedersachsen-Kaserne einen Uffz-Partykeller mit Ordonnanzen. Ordonnanzen sind Mannschaftssoldaten, die die Uffze bedienen, bewirten und verwöhnen sollen. Im Feld dürfen die Uffze aus Porzellan essen, hingegen die Mannschaften den Blechnapf benutzen. Ferner brauchen sie nicht das Revier zu reinigen, haben Zwei-Mann-Stuben, essen aus eigener Küche, das Essen wird serviert, sie schlafen auf Übungen im großen Gefechtszelt im Feldbett oder im Lkw. Man kann diese Reihe noch fortsetzen, jedoch muß man sagen, daß sie nicht ausreicht, die Verbrüderung von Unteroffizieren und Mannschaften aufzuhalten. Es ist daher die Regel, daß man abends auf den Stuben der Mannschaften Unteroffiziere findet, die nicht aus dienstlichem Anlaß dort sind. Skatspielen, Biertrinken und Unterhaltung, alles macht man gemeinsam.

Die Sorge der Armeeführung um die Unteroffiziere ist groß, und ständig werden sie kontrolliert. So findet im Rahmen der Uffz-Korps-Gemeinschaft wöchentlich eine Ausrichtung statt. Wortführer ist dort meistens der Spieß, Hauptfeldwebel seines Zeichens. Dort werden die Dienste verteilt und gesagt, worauf man zu achten hat. Die Unteroffiziere, die am stärksten die Tendenz haben, sich mit den Mannschaften zu verbrüdern, machen erwiesenermaßen die meisten UvDs, die meisten Wachen, die beschissenste Geländeausbildung usw. Wer nicht hören will, muß fühlen. Demgegenüber haben wir eine prinzipielle Forderung erhoben. Der längerdienende Soldat braucht das Recht auf jederzeitige Kündigung, wenn er nicht jegliche Widerstandskraft einbüßen will. – (SRK Bremen-Unterweser)

Antimilitarismus, treffsicher

„Politische Auseinandersetzung" hat Regierungschef Schmidt in einem Zeitungsinterview zur Frage des Verbots der marxistisch-leninistischen Organisationen gefordert. Eine Öffnung der Auseinandersetzung als nächste Vorbereitung eines Verbotes, Schüren des Opportunismus zur Verschärfung der Reaktion – so ist der Plan.

Auf dem Buchmarkt findet man neuerlich Anpreisung von Erich Kästner im Taschenbuch. In den Schulbüchern wird er schon dauernd mitgeführt, jetzt wird er wieder mehr gebraucht. Der Brockhaus: „... er wendet sich in treffsicheren Versen gegen Spießbürgertum, Verlogenheit, engherzige Moral, Militarismus und Faschismus." Eines der (wenigen) antimilitaristischen Gedichte ist das folgende:

Sergeant Waurich

Das ist nun ein Dutzend Jahre her,
da war er unser Sergeant.
Wir lernten bei ihm: „Präsentiert das Gewehr!"
Wenn einer umfiel, lachte er
und spuckte vor ihm in den Sand.

„Die Knie beugt!" war sein liebster Satz.
Den schrie er gleich zweihundertmal.
Da standen wir dann auf dem öden Platz
und beugten die Knie wie die Goliaths
und lernten den Haß pauschal.

Und wer schon auf allen vieren kroch,
dem riß er die Jacke auf
und brüllte: „Du Luder frierst ja noch!"
Und weiter ging's. Man machte doch
in Jugend Ausverkauf ...

Er hat mich zum Spaß durch den Sand gehetzt
und hinterher lauernd gefragt:
„Wenn du nun meinen Revolver hättst –
brächtst du mich um, gleich hier und gleich jetzt?"
Da hab ich „Ja!" gesagt.

Wer ihn gekannt hat, vergißt ihn nie.
Den legt man sich auf Eis!
Er war ein Tier. Und er spie und schrie.
Und Sergeant Waurich hieß das Vieh,
damit es jeder weiß.

Der Mann hat mir das Herz versaut.
Das wird ihm nie verziehn.
Es sticht und schmerzt und hämmert laut.
Und wenn mir nachts vorm Schlafen graut,
dann denke ich an ihn.

Kästner hat dieses Gedicht 1929 geschrieben; es handelt also von den Erfahrungen des ersten imperialistischen Weltkriegs. Treffsicher? Den „Haß pauschal" gegen den Sergeanten? Kästner: „Der Mann hat mir das Herz versaut. Das wird ihm nie verziehn." Wirklich? Der Sergeant?

„Treffsicher" wird hier verschwiegen: das Reglement, die Heeresverfassung und wem der imperialistische Krieg nützt. Die westdeutschen Bourgeois brauchen jetzt solche Antimilitaristen für die ideologischen Nebelkerzen gegen den Zusammenschluß der Soldatenbewegung. Es handelt sich um Nahrung für den Versuch, den Kampf gegen die imperialistische Armee zu spalten.

Die Bourgeois streben an, die Mannschaften auf die Unteroffiziere zu hetzen – und umgekehrt. So hoffen sie erstens auf Dampfablaß, zweitens auf ein Durcheinander, das die Soldatenbewegung und ihre Verbindung mit den Volksmassen zurückwirft. Dabei trifft ihnen der „*Antimilitarismus*" ins Schwarze. – (Z-Red.)

Soldaten gegen Imperialismus und Rassismus

Wesendorf. Folgende Resolution haben 9 Soldaten der Hammerstein-Kaserne in Wesendorf beschlossen:

„Wir, neun Soldaten aus der Hammersteinkaserne in Wesendorf grüßen die Teilnehmer der Veranstaltung des KBW in Braunschweig „Afrika – nach jahrhundertelangem heroischen Kampf befreit sich der Kontinent", und drücken gleichzeitig den für Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, gegen Imperialismus und die rassistischen Regimes kämpfenden Völkern des südlichen Afrikas unsere vollste Unterstützung für ihre gerechte Sache aus, die jetzt auf Entscheidung drängt. Das Land und seine natürlichen Reichtümer wurden den Völkern von den Imperialisten geraubt. Die afrikanischen Arbeiter sollen von Hungerlöhnen, wie z.B. in Zimbabwe von ca. 1000 DM im Jahr leben. Die Regimes von Smith und Vorster sind nach wie vor keine unabhängigen Regierungen der Völker, sondern Statthalter der ausländischen Monopolherrn, wie Klöckner, Siemens, VW usw. um nur einige der westdeutschen Konzerne zu nennen, die von der Unterdrückung der Völker des südlichen Afrika ungeheuer profitieren.

Wir, als Soldaten in der Bundeswehr zwangsverpflichtet, wissen nur zu gut, wie richtig es ist, daß die Arbeiter und Bauern in diesen Ländern ihrer Knechtung ein Ende bereiten, denn wir sind selber völlig rechtlos und werden für die Beschlagnahmung unserer Arbeitskraft auf 15 Monate durch den Staat mit lächerlichen 165 bzw. 210 DM Sold abgespeist. Unser Kampf dagegen richtet sich gegen den gleichen Feind wie der Kampf der Völker im südlichen Afrika. Deshalb wollen wir ihn unterstützen.

Gerade angesichts der Drohung des Vorsitzenden des Wehrausschusses des Bundestages Wörner, Nato im südlichen Afrika einzusetzen und den wachsenden Bemühungen von USA, Großbritannien und der Bundesrepublik, den Befreiungskampf zu zerschlagen und auf sogenannte „friedliche Kompromisse" zu lenken, zeigt, wie wichtig das ist. Wir machen da nicht mit. Jeder von uns hat einen Tagessold zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe gegeben."

9 Soldaten haben also einen Tagessold gegeben, das sind 45 DM, ein Arbeiter, ehemaliger Wehrpflichtiger aus der Hammersteinkaserne hat sich dieser Aktion angeschlossen und einen Tageslohn von 40 DM gespendet. Dazu wurde von einem Soldaten ein Sack mit Kleidung gespendet. –(Bezirk Südostniedersachsen)

spendet. –(Bezirk Südostniedersachsen)

Hungersold und Elendsfraß

„Verweigerung der Nahrungsaufnahme ... Verstoß zur Pflicht der Gesundhaltung"

Hamburg. Das „Recht auf freie Verpflegung" für die Soldaten ist der Zwang, unter Androhung von Disziplinarstrafen, von Gerichtsverfahren den Kasernenfraß hineinzuwürgen, um kriegsfähig zu sein, ist die tägliche Demütigung, sich dem Kadavergehorsam unterwerfen zu müssen und ist eine riesige Quelle zusätzlicher Bereicherung für den Kantinenpächter.

„Die regelmäßige Einnahme der truppendienstlich bereitgestellten Verpflegung dient der Erhaltung der Gesundheit und der Diensttauglichkeit. Daher haben die Soldaten zu den festgesetzten Essenszeiten zu erscheinen. Die Vorgesetzten haben daraufhinzuwirken, daß die Soldaten die Mahlzeiten auch einnehmen. Eine wiederholte Verweigerung der Nahrungsaufnahme (Hungerstreik) kann ein Verstoß gegen die Pflicht zur Gesunderhaltung sein. (§ 17 Abs. 4 SG) Die Teilnahme an den Mahlzeiten, das Einhalten der festgelegten Essenszeiten, der Anzug sowie die Ordnung und die Sauberkeit beim Essen sind zu überwachen. Das Heraustreten zum Essen und der gemeinsame Marsch zum Ort der Essensausgabe kann durch den Disziplinarvorgesetzten befohlen werden, wenn es die Disziplin, besondere Umstände oder die örtlichen Gegebenheiten erfordern." (aus der ZDV 10/5, Der Innendienst)

Guckt da nicht aus jedem Wort der Terror gegen die Mannschaftsdienstgrade durch das Offiziersgesindel heraus? So verkommen ist die Imperialistenherrschaft, daß sie die notwendige „innere Haltung" zu ihrer Verteidigung bei den jungen Arbeitern und Bauern nur pressen können durch Schikanierung bis in die Speiseröhre hinein, womöglich bis aufs Klo.

Die Soldaten haben zu den festgesetzten Essenszeiten zu erscheinen. Wie fürsorglich. Ein Soldat aus der RöttigerKaserne berichtet: „Morgens haben wir zum Frühstück gerade 10 Minuten Zeit, davor ist Stuben- und Reviereinigen, danach sofort Antreten. Um ein Drittel herum von uns geht deshalb erst gar nicht frühstücken. Dafür können wir Erzieherische Maßnahme oder Disziplinarstrafe bekommen."

Das, was den Soldaten da vorgesetzt wird, ist in vielen Truppenküchen hundsmiserabel. Ein Beispiel, Verpflegungsplan der Küche Panzergrenadierbataillon 72 Röttigerkaserne für die vergangene Woche: Montag: Linsensuppe (ohne Brot oder Brötchen) und eine Wurst, etwa 12 Zentimeter lang, ein Apfel; Dienstag: Kohlroulade, Kartoffeln, wobei die Kohlblätter größtenteils verbrannt waren, fast keiner hat sie gegessen; Mittwoch: Rindfleisch, eine kleine Scheibe, ca. 30% Fett, und Gemüse; Donnerstag: Kartoffelsalat und „Fisch Helvetia" – fertige Fischschnitten, die sehr schnell zerfallen und beschissen schmecken.

An den wehrpflichtigen Köchen liegt das schlechte Essen nicht, denn, wenn für jeden Soldaten für drei Mahlzeiten nur 4,50 DM zur Verfügung stehen, kann da nur Fraß rauskommen, zumal die Kollegen aus der Küche noch häufig am Kompaniedienst teilnehmen müssen.

Die sogenannte NATO-Pause um 9.00 Uhr ungefähr (nicht festgelegt, der Offizierswillkür ausgesetzt) gehört zu den Sternstunden des Kantinenpächters, der eine Monopolstellung in der Kaserne hat. Räuberei und Betrug kommen zu ungeahnten Fertigkeiten. Beispiel Röttigerkaserne:

– Statt wie vorgesehen 30 Gramm Aufschnitt pro Brötchenhälfte gibt es 20–25 Gramm.
– Statt Butter oder Margarine verwendet der Pächter für Hackbrötchen Schmalz.
– Schnitzel, die nicht verkauft werden und schon ein bis drei Wochen alt sind, verkauft er als Zigeunerschnitzel, weil da viel Soße dabei ist, für 3,20 DM.
– Vor jeder Wehrsoldzahlung kauft er mehr ein und brät neue Hähnchen an, die er dann auch bis zur nächsten Wehrsoldzahlung verkauft. Für die Tage, wo es regelmäßig ganz schlechtes Essen gibt – Montag: Suppe, Donnerstag: Fisch – kauft er mehr ein.

Dieses Plündergeschäft bringt 50000 bis 60000 DM Umsatz im Monat. An der Plünderei sind mit über 10% des Gewinns die Standortverwaltung der Bundeswehr und die Heimbetriebsgesellschaft beteiligt. Kontrollorgan sollen sie sein gegenüber dem Kantinenpächter. Die Praxis kann man sich gut vorstellen. Die Auswirkungen für die Soldaten sind unerträglich.

165 DM bzw. 210 DM beträgt der Wehrsold, nach der Erhöhung um 30 DM 195 bzw. 240 DM. Alleine bis zu 120 DM geben die Soldaten in der Kaserne aus, um einigermaßen satt zu werden. Eine Front dagegen aufzubauen, ist unabdingbar. Richtig sind die Forderungen nach Recht auf Kündigung des Kantinenpächters durch die Vertrauensleute, ausreichender Verpflegung durch die Küche unter Kontrolle der Vertrauensleute. Grundlegend ist die Forderung nach Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Manöverschäden:

„Weit über 100000 DM an wenigen Tagen"

Diepholz. Verhältnismäßig gering seien die Manöverschäden in diesem Jahr, obwohl die „Schäden sich allerdings noch nicht in Mark und Pfennig ausdrücken ließen, hat Innenminister Groß geantwortet auf eine Anfrage des FDP-Landtagsabgeordneten Jürgens nach den Manöverschäden.

Kartoffel-, Mais-, Tabak-, Zuckerrübenfelder und frisch mit Gerste bestellte Flächen sind von Panzern und Kettenfahrzeugen im Laufe der diesjährigen Herbstmanöver zerstört worden. „Weit über 100000 DM an Schäden in wenigen Tagen", hat die Samtgemeinde Schwaförden festgestellt. „Dabei war es dieses Jahr gar nicht so schlimm", berichten die Bauern aus Schwaförden.

Im letzten Jahr hatten dort britische Truppen alles niedergewalzt, Straßen aufgerissen und in Morast verwandelt, Weidezäune umgewalzt, Felder zerstört. Wo sich der Bauer einzeln gewehrt hatte, sind die Soldaten gleich noch mal über den Acker gejagt worden. Die Bauern haben sich schließlich mit Treckern in den Weg gestellt, um die Panzer nicht auf die Felder zu lassen, damit die nicht noch mehr zerstört werden.

Für die kleinen Bauern bedeutet die Zerstörung der Felder, daß die ohnehin schon ungeheure Überarbeit noch weiter zunimmt, die Weidezäune müssen repariert werden, die Felder aufs neue bestellt werden und die Straßen ausgebessert werden. „Das läßt sich auch mit Entschädigungen nicht begleichen", sagt ein Bauer, dessen Weg im vorigen Jahr zerstört wurde. Er hat den Schaden gar nicht erst gemeldet wegen der kleinlichen Schikane und den Verordnungen, denen er sich unterwerfen muß, bevor er überhaupt eine Entschädigung erhält. In diesem Jahr hat ein anderer Bauer aus Schwaförden die Gerste gar nicht erst ausgesät wegen der Manöver.

Schwaförden ist dieses Jahr weitgehend verschont geblieben von den Manövern. Die Bourgeoisie fürchtet den Zusammenschluß der Bauern. Sie ist ausgewichen, weil die Bauern im vorigen Jahr gegen die Zerstörung ihrer Felder geschlossen vorgegangen sind. So haben die NATO-Truppen dieses Jahr weiter nördlich gewütet in Mallinghausen und Neubruchhausen.

Da ist es eine Lüge, wenn Innenminister Groß behauptet, die Manöverschäden seien gering gewesen, und Jürgens hat seine Pflicht getan. Er ist seit 1968 Landrat im Kreis Diepholz und Landwirtschaftsmeister. Die Bauern sitzen ihm im Nacken, das hat ihn zu der Anfrage nach der Höhe der Manöverschäden getrieben. Keineswegs geht es ihm darum, die Zerstörung der Felder zu beenden. Die „Schadensfeststellungen und die Schadensabwicklung zügiger" abzuwickeln, so versucht er den Kampf der Bauern gegen die Manöver abzustumpfen. Er selbst ist auch Landwirt, allerdings – er lebt von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft: Seinen 63 ha großen Hof läßt er bewirtschaften. Da kann er auch nicht gegen die Manöver sein. – (Zelle Diepholz, Bezirk Osnabrück/Emsland)

Bettlaken statt Deutschlandfahne aufgezogen

Fürstenau. Letzte Woche saßen im Wachgebäude der Pommern-Kaserne vier Soldaten vom Fliegerhorst Rheine, darunter auch ein Stabsunteroffizier. Diese Soldaten waren Teil einer Wachmannschaft, die allesamt während ihrer Wache festgenommen wurden. Die anderen fünf Wachsoldaten waren auf andere Kasernen verteilt. Der Wache wird vorgeworfen, am Fahnenmast, wo sonst die schwarz-rot-goldene Flagge morgens aufgezogen wird, Bettlaken, Kopfkissenbezüge und anderes gehißt zu haben. Ein Offizier hatte dies gesehen. Die Armeeführung hat heftig reagiert. 60 Stunden lang wurden die Soldaten vernommen. Die Mahlzeiten ließ man teilweise ausfallen. Auf die Frage, über was die Soldaten morgens vor dem Ereignis gesprochen hätten, sagte einer einfach: Über Sex, Tod und Teufel. Unter Androhung eines zivilgerichtlichen Verfahrens wurden zwei Kameraden dazu erpreßt, auszusagen, daß sie am Tor mit dem Hitlergruß gegrüßt hätten, was aber nicht der Fall war. Die Wachmannschaft wurde zu drei, sieben und mehr Tagen Arrest verurteilt. Die Bereitschaft, für Deutschlands Größe in den Krieg zu ziehen, ist bei den einfachen Soldaten sehr gering. Nur mit dem Knüppel kann die Armee auf den Krieg vorbereitet werden. – (SRK Osnabrück-Emsland)

Lohnfortzahlung! Dienstausgleich für Zusatzdienste!

Hamburg/Röttiger-Kaserne. Der Beschluß der Bundesregierung, den Wehrsold um 1 DM pro Tag zu erhöhen, ist für alle Wehrpflichtigen eine Provokation. Als ob man von 195 bzw. 240 DM im Monat besser leben könnte als von 210 DM.

Die Mannschaften der 3./75 haben dem Beschwichtigungsmanöver der Regierung eine passende Antwort gegeben; ebenso dem Gnadenangebot des Btl-Kommandeurs, der mit lächerlichen Zugeständnissen den Kampf der Soldaten im Btl 75 für vollen Dienstausgleich für Zusatzdienste zersetzen wollte. Auf der Mannschaftsversammlung haben sie ihren Vertrauensmann beauftragt, sich für den Zusammenschluß aller Vertrauensleute in der Röttiger-Kaserne (drei Bataillone) einzusetzen. Als Grundlage für diesen Zusammenschluß soll er vorschlagen, die Forderung nach Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit und nach vollem Dienstausgleich für alle Zusatzdienste. Der Beschluß ist mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und etlichen Enthaltungen angenommen worden.

Gibraltar: Sicherung der Seeherrschaft

Gibraltar ist die letzte britische Kolonie auf dem Europäischen Festland und im Mittelmeerraum. Etwa 270 Jahre hat Großbritannien diese am Übergang des Mittelmeeres zum Atlantik auf dem spanischen Festland liegende Halbinsel besetzt und zu einem großen Flottenstützpunkt ausgebaut.

Die Meerenge von Gibraltar und der Stützpunkt, dessen äußeres Wahrzeichen ein sich vom Umland deutlich unterscheidender riesengroßer Felsen ist, auf dem die Befestigungsanlagen erbaut sind, war schon immer Schauplatz von heftigen Kämpfen.

Der Felsen Gibraltar und der Stützpunkt wurden erst von den Arabern und Mauren aus Nordafrika mit Zerfall des Römischen Reiches aufgebaut, vor allem später, um die blutigen Eroberungsfeldzüge der Kreuzfahrer zu stoppen und zu brechen, die sich um diese Meerenge „ins gelobte Land" aufmachten.

Mit Entwicklung des Wucher- und Handelskapitals gewann Spanien die Kraft zur Errichtung von Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent, besetzte auf dem afrikanischen Festland gegenüber Gibraltar die ersten Gebiete und eroberte Gibraltar von den Mauren. Das war 1462. Aber erst die einsetzende ursprüngliche Akkumulation des Kapitals, die Wucher- und Handelskapital in industrielles Kapital verwandeln sollte, machte die strategische Bedeutung des Gibraltarbesitzes für den weitern *weltweiten* Handel deutlich. Karl Marx schreibt im Kapital: „Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingebornen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung Afrikas in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. Diese idyllischen Prozesse sind Hauptmomente der ursprünglichen Akkumulation. Auf dem Fuß folgt der Handelskrieg der europäischen Nationen mit dem Erdrund als Schauplatz." (Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 779) Während es ökonomisch um die Beherrschung des Weltmarktes und die Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise ging, ist militärisch die Beherrschung der Weltmeere entscheidend. England geht auf Grund seiner ökonomischen Entwicklung im Innern als Sieger aus dieser Entwicklung hervor, die alle Mächte, namentlich aber Spanien, Portugal, Holland und Frankreich erfaßt. Die Eroberung Gibraltars durch die Engländer im Bündnis mit den Holländern sowie deutschen Landtruppen war ein Ergebnis dieser gewaltigen Umwälzung, verbunden mit der Niederschlagung Frankreichs als großer Seemacht in den darauffolgenden Jahren. Zum Zeitpunkt des sogenannten Erbfolgekrieges um Spaniens Krone wurde Gibraltar eingenommen, später im Utrechter Frieden England auch offiziell zugesprochen.

Seine eigentliche strategische Bedeutung für die Beherrschung der Meere durch Großbritannien bekam Gibraltar mit dem Durchbruch durch die Landenge von Suez und dem Bau des Suezkanals. Dort sichert sich England die Vorherrschaft, verwandelt Ägypten in eine Kolonie; im Mittelmeer selbst eroberten sie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Malta und Zypern, so daß sie sowohl mit Kriegsschiffen und Kanonen als auch mit Bunkerrechten und Kanalgebühren diesen wichtigen Seeweg nach Indien und Fernost übers Mittelmeer beherrschten und riesige Profite einstrichen. Gibraltar selbst wurde weiter ausgebaut als Marinehafen, um auch die Atlantikrouten besser zu kontrollieren.

Im Ersten Weltkrieg hatte Gibraltar seine Funktion als Versorgungsbasis und Kontrollposten für die britische Marine, der Seekrieg wurde aber hauptsächlich im Atlantik ausgetragen. Der deutsche Imperialismus unter Hitler versuchte im Zweiten Weltkrieg vergeblich, Spanien zum Eintritt in den Krieg auf seiner Seite oder wenigstens zur Besetzung Gibraltars zu bewegen, wozu schon von den Hitlerfaschisten konkrete Pläne ausgearbeitet waren. Erheblich machte dieser Stützpunkt dem Expansionsstreben des deutschen Imperialismus im Mittelmeerraum zu schaffen, die Geschütze und U-Bootwaffen Großbritanniens auf Gibraltar reichten aus, um die Meerenge weitgehend dicht zu machen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Großbritannien geschwächt, völlig verschuldet, und die Völker machten sich auf, das Kolonialjoch abzuschütteln. Damit brach auch die weltweite Seeherrschaft Großbritanniens zusammen. Zu diesem Zeitpunkt forderten die spanischen Faschisten demagogisch die Rückgabe Gibraltars vor der UNO, während sie gleichzeitig heftige koloniale Unterdrücker auf dem afrikanischen Kontinent waren. Den Franco-Faschisten ist es nie gelungen, die spanischen Arbeiter und Bauern für ihren „Kampf gegen den Kolonialismus" auf spanischem Boden zu gewinnen. Spaniens Regierungschef Suarez war gerade in London und hat erklärt, „die Gibraltarfrage müsse multinational" geklärt werden. Was er damit meint, ist klar: im Rahmen von EG und NATO. Damit löst sich auch die Gibraltarfrage. Die Halbinsel soll NATO-Stützpunkt werden, etwa wie mit Status der Stützpunkte der Briten in Zypern. – (Z-Red.)

Portugiesische Regierung erklärt Kapitulation vor den Imperialisten

Arbeiter gegen Nachtschicht, Überstunden und Samstagsarbeit

CUF ist Melo, hieß es. Mehr als zehn Prozent des Gesellschaftskapitals aller bestehenden Gesellschaften in Portugal: Dieses war der Umfang des Privateigentums der Familie de Melo im Faschismus. Um 1860 wurde eine Fabrik für Seifen gegründet. Maßlos ist die Ausbeutung der Arbeiter. Die de Melos stiegen in die Chemieindustrie ein. Von Portugal wurde die Ausbeutung ausgedehnt in die Kolonien. Textilindustrie, Nahrungsmittelindustrie, Minen, Papier und Cellulose, Erdöl, mit den Weltkriegen kam das Geschäft mit Stahl und Eisen. Schiffsbau: den Melos gehörten die zwei größten Werften des Landes, Lisnave und Setenave. Die Melos führen den Kolonialkrieg der faschistischen Regierung als ihren eigenen. Sie verbinden sich mit englischen, amerikanischen, französischen, belgischen, holländischen und schwedischen Imperialisten, legen ihr Kapital mit diesen gemeinsam an. Über ihre Banken beherrschen sie das portugiesische Kreditgeschäft, teilen sich die Steuerbeute mit fünf oder sechs anderen Finanzhaien. In der faschistischen Regierung sitzen ihre Leute.

25. April 1974: Der Faschismus gestürzt. De Melo geht in die Emigration. September 1974, März 1975 die Umsturzversuche scheitern am Widerstand der Arbeiter und Bauern. Das CUF-Monopol wird verstaatlicht.

Im Juli dieses Jahres taucht de Melo erstmalig wieder in Lissabon auf. Als Berater des IMF, des Weltwährungsfonds und der Weltbank. Hinter dieser Bank steht der US-Imperialismus, der allein fast 30% der Kapitaleinlagen kontrolliert, stehen die europäischen Imperialisten, vorneweg das westdeutsche Finanzkapital. De Melo ist wieder wer, die Imperialisten im Kreuz, als Gesandter der Weltbank diktiert er den Kurs der Regierung Soares. Am 25. August wird das Dekret 353-P/77 erlassen. Der erste Schritt ist getan: Die alten Finanzbourgeois des Faschismus können wieder Aktionäre der verstaatlichten Betriebe werden. Das Dekret nämlich schafft „Teilhaber-Obligationen". Diese Aktien sind von besonderer Art. Sie haben laut Dekret nicht nur eine Dividende „je nach den Gewinnen des Betriebes", sondern die „Garantie auf einen fixen Ertrag, gleichgültig wie auch immer die Entwicklung des Betriebsergebnisses". Im übrigen haben sie „Stimmrecht" auf den Generalversammlungen der jeweiligen Gesellschaft.

Im zweiten Schritt läßt sich de Melo von den Aktionären und der Regierung Anfang Oktober wieder in eines seiner alten Ämter wählen. Er wird Präsident des Verwaltungsrats der Lisnave-Werft. Was er als erstes dort durchsetzen will, ist offen: Seit einiger Zeit schon versucht die Verwaltung der Werft eine zweite Nachtschicht von 1 Uhr bis 8 Uhr morgens gegen die Arbeiter durchzusetzen und Teile der Arbeiter von Dienstag bis Samstag arbeiten zu lassen. Diese Nachtschicht wurde von den Lisnave-Arbeitern im Streik vom Mai 1974 beseitigt. Daß sie jetzt wieder eingeführt werden soll, das soll den „Aktionären" in der Konkurrenzschlacht bessere Bedingungen schaffen und gleichzeitig die Arbeiter in Schichten spalten und ihre Existenz herunterdrücken. Die fast 10000 Arbeiter von Setenave und Lisnave haben jetzt gegen die Rückkehr des Finanzmagnaten de Melo gestreikt, für eine Stunde legten die Arbeiter aller Betriebe des Industriegebietes Setubal die Arbeit nieder. Die Revisionisten sabotieren solche Kampfaktionen wo sie können. Nicht nur das. Sie riefen im gleichen Monat in einer anderen Fabrik des verstaatlichten CUF-Monopols zur „Produktionsschlacht", d.h. zur freiwilligen Arbeit an einem Samstag, auf. Sie verstanden das als „Antwort auf die Regierung" und das ganze sollte ein Schritt sein „auf dem Weg zum Sozialismus".

Freiwilliger Lohnverzicht, Überstunden, Samstagsarbeit für die Interessen des Landes. Im Land herrschen die Imperialisten. Die Arbeiterklasse Portugals will sich vom Imperialismus befreien – nur 40% der Arbeiter erschienen zur „Produktionsschlacht" an jenem Samstag.

Die Imperialisten nehmen Portugal jetzt in den Würgegriff. Die Reallöhne der Lissabonner Arbeiter sind nach dem Konjunkturbulletin Nr. 6 des Planungsministeriums heute auf den Stand von 1968 zurückgefallen. Sie sollen weiter sinken. Der Weltwährungsfonds hat Portugal ein Programm diktiert: Rationierung der Grundnahrungsmittel wie Öl, Fleisch, Getreide Zucker, Butter, Margarine. Massive Preissteigerung. Kürzung des Staatshaushalts durch Stellenstreichungen im Öffentlichen Dienst. Einschnürung des Gesundheitswesens, Numerus Clausus an den Hochschulen. Einbeziehung der Versicherungen in den Staatshaushalt, also Anzapfen der Sozialversicherungen als Kapitalgeber und Kürzung von Leistungen. Stopp oder Kürzungen im Kreditwesen für kleine Bauern und Kooperativen. Gebührenerhöhungen bei den öffentlichen Transportmitteln. Steuererhöhungen. Das Diktat des Weltwährungsfonds ist so drastisch, daß selbst die reaktionären Parteien es wortradikal ablehnten. Aber Soares, der sozialistische Ministerpräsident, dessen Wahlparole war „Europa mit uns", hat diesem Diktat aufs Wort gehorcht. Ein 750-Millionen-Kredit sollte die Prämie sein. Daß es zu dieser weiteren Verschuldung des Landes an die Imperialisten kam, bezeichnete Soares als „den größten Sieg der portugiesischen Diplomatie". Der Haushaltsentwurf, den Soares jetzt gerade in Lissabon für 1978 vorlegte, wird von Antonio Sousa Gomes, dem Planungsminister als „auf den Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) zugeschnitten" bezeichnet (Süddeutsche Zeitung, 5./6.11.77). Um 43% sollen die Steuern im nächsten Jahr steigen.

Die Imperialisten haben nicht auf Machtdemonstrationen verzichtet. Anfang Oktober hat sich in Lissabon das oberste Gremium der NATO versammelt. Einmal im Jahr tagt dieses Imperialistenorgan außerhalb von Brüssel. Wo sich die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der NATO-Länder treffen, ist bedeutsam. Diesmal war es Portugal, wo sie die NATO-Basen einzeln inspizierten.

Portugal ist ein von den Imperialisten unterdrücktes Land. Seine Regierung ist Marionette der Imperialisten. Was sie den Volksmassen raubt, wandert in die Taschen der imperialistischen Finanzbourgeoisie. Portugal kann sich nicht entwickeln, solange die Imperialisten im Lande herrschen. Zwei Beispiele: Dünger und Insektenvernichtungsmittel für die Landwirtschaft. In Portugal verkaufen 200 Firmen Insektenvernichtungsmittel, 150 davon importieren nur aus dem Ausland, nur 2 Firmen stellen selber her. 8 Firmen verkaufen 69% der in Portugal verbrauchten Mittel, von diesen 8 sind 6 Filialen von Shell, Bayer, BP etc., die 2 portugiesischen Firmen müssen ihre Rohstoffe aus dem Ausland beziehen. Portugal ist gezwungen, Patente bei den Imperialisten zu kaufen. Und unter welchen Bedingungen! Bei 97% ist festgelegt, wo das patentierte, in Portugal hergestellte Produkt nur verkauft werden darf. Bei 58%, wieviel nur in Portugal produziert werden darf. Bei 51%, welche Verkaufspolitik befolgt werden muß. Bei 38% ist festgelegt, wo die zur Produktion benötigten Rohstoffe gekauft werden müssen. Bei 36%, in welcher Weise produziert werden muß. Bei 24%, welche Preise für das Produkt verlangt werden dürfen. (Studie aus der Zeitung „Wirtschaft und Sozialismus")

Die Regierung Soares kapituliert offen vor den Imperialisten. Aus der Sozialistischen Partei treten massenhaft Mitglieder aus. Es kommt zur offenen Spaltung. In der PSD (der ehemaligen PPD) ist die gesamte Leitung zurückgetreten. Die Widersprüche bringen die Bourgeoisie zum Tanzen. Die Imperialisten wollen in Portugal zur Zeit offenkundig auf eine reaktionäre Allparteienregierung hinaus, um zupacken zu können. (kkw. Bezirk Mittelfranken/Oberfranken)

Spanien auf dem Weg in die Krallen der EG-Imperialisten

„Exemplarische Begrenzung der konsumptiven Ausgaben des Staates und der Sozialversicherungen ...", „Steuerreform ...", „Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit ..."

Durch die Aufnahme von Griechenland, Portugal und Spanien in die EG „würde Europa gestärkt und seine Bedeutung in der Welt würde gesteigert", hat der spanische Ministerpräsident Suarez zum Abschluß einer Rundreise durch EG-Hauptstädte erklärt, bei der er über die Bedingungen eines EG-Beitritts Spaniens verhandelt hat. Die europäischen Imperialisten würden gestärkt, wenn sie diese südeuropäischen Staaten, ihre Arbeitskräfte, ihre Märkte, ihre Bodenschätze durch die EG-Mitgliedschaft direkt unter ihre Herrschaft kriegen würden. „Eine erheblich verstärkte Arbeitsleistung des spanischen Volkes in einer straffen Austeritätspolitik sowie tiefgreifende wirtschaftliche Reformen sind nötig, damit Spanien Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden kann", erklärte Suarez auf der gleichen Pressekonferenz.

Spanien ist ein schmackhafter Brokken, um den sich alle Imperialisten streiten. Außer über Erdöl verfügt es über die meisten wichtigen Bodenschätze. Die Erzreserven werden auf rund eine Mrd. Tonnen geschätzt, neben Eisen vor allem Zink, Wolfram, Quecksilber. Im Norden des Landes gibt es große Kohlevorkommen. Die Vorräte an Schwefelkies werden auf rund 30 Mio. Tonnen geschätzt. Diese Bodenschätze liegen zumeist in Küstennähe, also verkehrsgünstig. In den großen Industriezentren gibt es eine erfahrene und hochqualifizierte Arbeiterklasse. Die anhaltende Ruinierung der Landwirtschaft durch die kapitalistische Konkurrenz sorgt für einen beständigen Nachschub an billigen Arbeitskräften, der, neben den staatlichen Maßnahmen zur Lohnsenkung seit dem Sieg des Faschismus, den Preis für die Arbeitskraft niedrig hält.

1,2% der spanischen Bevölkerung verfügten 1973 über 22% des spanischen „Volkseinkommens", über ebensoviel wie die 25% des Volkes mit den niedrigsten Einkommen. Diese verschwindend kleine herrschende Klasse von Finanzkapitalisten, Großgrundbesitzern und Bürokraten ist nur in der Lage, ihre Herrschaft über die arbeitenden Massen in Spanien aufrechtzuerhalten, indem sie das Land der Ausplünderung durch die imperialistischen Mächte preisgibt.

Das Instrument der spanischen Bourgeoisie zur Unterdrückung der spanischen Arbeiterklasse wie zur Organisierung auch der ökonomischen Bedingungen der Ausbeutung ist der reaktionäre Staatsapparat. Das Istituto Nacional de Industria (INI) wurde kurz nach dem Bürgerkrieg gegründet, um zu versuchen, eine eigenständige spanische Schwerindustrie vor allem im Hinblick auf die Kriegswirtschaft



8000 Frauen demonstrierten gegen die Lohnkürzungen und Massenentlassungen bei „Santana", einem Metallbetrieb mit 3500 Arbeitern. Erleichterung von Entlassungen ist einer der Hauptpunkte des „Paktes von Moncloa".

aufzubauen. Nach 1959 wurde das INI zum wichtigsten Instrument zur Koordinierung und Unterstützung des eindringenden imperialistischen Kapitals. Ende 1973 war das INI an 50 Unternehmen direkt, an 121 indirekt beteiligt. Diese Beteiligungen erlaubten die Kontrolle von 20% der spanischen Wirtschaft. Diese Unternehmen sind vielfach die gleichen, in denen auch der direkte Einfluß des ausländischen Kapitals besonders stark ist, der Bergbau und die Energieversorgung, die Kraftfahrzeugindustrie, die zu 50%, und die chemische Industrie, die zu 40% in ausländischer Hand ist.

Neben diesen staatsmonopolistischen Unternehmen bedienen sich die Imperialisten der Steuern und der staatlich kontrollierten Sozialversicherungen, um die erheblich verstärkte Arbeitsleistung des spanischen Volkes, von der Suarez spach, durchzusetzen. Reformisten und Revisionisten, Gonzalez und Carrillo sind dabei ihre gelehrigen Schüler und willigen Helfer.

Der Pakt von Moncloa, den alle parlamentarischen Parteien am 22. Oktober gegen die spanische Arbeiterklasse geschlossen haben, sieht vor: „Die Steuer auf das Einkommen physischer Personen wird allgemein, persönlich und progressiv sein ... Die Steuer auf Vermögen wird der Steuer auf das Einkommen angepaßt" Diese Bestimmung richtet sich vor allem gegen die Lohnabhängigen, die bei anhaltender Inflation der Progression mehr und mehr ausgesetzt werden. Sie richtet sich aber auch gegen die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden und Bourgeois, die bisher weitgehend Steuerfreiheit genossen, weil der Staat zugunsten der Kapitalisten keine Instrumente zur Steuerkontrolle hatte.

Die spanischen Kapitalisten bezahlen 83% der Sozialversicherungen. Die Verweigerung der Zahlung oder die Befreiung davon waren ein bei den Kapitalisten beliebtes Mittel der zusätzlichen Bereicherung. Im Kapitalismus sind die Sozialversicherungen vor allem Reservefonds für die Profitmacherei des Finanzkapitals. Der erste und wichtigste Punkte des Paktes von Moncloa ist deshalb die „Neuordnung" der Sozialversicherung: „Exemplarische Begrenzung der konsumptiven Ausgaben des Staates und der Sozialversicherung ... 1978 dürfen diese Ausgaben nicht schneller wachsen als das vorgesehene Wachstum des Bruttosozialproduktes ... Die Reform des Beitragswesens der Sozialversicherung erfolgt nach dem Prinzip der Progressivität."

Maßnahmen zur „Sanierung" der Sozialversicherung, zum „Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit", wie sie in diesem Pakt vorgesehen sind (Prämien für Kapitalisten, die auf zwei Jahre „Ausbildungsplätze" zur Verfügung stellen), zur Subventionierung der Landwirtschaft und der Industrie zu „Schaffung von Arbeitsplätzen" gehören in allen imperialistischen Ländern zum Instrumentarium der Plünderung der Volksmassen und der Sanierung der Profite des Finanzkapitals. In Spanien sind es Maßnahmen, das Land vollständig der imperialistischen Fremdherrschaft auszuliefern.

1963 forderte der Verband der imperialistischen Länder unter der Führung des US-Imperialismus, die OECD, zur Sanierung der spanischen Wirtschaft im Interesse der Imperialisten Steuerreform und Budget- und Kreditmaßnahmen zur Bekämpfung „inflationärer Tendenzen", Wechselkursreform und Liberalisierung des Außenhandels zur Wiederherstellung des „externen Gleichgewichts". Es hat der Unterstützung durch Reformisten und Revisionisten bedurft, um diese imperialistischen Forderungen jetzt in vollem Umfang zu erfüllen. Die EG-Imperialisten profitieren am meisten von der „Liberalisierung des Außenhandels". Das spanische Handelsdefizit mit den EG-Staaten ist im August 1977 noch einmal um 16,04% gegenüber August 1976 gestiegen. Durch das Hineinziehen Spaniens in die EG und die Vorbereitungen dafür hoffen die westeuropäischen Imperialisten auch im Kapitalexport und in der Ausplünderung Spaniens eine Monopolstellung gegenüber den USA zu erringen und die spanische Bourgeoisie als Konkurrenten bei der Ausbeutung der spanischen Arbeiterklasse auszuschalten. – (Z-Red.)

Streik gegen Sonderschichten bei Fiat

Die Spaltung durch die Revisionisten schwächt die Kampfkraft der internationalen Arbeiterklasse

Mirafiori, Hauptwerk des Fiat-Konzerns in Turin, Sonnabend früh. Seit vier Wochen das gleiche Bild: Hunderte von Streikposten vor jedem Tor, unterstützt von Arbeitern anderer Betriebe, von Schülern und Studenten und vor allem von jugendlichen Arbeitslosen. Sie verhindern die Sonderschichten, die Agnelli für den Fiat 127 angesetzt hat. 3800 Arbeiter sollten in sechs Wochen Samstagsarbeit 4500 Autos zusätzlich produzieren. Beim ersten Mal, am 22.10., waren noch eine Handvoll Streikbrecher (die bürgerliche Presse spricht von einigen zig) in die Fabrik geschleust worden, bevor die Streikposten ab 4.00 Uhr früh aufgestellt wurden. Jetzt werden die Tore schon kurz nach Mitternacht mit Streikposten besetzt. Der Fiat-Konzern verspricht Streikbrechern, die schon vorher kommen, saftige Überstundenzuschläge für die gesamte Zeit ihrer Anwesenheit in der Fabrik, auch wenn nicht gearbeitet werden kann. Es hat nichts genutzt. Der Streik gegen die Sonderschichten steht.

Die Nachfrage nach dem Fiat 127 übertreffe alle Erwartungen, behauptet Fiat zur Begründung der Sonderschichten. Lange Lieferzeiten würden dazu führen, daß der Markt an die ausländischen Konkurrenten verlorenginge, vor allem an VW und Renault. Zu einem geradezu patriotischen Werk wären die Fiat-Arbeiter jeden Samstag aufgerufen, um die Handelsbilanz zu verbessern. Daß die Konkurrenz zum Teil schon Sonderschichten gegen die Arbeiter durchgesetzt hat, ist für Fiat ein Grund mehr, um Weltniveau in der Ausbeutung der eigenen Arbeiter zu kämpfen. „Es fehlt nicht an Vergleichen mit den ausländischen Autofirmen, die direkt mit dem Fiat 127 konkurrieren. In Westdeutschland z.B., bei Ford in Saarlouis, ist 27 Sonnabende gearbeitet worden, das bedeutet insgesamt 108 Überstunden pro Arbeiter." (Corriere della Sera, 6.11.)

Mit den Sonderschichten bei dem größten italienischen Konzern will die Finanzbourgeoisie die Schranken niederreißen, die der Kampf der Arbeiter bislang der Ausdehnung der Arbeitszeit gesetzt hat, um dann bei den Löhnen nachzustoßen. Die Arbeiter wissen das. Sie werfen im Kampf gegen die Sonderschichten die Lohnfrage auf. „Es gibt eine starke Beteiligung am Überstundenstreik", sagt Milano, Nationaler Koordinator der Metallgewerkschaft für die Autoindustrie, „aber die Arbeiter verweisen auch beständig darauf, daß man mit diesen Löhnen nicht zurandekommen kann."

Die revisionistischen und reformistischen Führer der Gewerkschaften waren gezwungen, die Sonderschichten abzulehnen. Der Druck aus den Betrieben war zu stark. Jetzt haben sich die revisionistischen Führer die Aufgabe geteilt: Die Führer der Gewerkschaften arbeiten auf Zersetzung und Spaltung des Kampfes von innen hin, die Führer der Partei auf Isolierung der kämpfenden Belegschaften von den Volksmassen und besonders von den Massen im Süden.

Mit „Alternativ"vorschlägen zur Entfaltung der Profitproduktion versuchen die Gewerkschaftsrevisionisten zu spalten. Der nationale Sekretär des Gewerkschaftsbundes CGIL Garavini



schreibt in der revisionistischen „Rinascita": „Die Sonderschichten bei Fiat abzulehnen, ist gerecht und wichtig und bedeutet viele konkrete Dinge, ... daß (u.a.) eine bessere Ausnutzung der Anlagen durch Verlängerung der Arbeitszeit möglich ist, sowohl intensiv, durch Neueinstellungen, als auch extensiv, indem die Schichten anders organisiert werden." Derart den Kampf der Arbeiter gegen die Samstagsarbeit umgelogen in einen Kampf *für* die Nachtarbeit, fällt es ihm nicht schwer festzustellen, daß man im Grunde mit den Kapitalisten einer Meinung ist: „Das Nein zur Forderung nach Überstunden ist also die Grundlage für Forderungen der Gewerkschaftsbewegung, von seiten der Arbeiter, *für* die Mobilität, *für* die Produktivität der Arbeit." Da kann die „Selbstkritik" nicht fehlen, daß man die Arbeiter von Alfasud in Süditalien nach der „Produktionskonferenz" zu Beginn des Jahres nicht mit diesem Kurs hat einseifen können: „Es ist nur vorübergehend gelungen, ein Bewußtsein und eine Meinung unter den Arbeitern zu schaffen für eine Produktivität als Grundlage der Beschäftigung, für die Arbeit, für die Rechte der Arbeiter."

Die Arbeiter im Norden sollen Nachtschicht machen, für „Investitionen im Süden". Die Arbeiter im Süden sollen „produktiver" werden, für die „Beschäftigung" von Arbeitslosen.

Während die Gewerkschaftsrevisionisten an der Spaltung der verschiedenen Abteilungen der Arbeiterklasse voneinander arbeiten, betreiben die Parteiführer ihre Isolierung von den Volksmassen. Die gewaltige Rebellion unter den arbeitslosen Massen des Südens, vor allem unter der Jugend, soll gegen die angeblich selbstsüchtigen kampfstarken Belegschaften der Großbetriebe Norditaliens gewendet werden. „Eine Politik, die sich wirklich vornimmt, ihre (der Massen des Südens) Ansprüche zu berücksichtigen und ihre Probleme zu lösen, kann sich nicht auf die Verteidigung der Interessen derer versteifen, die Arbeit haben." So frank und frech PCI-Vorstandsmitglied Amendola auf der jüngsten ZK-Sitzung. „Die Ressourcen des Landes sind begrenzt", und was den Arbeitslosen gegeben wird, das muß man den Arbeitenden nehmen, auf daß die italienische Finanzbourgeoisie mit verschärfter Ausbeutung den Reibach macht.

Die fühlt sich durch Berlinguers Rede in Moskau zum Jahrestag der Oktoberrevolution versichert, daß die PCI auch wirklich zu ihr halten wird, statt sich mit den Sozialimperialisten zu verbrüdern. La Malfa, Sekretär der Republikanischen Partei, hat gleich enthusiastisch vorgeschlagen, man müsse die Revisionisten jetzt zur Belohnung auf die ersehnten Ministersessel lassen. Die Christdemokraten haben abgelehnt, sechs Minuten Rede ist ihnen zu wenig.

Die Finanzbourgeoisie fühlt sich zu neuen Angriffen auf die Rechte der Arbeiter und des Volkes ermutigt. „Wer hat Angst, die Renten anzurühren", fragt ein Vorstandsmitglied der Republikanischen Partei in einem Kommentar im „Corriere della Sera". Die Gewerkschaftsführer bereiten den Verrat schon vor. Im Sekretariat der Gewerkschaftsbünde ist ein Thesenpapier ausgearbeitet worden, nach dem in Zukunft die Rente gestrichen werden soll, wenn Rentner zusätzlich arbeiten müssen, um nicht zu verhungern. Stattdessen soll für Invaliden eine monatliche Zusatzzahlung eingeführt werden, mit der sie zu Arbeit für Löhne unter dem physischen Existenzminimum gezwungen werden können.

Die Revisionisten strengen sich an, ihre Verläßlichkeit unter Beweis zu stellen. Letzten Montag hat die Polizei mehrere Büros der linksradikalen „Komitees der Arbeiterautonomie" überfallen und geschlossen. Die ersten, die Beifall klatschten, waren die Revisionisten: „Diese Maßnahme hätte schon längst ergriffen werden müssen. Die Gesetze, um die Umstürzler zu bekämpfen, gibt es. Es kommt auf den politischen Willen an, sie anzuwenden. Eine ähnliche Maßnahme gegen alle umstürzlerischen Organisationen in Rom und anderswo ist wünschenswert." (Corriere della Sera, 8.11.)

Vor solchen Thesen braucht wirklich kein Bourgeois Angst zu haben. Angst haben die Bourgeois vor den Anstrengungen der Arbeiterbewegung, gegen die Spaltung durch die Revisionisten ihre Kampfkraft zu stärken. Dazu sind die Streikposten vor Fiat-Mirafiori ein wichtiger Schritt. Wenn aber nicht im politischen Kampf gegen die Bourgeoisie mit dem Revisionismus gebrochen wird, sind weitere Niederlagen unvermeidlich. Sie würden auch die Arbeiterklasse der anderen imperialistischen Länder treffen, deren Herren versuchen, die Bourgeoisherrschaft in Italien zu festigen und zugleich das Land unter ihre Fuchtel zu kriegen. – (N-Red.)

„Geiseldrama in Mauretanien" – „Befreiungs"rufe der französischen Imperialisten

Interventionsabsichten in Nordafrika / Presseschau

„Frankreich ist, gesehen im Zusammenhang mit der Atlantischen Allianz und Westeuropa, heute militärisch nur noch eine Mittelmacht. Dennoch reicht dank seiner Geschichte und seiner geographischen Lage am Westeck des europäischen Kontinents sein Einfluß weit über den seiner europäischen Partner hinaus. Sein ehemaliges weltumspannendes Kolonialreich, das in den frühen sechziger Jahren wie das aller anderen europäischen Großmächte im Staub der Entkolonialisierung zerfiel, existiert bis zum heutigen Tage als eine Art französisches Commonwealth weiter. Es erlaubt Frankreich, schnell, zu jeder Zeit und an jedem Ort militärisch zu intervenieren, wenn seine Interessen dies erfordern ... Die Länder, in denen französische Soldaten auf exterritorialen Basen Dienst tun, sind Senegal (Garnison: Cap Vert 1200 Mann), Djibouti (Garnison: ein Regiment Fremdenlegion, Luftstützpunkt), Elfenbeinküste (Garnison: Abidjan, 600 Mann), Gabun (Garnison: Libreville 500 Mann). In Tschad stehen gegenwärtig keine Truppen. Ein kleiner Luftstützpunkt als Brücke nach Djibouti und Madagaskar kann aber jederzeit reaktiviert werden. Die übrigen Staaten können jederzeit französische militärische Unterstützung anfordern." (Die Welt, 4.11.77)

„Das Verteidigungsministerium in Paris bestätigte, daß drei Kompanien Fallschirmjäger sowie Einheiten von Fernmeldetechnikern am Vortage per Lufttransport in die französische Garnison von Cap Vert in der Nähe von Dakar geworfen wurden, um die Sicherheit französischer Bürger in Mauretanien zu gewährleisten." (Die Welt, 4.11.77)

Die POLISARIO führt einen gerechten Kampf und findet bei den Völkern der Welt breite Unterstützung

„Der König behauptete, die Leute der POLISARIO hätten in jüngster Zeit schwere Waffen eingesetzt, so Artillerie und Panzer, die sie von den Algeriern erhalten hätten. Die Rede des Königs ist um so bemerkenswerter, als es bisher stets Gewohnheit der marokkanischen Informationsorgane gewesen war, die Bedeutung der POLISARIO und der Kämpfe in der ehemals spanischen Sahara herunterzuspielen, wenn nicht gar vollkommen abzustreiten. In dieser Hinsicht ist Hassans Rede gewissermaßen das Eingeständnis, daß die marokkanischen und mauretanischen Truppen der POLISARIO mit den bisher angewandten militärischen Mitteln nicht Herr geworden sind." (Neue Zürcher Zeitung, 9.11.77)

„Der algerische Außenminister Buteflika hat in Washington nach einem Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Vance erneut heftige Angriffe gegen Frankreich gerichtet. Buteflika beschuldigte die französische Regierung, die Affäre um die Entführung französischer Techniker durch die POLISARIO als Vorwand für 'großangelegte strategische Manöver' in der Sahara zu nutzen." (Süddeutsche Zeitung, 10.11.77)

„Giscard auf den Straßen Algiers als Bildnis verbrannt. 'Giscard-Mörder' rief eine hunderttausend Mann starke Menge und verbrannte das Bildnis des französischen Staatschefs, die Menge hatte gegen die französischen Anstalten, in Maghreb zu intervenieren, protestiert. Die Demonstranten drückten ihre Solidarität mit der Politik Boumediennes aus und unterstützten die Forderung der POLISARIO. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatte ein hoher Funktionär der F.L.N., der Nationalen Befreiungsfront. Die Demonstranten riefen vorgegebene Parolen wie: 'Die Armee und das Volk sind mit dir, Boumedienne', 'Es lebe die POLISARIO', 'Boumedienne ist zu stark für dich, Hassan II., nimm dich in Acht'. Zwei Demonstrationszüge zogen durch die Stadt ... und vereinigten sich an der Universität, wo sich Tausende Studenten anschlossen, um zusammen mit den Demonstranten die Rue Mourad di Douche hochzuziehen zum Sitz der Vertretung der POLISARIO." (France Soir, 9.11.77)

„In Amsterdam haben die Vereinigungen zur Unterstützung des Saharauischen Volkes aus verschiedenen europäischen Ländern, England, Frankreich, Spanien, Italien, Westdeutschland, Schweiz, Portugal, Schweden, Holland und Belgien, sich am 5. und 6. November getroffen in Anwesenheit einer Delegation der POLISARIO. Die Versammelten haben sich für die vollständige Unterstützung der Front des saharauischen Volkes ausgesprochen. Sie schrieben an M. Giscard d'Estaing eine Protestresolution." (Le Monde, 10.11.77)

„Die algerischen Zeitungen sprechen seit Tagen davon, daß es sich bei dem Druck Frankreichs auf Algerien wegen der von der POLISARIO entführten Franzosen in Wirklichkeit 'um eine Verschwörung gegen Algerien' handle. Dies gehe von Marokko und Frankreich aus, doch dahinter stehe der Imperialismus. Die Sache der Entführten sei bloß ein Vorwand." (Neue Zürcher Zeitung, 9.11.77) – (Z-Red.)



Demonstration in Algier am 8.11.77

Zeitschriften aus der Volksrepublik China

Peking Rundschau
erscheint wöchentlich
Einzelpreis: 0,40 DM
Jahresabonnement: 12,00 DM
Zweijahresabonnement: 18,00 DM
Dreijahresabonnement: 24,00 DM
Erscheint auch in fünf weiteren Sprachen



China im Bild
erscheint monatlich
Einzelpreis: 1,00 DM
Jahresabonnement: 10,00 DM
Zweijahresabonnement: 15,00 DM
Dreijahresabonnement: 20,00 DM
Erscheint in 16 weiteren Sprachen.



China Reconstructs
erscheint monatlich in arabischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache
Einzelpreis: 0,80 DM
Jahresabonnement: 8,00 DM
Zweijahresabonnement: 12,00 DM
Dreijahresabonnement: 16,00 DM

Chinese Literature
erscheint monatlich in englischer und französischer Sprache
Einzelpreis: 1,00 DM
Jahresabonnement: 10,00 DM
Zweijahresabonnement: 15,00 DM
Dreijahresabonnement: 20,00 DM



Chinese Medical Journal
erscheint zweimonatlich in englischer Sprache
Einzelheft: 4,00 DM
Jahresabonnement: 24,00 DM
Zweijahresabonnement: 36,00 DM
Dreijahresabonnement: 48,00 DM

Scientia Sinica
erscheint zweimonatlich mit Artikeln in mehreren Sprachen, vor allem englisch
Einzelheft: 7,20 DM
Jahresabonnement: 43,20 DM
Zweijahresabonnement: 64,80 DM
Dreijahresabonnement: 86,40 DM

Alle Abonnenten, die bis 28. Februar 1978 eine dieser Zeitschriften bestellen, erhalten kostenlos einen Kalender 1978 mit traditionellen chinesischen Malereien. Einen Katalog aller lieferbaren Zeitschriften senden wir auf Wunsch zu.

Abonnementsbestellungen bei den KVZ-Verkäufern oder an:

Buchvertrieb Hager Frankfurt
Mainzer Landstr. 147 Postfach 119151
6000 Frankfurt/Main 2

Mehrwert '77: das BASF-Monopolkapital
Sinkende Profitrate – steigende Gier nach Extramehrwert

„Deutlich korrigiert hat man die Erwartungen für die chemische Industrie. Die voraussichtlich mäßigen Umsatzsteigerungen von 3 bis 5% dürften bei zunehmendem Kostendruck zu Ertragsrückgängen von bis zu 10% führen."

„Man" ist das Kölner Bankhaus Delbrück, das die Rentiers und Kapitalisten über Placierungen und Aussichten an der Börse unterrichtet. „Korrigiert" wurden in der chemischen Industrie Erwartungen für 1977, wie sie mit dem Jahresabschluß der Chemiekapitalisten 1976 verbunden wurden:

„Das Gewinnwachstum der Hoechster lag bei 40,6%, das der BASF bei 47,8%. Die Aktionäre aller drei Chemiegiganten dürfen aber mit einer erfreulichen Dividendenerhöhung rechnen, die die Aufsichtsräte der Gesellschaften ebenfalls im Mai beschließen werden",

lautete die Bewertung der Ergebnisse der Profitmacherei im April des Jahres.

Das Interesse, mit dem die Kapitalisten messen, ist der Profit, das Ergebnis der Ausbeutung der Arbeiter in der Fabrik. Was dem Auf und Nieder der Börsenwerte zugrundeliegt, ist die Spekulation auf diesen Profit. In Gewinn je Aktie drückt sich diese Spekulation für die drei großen Chemiemonopole in der BRD im Vergleich zu den Vorjahren in folgenden DM-Beträgen für 1977 aus, die sich durch die Körperschaftssteuerreform noch um knapp 25% erhöhen sollen:

	1975	1976	1977
BASF	15,0	21,5	16,5
Bayer	8,5	15,0	13,0
Hoechst	11,0	18,0	15,0

(Handelsblatt, 8.11.1977)

Der Stachel der Konkurrenz treibt die westdeutschen Chemiekapitalisten, und im Kampf mit den amerikanischen, britischen und japanischen Monopolen um Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagesphären fürchten die Hoechst-, BASF- und Bayer-Kapitalisten um ihre Profite. Unter den fünfzig größten Industrieunternehmen der Welt konnten unter den Chemiekapitalisten nur die BASF und Bayer sich gegenüber 1975 nach vorn schieben; im Zuwachs des Umsatzes pro Beschäftigtem lag der US-Konzern duPont im vergangenen Jahr vorn und schob sich vor Bayer auf der Rangliste:

	Rang 1976	Rang 1975	Umsatz 1976 (Mio Dollar)	Beschäftigte 1976	Zuwachs Umsatz je Beschäftigter (in % geg. 1975)
Hoechst (BRD)	21	21	9333	182980	9,70%
BASF (BRD)	23	25	9203	112686	11,21%
E.I. du Pont (USA)	29	33	8361	132737	15,16%
Bayer (BRD)	30	32	8298	171200	13,41%
ICI (GB)	38	37	7465	192000	10,14%
Union Carbide (USA)	47	45	6346	113118	4,98%

Nach Angaben des US-Wirtschaftsmagazins „Fortune"

Entsprechend dieser Position unter den größten Monopolkapitalisten der Welt gehören die BASF-Kapitalisten zu den treibenden Kräften bei der Expansion des BRD-Imperialismus in den letzten Jahren. Zur Veranschaulichung die Entwicklung ihres Umsatzes in den letzten vier Jahren nach Regionen:

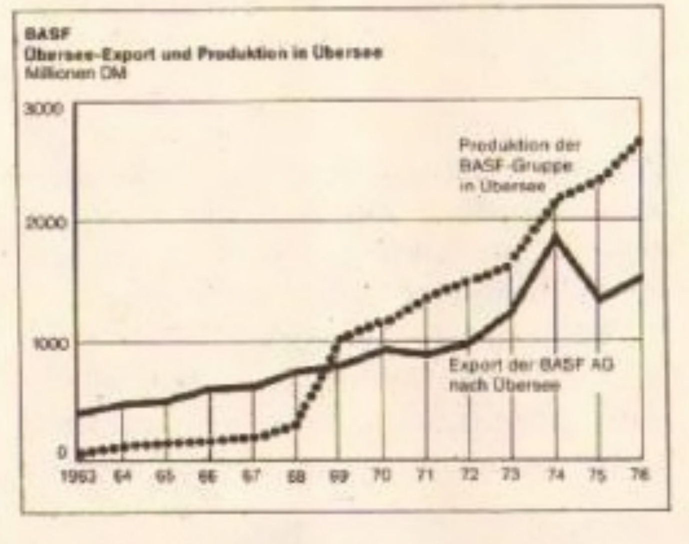
Umsatz der „BASF-Gruppe" in Mrd. DM, nach Weltteilen
20 Mrd. DM
15
10
5
1973 1974 1975 1976
Afrika, Westasien
Süd-,Ostasien, Australien
Lateinamerika
Nordamerika
Osteuropa
Westeuropa ohne EG
EG ohne BRD
BRD

Dabei kommen die BASF-Kapitalisten ins Gehege mit den anderen Imperialisten. Sie jammern über Protektionismus, der sie an der weiteren Eroberung der Märkte hindere; über die Verschuldung, in die eine ganze Reihe von Ländern durch die imperialistischen Monopole getrieben worden ist und wodurch die Ausdehnung der „Geschäftstätigkeit" an „Grenzen" stoße, und über die Erfolge, die die Länder der Dritten Welt erringen im Kampf um die selbständige Entwicklung ihrer Produktivkräfte.

So zum Beispiel Vorstandsmitglied Henke zum Auslandsgeschäft der BASF-Kapitalisten:

„Durch strukturelle Veränderungen im Welthandel und die vor allem durch Zahlungsbilanzschwierigkeiten verursachten Handelshemmnisse wird der Export bestimmter chemischer Erzeugnisse wie Düngemittel, Massenkunststoffe und Industriechemikalien aus der BRD immer schwieriger und vom Ertrag her uninteressanter. Das Exportgeschäft der BASF wird deshalb umstrukturiert werden müssen: An die Stelle von Massenprodukten werden zunehmend hochwertige Spezialprodukte treten." (BASF-Informationen 4/1977)

Wie die BASF-Kapitalisten seit 1969 die Politik verfolgen, sich ein Chemie-Imperium zusammenzukaufen, durch Kapitalexport auszudehnen und seit 1976 eine weitere Ausdehnung dieses internationalen Ausbeutungsgeschäfts betreiben, drückt die Gegenüberstellung von „Produktion in Übersee" und „Export nach Übersee" aus, die die BASF-Kapitalisten stolz in ihren „Informationen" vorstellen:



„Seit 1969 wurden verstärkt in wichtigen Absatzmärkten Produktionsstätten errichtet oder erworben", erklären die BASF-Kapitalisten. „12%, das sind 2,58 Milliarden DM, der Gesamtinvestitionen sind bis Ende 1976 nach Übersee geflossen", „geflossen", nachdem sie zuvor aus den Arbeitern im BASF-Werk Ludwigshafen und dann aus den nach und nach in ganz Westeuropa unter die Ausbeuterregie der BASF-Kapitalisten gezwungenen Arbeitern herausgepreßt wurden.

Unter anderem als „Hilfe für die Entwicklungsländer" stellen die BASF-Kapitalisten diese internationale Ausbeutung vor. In ihrer „Kapitalbilanz" mit den „Entwicklungsländern" führen die BASF-Kapitalisten seit Mitte der fünfziger Jahre Kapitalimporte von 303 Millionen DM auf. 431 Millionen DM seien aus Abschreibungen und Gewinnen reinvestiert, und „nur" 49 Millionen DM in Gestalt von „Zinsen, Dividenden und Lizenzgebühren" bisher *direkt* zurück in ihre Taschen „geflossen". Hilfe für „Entwicklungsländer"? Selbst wenn man von der Summe aus reinvestiertem Kapital und „zurückgeflossenem" Gewinn von zusammen also 480 Millionen, die 303 Millionen ursprünglich investierten Kapitals vollständig abzieht für Ersatz des Ausbeutereigentums, so bleibt nach dieser Bilanz über die *Erhaltung* des Kapitals ein Zuwachs von 177 Millionen DM oder 58,4% aus der Ausbeutung der Arbeiter in den Entwicklungsländern. Was ist daran „Hilfe" für die „Entwicklungsländer"? Es ist Ausdruck des parasitären Charakters des Imperialismus und der Hoffnungen der Imperialisten, aus der Abhängigkeit der Entwicklungsländer ein besonderes Geschäft machen zu können.

Gleichzeitig verfolgen die BASF-Kapitalisten mit diesem Kapitalexport die Sicherung und Ausdehnung ihrer Absatzmärkte:

„Sie ermöglichen die Aufrechterhaltung starker Vertriebsorganisationen, die ... die bestehenden und die sich neu entwickelnden Importmöglichkeiten aufspüren und wahrnehmen können."

An der ersten Stelle stehen die USA.

„Ein verstärktes Investitionsbedürfnis besteht für die Zukunft in den wichtigen Märkten Brasilien und Japan." (BASF-Informationen)

Um ungehindert die Ausbeutung der BASF-Arbeiter in der BRD wie im Ausland betreiben und steigern zu können und um der imperialistischen Konkurrenz gewachsen zu sein, betreiben die BASF-Kapitalisten seit 1969 die Beschaffung einer eigenen Rohstoffbasis:

„Unsere Unternehmenspolitik ist heute die schrittweise Erweiterung dieser Rohstoffbasis. (...) Sowohl über (die 1968 aufgekaufte) Wintershall als auch über unsere Beteiligung bei der Deminex haben wir unsere Anstregungen in der Exploration weltweit verstärkt. Unsere ausländischen Öl- und Gas-Förderungen, vor allem in Dubai, Libyen, USA, Kanada und in der holländischen Nordsee, konnten gesteigert werden."

Wie seitens aller Imperialisten soll die Beschaffung dieser eigenen Rohstoffbasis auf Kosten abhängiger Länder gehen bei Schonung der eigenen Reserven:

„In Deutschland wirken wir mit sehr aufwendigen sekundären und tertiären Fördermaßnahmen der zunehmenden natürlichen Erschöpfung der Erdölfelder entgegen." (Moell, stellvertretender Vorstandsvorsitzender, zu den „Lebensgrundlagen unseres Unternehmens")

Unter Einschluß aller Beteiligungen haben die BASF-Kapitalisten für ihren Profit 1976 124899 Arbeiter ausgebeutet. Die entscheidende Grundlage für ihre Behauptung in der Konkurrenz gegenüber den anderen Kapitalisten und die Durchführung ihrer 1976/77 geplanten „Geschäftspolitik" ist die Steigerung der Ausbeutung der 88568 Arbeiter unter ihrer Regie in der BRD hier, insbesondere der 50000 Arbeiter im Ludwigshafener Werk, wo sie aus diesem Grunde auch nicht zufällig die Masse der 1,4 Milliarden DM Investitionen in der BRD tätigen (In- und Ausland insgesamt geplant für 1977: 1,85 Milliarden DM).

Auf der Hauptversammlung Ende Juni erklärte Vorstandsvorsitzender Seefelder nach der mit Hilfe der Spaltung durch die Gewerkschaftssozialdemokratie durchgesetzten Reallohnsenkung infolge des Tarifabschlusses:

„Ich meine, die hinter uns liegenden Ereignisse waren Anlaß genug für diese mahnenden Gedanken. Diese sollten aber nicht den Eindruck erwecken, wir seien grundsätzlich pessimistisch. Was die Chemie angeht, trifft eher das Gegenteil zu. ... etwa 1,8 Milliarden DM für Investitionen ... und auch in unseren Forschungsanstrengungen werden wir nicht nachlassen. Sie dürfen darin einen Ausdruck der Zuversicht für unser Unternehmen sehen." (BASF-Informationen 4/1977) – (Z-Red.)



Fabrikausbeutung brasilianischer Arbeiterinnen durch die BASF-Kapitalisten in der Magnetbandproduktion. Bei der Produktion im Ausland sei die „geschäftliche Tendenz freundlicher". Für die Arbeiter heißt das: schrankenlose Ausbeutung durch die BASF-Kapitalisten wie hier in Brasilien, nach dem Umsatz und den 18 Produktionsstätten zweitwichtigstes Land nach den USA für die BASF-Kapitalisten in Übersee.

Gleichzeitig verfolgen die BASF-
Fördermaßnahmen der zunehmenden na-
formationen 4/1977) – (Z-Red.)

Gier nach Extramehrwert

„Der Kapitalist, der die verbesserte Produktionsweise anwendet, eignet sich daher einen größeren Teil des Arbeitstags für die Mehrarbeit an als die übrigen Kapitalisten in demselben Geschäft." (Marx, Kapital I)

Weiterhin schreibt Marx:

„Die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit innerhalb der kapitalistischen Produktion bezweckt, den Teil des Arbeitstags, den er (der Arbeiter) für den Kapitalisten umsonst arbeiten kann, zu verlängern." (K. Marx, Kapital I, Die Produktion des relativen Mehrwerts).

Die BASF-Kapitalisten sind mit an der ersten Stelle der Schweißauspressung der Arbeiter, was man an den Zahlen der Profite der Kapitalisten sieht, also Meister an Ausbeutung der Arbeitskraft, der lebendigen Arbeit. Aber, um die Konkurrenz auf dem Markt zu übertrumpfen, ist es notwendig für den Kapitalisten, einen Extraprofit zu ergattern, der größer ist als die konkurrenz aus „ihren" Arbeitern herauspressen konnte.

Diese Aneignung von Mehrarbeit sah bei der Produktion von Palatal (Polyesterharz) wie folgt aus: Hierzu das Sprachorgan der BASF-Kapitalisten „BASF-Information":

„Wiederum betrat die BASF Neuland, denn ein derartiges Verfahren existierte in der ganzen Welt bis dahin nicht."

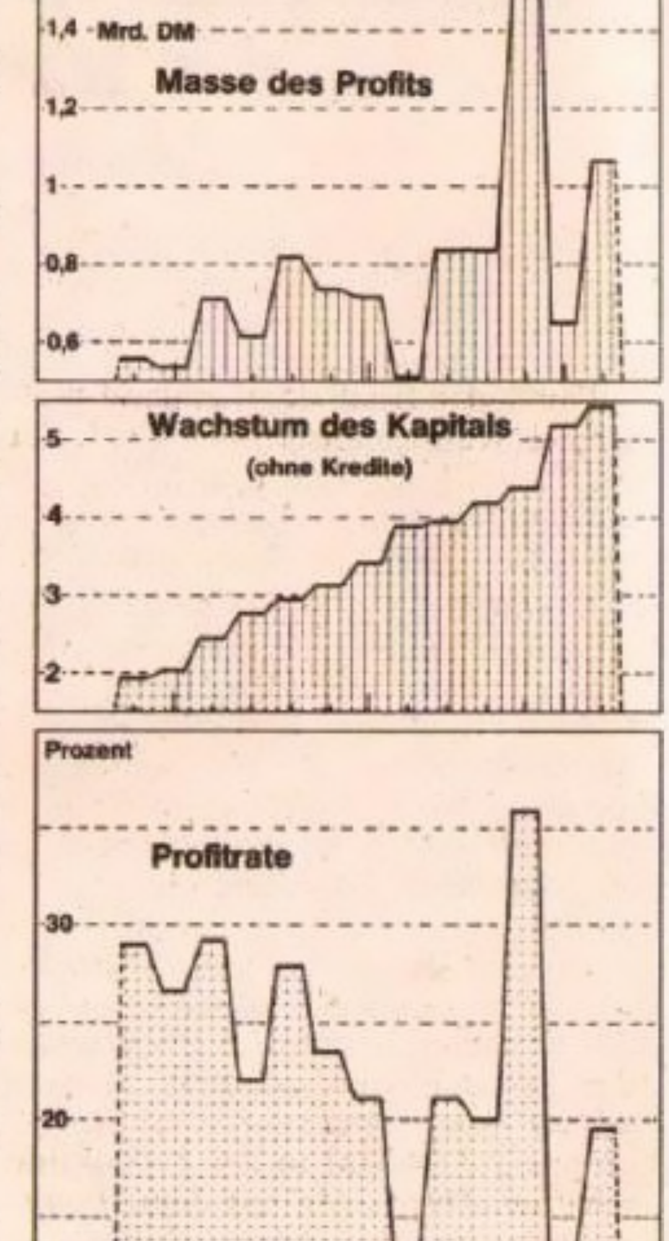
1959 wurden 7200 Tonnen Polyesterharz im Jahr produziert. 1964 stellten die BASF-Kapitalisten die Produktion auf eine kontinuierliche Anlage um. 1974 wurden 82000 Tonnen im Jahr produziert. Das brachte ihnen den Extraprofit, weil kein anderer Konzern die Polyesterharzproduktion rund um die Uhr laufen lassen konnte, da ihre Produktionsmethoden noch nicht so weit entwickelt waren. Die BASF-Kapitalisten nutzten somit das konstante Kapital, Maschinen wie Filter, Pressen usw. rund um die Uhr aus, saugten somit rund um die Uhr mehr lebendige Arbeit der Arbeiter ein und konnten das Produkt unter dem gesellschaftlich durchschnittlichen Wert verkaufen.

Im Betrieb F 712, Ultramid-Versand, erzwangen sie den Extraprofit über die Verdichtung des Arbeitstages mit schnellerer Kondensation der Kessel. 1968 brauchte ein kleiner Kondenskessel mit 1,2 Tonnen Produkt sieben Stunden zum Kondensieren. Vier Kondenskessel sind es im C-Bau. Ein großer Kondenskessel mit 6 Tonnen Produkt brauchte 20 Stunden. 1969 wurden in die Kessel eine verstärkte Heizung und die neue Nachkondensation eingebaut. Nach dem Umbau haben die kleinen Kondenskessel jetzt eine Kondenszeit von 3 Stunden, 40 Minuten, und der große Kondenskessel eine von 12 Stunden.

Die BASF-Kapitalisten, haben es durch den Umbau der Kondenskessel geschafft, den Arbeitstag so zu verdichten, daß die Arbeiter die doppelte Menge Material ausfahren müssen, ihr Lohn aber auf dem alten Stand bleibt. Das bedeutet, daß der Teil, den der Arbeiter für den Kapitalisten arbeitet, umsonst verlängert wurde.

Die Kapitalisten setzen Maschinen ein, nicht um der Maschine willen oder daß der Arbeitsprozeß für den Arbeiter leichter wird, sondern um immer mehr unbezahlte Arbeit aus dem Arbeiter herauszuholen. Haben die Imperialisten erst mal den Extraprofit gerochen, so lassen sie aus allen Rohren produzieren, wo es nur geht. Denn der Extraprofit ist nur zu realisieren, solang die anderen Konzerne nicht in der Kunst der Ausbeutung nachgezogen sind. Sind sie nachgezogen, pendelt sich der Wert der Ware wieder ein. – (Zelle BASF)

Profit und Kapital der BASF AG



Jede Mark des Jahr für Jahr gestiegenen Kapitals ist aus den Arbeitern des Konzerns und einiger Dutzend Tochtergesellschaften in der ganzen Welt gepreßt. Um dies darzustellen, haben wir aus den Geschäftsberichten das Grundkapital, Rückstellungen und Rücklagen zusammengezählt. Um die Profite in etwa herauszufinden, haben wir den Gewinn vor Steuer einschließlich den Veränderungen der Rücklagen und Rückstellungen gerechnet. Die Masse des Profits, also die Masse der ausgepreßten Mehrarbeit, ist gestiegen, die Rate des Profits, d.h. sein Verhältnis zum Kapital, ist gesunken. Das macht die Monopolbourgeois lahm in neuen Investitionen, aber wild in der Auspressung von Mehrarbeit.

Betriebskrankenkasse: Ausplünderung und Unterdrückung

1974 befanden sich in den Händen der BASF-Kapitalisten über die Betriebskrankenkasse 50060482 DM, die 43170 Arbeiter und Angestellte durch ihre Zwangsbeteiligung von 50 Prozent an der Krankenversicherung in die Betriebskrankenkasse einzahlen mußten. Billiger können die Kapitalisten nicht an den Lohn der Arbeiter rankommen und dazu noch für sich selber zinsbringend anlegen. Im Jahr 1975 kamen die BASF-Kapitalisten über den „Arbeitnehmeranteil zur Krankenversicherung" an 57058644 DM und 1976 ist der Lohnraub schon auf 64272830 DM gestiegen.

Die Betriebskrankenkassen und die Pensionskassen sind nicht nur Kapital in der Hand der Kapitalisten, sie sind gleichzeitig Mittel zur Unterdrückung und Schikane gegenüber den Versicherten. So haben sie im Krankheitsfall nicht nur das Formular der „Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung für den Arbeitgeber" in der Hand, sondern auch das Exemplar für die Kasse, so daß sie jederzeit einen vollständigen Überblick über die Ausbeutbarkeit der Belegschaft haben. Dazu brauchen die Kapitalisten auch die 23 Ärzte und 125 medizinisch-technischen und kaufmännischen Fachkräfte, die sie in ihrem Geschäftsbericht 1976 als soziale Großtat ausweisen. Die sechs Krankenbesucher, die aus den Geldern der BKK noch 1960 ernährt wurden, sind mittlerweile auf einen reduziert worden, was mit Sicherheit keine freiwillige Leistung der Kapitalisten war.

Auch in der Pensionskasse der BASF muß das Ehrenbergsche Kostendämpfungsgesetz seinen Lehrmeister gefunden haben. Es funktioniert nur auf der Grundlage der Spaltung und Aufteilung der Arbeiterklasse in die verschiedensten Ersatz-, Invaliden- und privaten Versicherungskassen, die sich allesamt in Händen der Kapitalistenklasse befinden. Bei der BASF geht die Spaltung gleich noch quer durch die Belegschaft. So müssen für die Renten der Pensionskasse nur die Angestellten 1/3 des Beitrags zahlen (2 % des Gehalts), die restlichen 2/3 müssen die Kapitalisten zahlen. Schon kann man sich gut vorstellen, wie der Abteilungsleiter sagt, daß von seinen Gnaden die Arbeiter eine höhere Rente als von der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten.

Mit wachsender Fluktuation der Belegschaft, senken sich direkt die Ausgaben der betriebseigenen Versicherungskassen. Da sich die Zahlungen aus der BASF-Pensionskasse nach dem Dienstalter richten (z.B. erst bei 40 Dienstjahren wird die Rente durch Zahlungen der Pensionskasse auf 75 % des letzten Nettolohns oder -gehalts erhöht), ist die Freude der Kapitalisten groß darüber, daß das durchschnittliche Dienstalter nur 12,8 Jahre beträgt. Genauso ist es mit dem Lebensalter der Beschäftigten. Junge Leute sind durch die Profitproduktion noch nicht so verschlissen, die Kosten für die BKK werden gedämpft, durch die Frühpensionierungskampagne 1976 konnte alte zerschlissene Arbeitskraft durch junge ersetzt werden. Damit sind zwar die Kosten für die Pensionskasse um 4,1 % gestiegen. Aber das hat sich den Kapitalisten allein durch den größeren Druck ausgezahlt, den sie dadruch auf die älteren Arbeiter ausgeübt haben, die es sich gar nicht leisten können, in Rente zu gehen. Zumal die ruinierte Lebenskraft, unterstützt durch die Ehrenbergsche Kostendämpfung das ihrige dazutun wird, daß die Rentner nicht mehr lange in den Genuß der Zusatzrente aus der Pensionskasse kommen.

Deutlicher als an dem Beispiel der Betriebskrankenkasse und der Pensionskasse der BASF kann man gar nicht zeigen, daß im Kapitalismus der Arbeiter nur leben kann, wenn er einen Ausbeuter gefunden hat – durch die Versicherungen in der Hand der Kapitalisten wird auch der Zeitpunkt des Tods von ihnen entschieden.

Lohnsenkung bei gleichzeitiger Steigerung der Ausbeutung durch Akkord

In der BASF gibt es 44 verschiedene Lohngruppen, hierzu kommen noch verschiedene Prämien, Zulagen, Zuschläge usw. Tariflohn mit Leistungsabhängiger Prämie, Betriebsprämie, Akkordverdienst. Hierzu kann noch kommen: Schmutzzulage, Kälte- und Wärmezuschläge, Lärmzuschlag usw. Schauen wir uns den Akkordlohn an.

„Beim Stücklohn sieht es auf den ersten Blick aus, als ob der vom Arbeiter verkaufte Gebrauchswert nicht die Funktion seiner Arbeitskraft sei, lebendige Arbeit, sondern bereits im Produkt vergegenständlichte Arbeit, und als ob der Preis seiner Arbeit nicht wie beim Zeitlohn durch die Bruchzahl Tageswert der Arbeitskraft geteilt durch Arbeitstag von gegebner Stundenzahl, sondern durch die Leistungsfähigkeit des Produzenten bestimmt werde." (Kapital I, Der Stücklohn)

Die ökonomische Voraussetzung der Akkordarbeit ist der niedrige Tarifgrundlohn, so niedrig, daß der Arbeiter davon nicht leben kann.

Im Betrieb F 712 Ultramid-Versand wird Ultramid (Kunststoff) in Säcke, Fässer oder Octabin (Kartons) aus Silos abgelassen.

Es hat den Anschein, je mehr Tonnen man abläßt, desto mehr verdient man. Der Durchschnittslohn in F 712 liegt bei 1200 DM bis 1300 DM. Er schwankt um 100 DM. 1200 DM ist der historisch gegebene Geldbetrag in Rheinland-Pfalz für die Reproduktion der Arbeitskraft. Er rechnet sich durch den durchschnittlich gesellschaftlichen Geldbetrag aus, den ein Arbeiter braucht, um seine Arbeitskraft zu reproduzieren. Zum Essen, Trinken, für ein Bett zum Schlafen.

Vergleicht man den Lohn von einem Akkordarbeiter und einem Arbeiter, der auf Betriebsprämie schafft, müßte man das „Mehr" der Akkordarbeit sehen. „Leistung wird bezahlt", ist die Parole der Kapitalisten. Aber auf dem Lohnzettel sieht man nichts davon. Die Löhne der verglichenen Arbeiter in Lohngruppe II schwanken um 1200 DM. 100 DM Schwankung soll die Arbeiter nur anspornen für die vermehrte Ausbeutung der Arbeitskraft.

Weiterhin schreibt Marx:

„Der Stücklohn wird nach dieser Seite hin zu fruchtbarster Quelle von Lohnabzügen und kapitalistischer Prellerei."

Im F 712 haben es die Kapitalisten geschafft, die Akkordberechnung zu verheimlichen. Kein Arbeiter konnte sich seinen Lohn ausrechnen, weil er die Grundlage der Akkordberechnung nicht hatte.

So kam es, daß vier Arbeiter am Tag 30 Tonnen abliessen, was über dem Durchschnitt der Arbeitsleistung liegt, und abends der Meister sagte, „Ihr habt das Salz in der Suppe nicht verdient".

Eine weitere Form der Prellerei ist eine Form der Absetzung der Akkordarbeit zeitweise auf Prämie. 1971 schafften die Arbeiter aus F 712 einen durchschnittlichen Akkord von 35% und darüber. Das war zu ihrer durchschnittlichen Arbeitsintensität geworden. Sie wurde dadurch erreicht, daß der Kapitalist sie mittels Akkord dazu trieb, sich selber zur verstärkten Verausgabung ihrer Arbeitskraft anzutreiben.

Durchschnitt der Arbeitsleistung liegt, arbeit zeitweise auf Prämie. 1971 der Kapitalist sie mittels Akkord dazu der Arbeiter verhindern.

Lohnentwicklung 1969 bis 1977

	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
Tarifstundenlohn	3,95	4,90	5,28	6,53	7,44	7,95	8,44	8,44	*
Tarifmonatslohn	695,20	862,40	929,28	992,64	1149,28	1309,44	1399,20	1485,44	1485,44
Nettomonatslohn	530,24	648,48	694,15	733,81	829,38	917,28	1031,21	1040,42	1040,00
Reallohn	520,74	631,68	659,35	608,55	620,58	606,05	598,83	585,76	579,28

* vor Tarifabschluß

Lohngruppenaufgliederung bei der BASF
„gewerbliche Arbeitnehmer"*

		Anzahl	in Prozent
I	Fabrikationsarbeiter und Sonstige	341	1,3
III	"	6477	25,0
IV	"	5954	23,0
IV	Handwerker	1187	4,6
IV/1	Handwerker plus 4%	1243	4,8
V	Fabrikationsarbeiter und Sonstige	1694	6,5
V	Handwerker	1983	7,7
VA	Handwerker	536	2,1
V/1	Handwerker plus 4%	2091	8,1
V/1 A	Handwerker plus 4%	92	0,4
	INSGESAMT	25882	100,0

* Stand: 30. Oktober 1976

Innerbetriebliche Lohnstruktur

Die Lohnverteilung bei den BASF-Arbeitern, Stand Oktober 1976:

In den Lohngruppen I bis III sind ca. 43 Prozent der Arbeiter eingestuft, 11102 Arbeiter. Ca. 2/3 von 25882 oder 17056 sind schon in den Lohngruppen I bis IV eingestuft. Etwa 2/3 der Arbeiter verdienen bei Normalschicht also im Höchstfall Lohngruppe IV, 1647,80 brutto, netto 1210,40 oder Lohngruppe I 1440,70 brutto – netto 1113,20 DM bei Steuerklasse III/1.

Der Zwang zur Akkord- und Schichtarbeit ist klar ersichtlich: Nur mit Akkord- oder Nachtschichtzulagen kann der Lohn erreicht werden, der zur Existenzgrundlage benötigt wird. Die Spaltung durch Zulagen ist tief:

Wechselschichtarbeiter, Steuerklasse III/1, Grundlohn, Lohngruppe IV,
9,47 DM plus 1,42 DM Zulage (14,4%) gleich 10,89 DM

Stundenlohn	Brutto	Netto	Zulage	Art der Zulage
10,88	1647,80	1209,60	14,4%	Wechselschicht 12 Stunden
11,26	1959,20	1409,90	4,0%	Handwerkergruppen LG IIa – IVd
12,14	2093,20	1495,00	12,0%	"
14,61	2542,10	1775,50	35,0%	Vorarbeiter LG IIa – IVd, 35 bis 50%
16,77	2918,00	2005,00	55,0%	"
12,45	2166,30	1542,00	15,0%	Aufsicht LG IIa – IVd, 15 bis 50%

Weitere Spaltungsmöglichkeiten durch Prämien und Zulagen

Erstmannszulage	15 – 30%	LG IIa – IVd
Betriebs- und Laborprämie	10 – 30%	abhängig vom Produktionsergebnis
Werksangestellte	13 – 45%	LG IV
Bürohelfer	5 – 25%	unter / über 50 Jahre LG Ia – IV
Putzfrauen	5 – 20%	LG Ia
Feuerwehrmänner	10 – 25%	LG IV

Hat der Kapitalist erreicht, daß sich beim Akkord ein neuer Durchschnitt auf Grundlage gestiegener Arbeitsintensität zeigt, versucht er entweder, die Akkordvorgabezeiten zu ändern, oder er setzt den Akkord ab. In diesem Fall hatte er Schwierigkeiten, die Akkordvorgabezeiten zu ändern. Also wurde der Akkord abgesetzt. Natürlich nicht unverhüllt. Er zahlte jetzt eine „leistungsabhängige" Prämie sowie eine Betriebsprämie, die je Arbeiter verschieden ist. 1971 hatte der Arbeiter einen Akkordsatz von 35,89 Prozent. Also ein Verhältnis von tariflichem Lohn zu übertariflichem Lohn von 100 zu 135,89 Prozent.

Im Jahr darauf kommt der Arbeiter *ohne Akkord* mit Betriebsprämie und „leistungsabhängiger Prämie" auf 37,94 Prozent (1973) und im Jahr darauf aber nur noch auf 32,79 Prozent (1974). Der Kapitalist hat es geschafft: Das, was sich der Arbeiter 1974 dazuverdient, ist im Verhältnis weniger als das, was er im Jahr 1971 durch Akkord dazuverdient hat.

So haben die Kapitalisten die Senkung des Lohnes durchgesetzt und im gleichen Zeitraum haben sie es geschafft, die durchschnittliche Arbeitsintensität eines Arbeiters von täglich 5,5 Tonnen auf 7 Tonnen zu erhöhen. Sie schafften das durch Rationalisierung und Antreiberei.

„Aber der größere Spielraum, den der Stücklohn der Individualität bietet, strebt einerseits, die Individualität und damit Freiheitsgefühl, Selbständigkeit und Selbstkontrolle der Arbeiter zu entwickeln, andrerseits ihre Konkurrenz unter und gegeneinander", schreibt Karl Marx weiter.

Das machen die Kapitalisten, indem sie die Arbeiter in Gruppen einteilen. In F 712: Dreier- oder Vierergruppen. Die Arbeiter teilen sich selbst die Arbeit ein, der eine läßt das Produkt ab, der 2. legt die Säcke auf die Palette, der 3. und 4. verschweißen die Säcke. Wenn ein Arbeiter kräftemäßig nicht mehr kann, muß ein anderer seine Arbeit mitmachen oder sie treiben ihn an, schneller zu arbeiten. Somit tritt eine Spaltung unter den Arbeitern auf, da der eine Arbeiter den Lohn der ganzen Akkordgruppe drückt. Um den Zusammenschluß der Arbeiter zu unterbinden, der unter vier Arbeitern schnell erreicht ist, werden jeden Tag die Gruppen ausgetauscht. So wollen die Kapitalisten den Zusammenschluß der Arbeiter verhindern.

Fabrikausbeutung der Arbeiterjugend durch die BASF-Monopolkapitalisten

Durch den Erlaß des rheinland-pfälzischen Kultusministeriums 1975, der die Freistellung von Jugendlichen von der Berufsschule ermöglicht, versprachen sich die BASF-Kapitalisten bessere Ausbeutungsmöglichkeiten der Jungarbeiter im 3. Berufsschuljahr. 1976 wurde die Zahl der Jungarbeiter vergrößert, bei den ausländischen Jugendlichen sogar von 35 auf 70 verdoppelt. Im Lauf des Jahres kamen noch weitere 20 Jugendliche ohne Hauptschulabschluß hinzu.

1977 wurde die Zahl der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß auf ca. 200 erweitert. Unter dem Deckmantel der „Ausbildungsförderung" müssen sie für einen Studenlohn von Lohngruppe I 7,04 DM in der Produktion schaffen. Durch den mit dem Hauptvorstand der IG Chemie abgeschlossenen Tarifvertrag soll ihr Lohn weiter gesenkt werden auf die Höhe des Lehrlingslohns vom 1. Lehrjahr minus 10%. Das sind Hungerlöhne von rund 370 DM monatlich.

2 Millionen DM schmeißt die Landesregierung den Kapitalisten dafür zusätzlich noch in den Rachen.

Um die Ausbeutung der Lehrlinge zu verschärfen, werden sie immer mehr von den Erwachsenen Arbeitern isoliert, wie in der neuen Lehrwerkstatt, die ganz am Rand des Werkes liegt, oder durch Verbote, in die Werksküchen zu gehen. Um den Widerstand zu brechen, wurden der Jugendvertretung die Freistellungszeit um 50 Prozent gekürzt, die Jugendvertrauensleuteversammlung während der Arbeitszeit gestrichen und die Jugendversammlungen gekürzt.

Nach dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz der Bundesregierung vom Mai 76 ist die Akkordarbeit unter Aufsicht und zu Ausbildungszwecken erlaubt. Da in den technischen Berufen die Lehrlinge 1 bis 1 1/2 Jahre mit Akkordarbeitern zusammenschaffen und in die Akkordarbeit reingezogen werden, was jetzt legitimiert wurde, hat die BASF deren Zahl von 74 1994 auf 76 2162 gesteigert, gegenüber z.B. den Büroberufen 74 von 221 auf 76 176 – gesenkt.

Ein weiteres Mittel der Kapitalisten, den Lohn der Jugendlichen zu senken, sind die Prüfungen, Nichtübernahmen und die Probezeit. Bei den Elektrikern liegen z.B. 76 die Durchfallzahlen bei 40%. Wer durchfällt, kann zwar durch seine lange Ausbildung voll eingesetzt werden, wird aber nach dem Lohn des letzten Lehrjahres bezahlt.



Am 26.4.77 demonstrierten 300 Lehrlinge durch das Werk für 50 DM mehr

76 wurden Nichtübernahmen, z.B. 44 Handwerker bei Lohngruppe II in die Produktion gesteckt, wo dann Schlosser eingespart werden können, die nach Lohngruppe IV bezahlt werden müßten.

Nach den Probezeitentlassungen 1975 wurden von 37 Lehrlingen 15 in Hilfsarbeiterstellen gepreßt, 77 sind es schon über 60.

Im Naturwissenschaftlichen Bereich wird die Ausbeutung billiger jugendlicher Arbeitskraft durch Streichung von betrieblichen Durchläufen erreicht. Anstatt ein Viereljahr stehen die Lehrlinge dort oft ein Jahr und mehr am selben Stand, um „Routine zu bekommen", wie die Kapitalisten sagen.

Mit der Möglichkeit der verschärften Ausbeutung junger unverbrauchter Arbeitskraft säubern die BASF-Kapitalisten Zug um Zug alte Arbeiter aus der Produktion, deren Arbeitskraft verbraucht und die zu teuer sind. 1975 begannen sie mit einer Frühpensionierungsaktion, Prämien bei Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze (Auszahlung der Jubiläumsgaben und Dienstaltersprämie ab 40jähriger Betriebszugehörigkeit) und Abfindungen. Insgesamt wurden so 1975/76 über 1100 Arbeiter und Angestellte gekündigt. – (Zelle BASF)

OPEC-Tagung und das Geschrei der Imperialisten, besonders der Chemiekapitalisten

In Wien haben Beratungen der erdölproduzierenden Länder über eine Erhöhung der Rohstoffpreise für Rohöl begonnen. Sie dienen der Vorbereitung der Konferenz am 20. Dezember in Caracas. Die westlichen Imperialisten verfolgen die Tagung der OPEC-Staaten mit wildem Haß: „Komplettiert wird das Schauspiel von der gut funktionierenden Staffage westlicher Politiker, die, von der OPEC mit Zuckerbrot und Peitsche dressiert, wie Tanzbären ihre Rolle spielen. Dabei ist weit und breit nicht ein einziger Anhaltspunkt in Sicht, der in einen wesentlich anderen Beschluß der OPEC als schon in den drei Jahren zuvor erwarten läßt. Der Ölpreis dürfte demnächst offiziell um 10, vielleicht um 15 Prozent heraufgesetzt werden." (Frankfurter Rundschau, 10. November)

Stabilisierung der Rohstoffpreise durch Ausgleichslager, die bei fallenden Preisen Rohstoffe kaufen und bei steigendem Preis verkaufen unter gleichberechtigter internationaler Kontrolle, Gründung eines gemeinsamen Fonds zur Finanzierung dieser Lager, Aufbringung der Mittel dazu im wesentlichen durch die Imperialisten, Anbindung der Preise an die Preisentwicklung für die Exportprodukte der Imperialisten, um die fortschreitende Verschlechterung der Austauschverhältnisse aufzuhalten, sind die Forderungen der Länder der Dritten Welt. Sie hindern direkt die Profitmacherei der Imperialisten. Unumschränkte Ausplünderung der Rohstoffe, Ausbeutung der Arbeiter und Unterdrückung wollen die Imperialisten. Deshalb verstärken sie die Hetze gegen die erdölproduzierenden Länder. Vornedran sind die Chemiemonopolisten. Dr. Hans Moell, stellvertretender Vorsitzendes des Vorstandes der BASF AG: „Forderungen nach sogenannten integrierten Rohstoffprogrammen, wie sie z.B. bei der Welthandelskonferenz erhoben wurden, laufen letztlich auf eine Aufhebung marktwirtschaftlicher Prinzipien hinaus." (Handelsblatt, 28.10.77)

„Alle Hilfsmaßnahmen müssen im beiderseitigen Interesse vielmehr hinauslaufen, die Entwicklungsländer in eine freie Weltwirtschaftsordnung einzubeziehen ... Über geeignete Maßnahmen wie z.B. den Ausbau eines Erlösstabilisierungssystems oder die Entwicklung von den jeweiligen Bedingungen angepaßten Technologien wird zur Zeit nachgedacht", fährt Moell fort.

„Erlösstabilisierungssystem" ist nichts anderes, als daß die Imperialisten die Länder der Dritten Welt über Kreditvergaben und „Hilfen" des Internationalen Währungsfonds (IWF) in noch größere Schuldknechtschaft bringen. „Wichtig ist, daß die Entwicklungsländer einen Eigenbeitrag leisten. Dazu gehört auch die Schaffung eines Investitionsklimas, das Investoren ... die nötige Sicherheit bietet." (Moell)

Die Imperialisten haben es dahin gebracht, daß zwei Drittel der Weltraffineriekapazität in Westeuropa und Nordamerika liegen. Der Anteil der OPEC an der Weltraffinerie beträgt zur Zeit 6% (Handelsblatt, 3.11.77). Die OPEC-Staaten sind dabei, eigene Raffinerien aufzubauen. Ali M. Jaidah, der Generalsekretär der OPEC, hat auf der Energiekonferenz in Stockholm betont, daß die Erdölproduzenten so lange wie möglich ihre Reserven schützen werden.

Entschieden sind die Imperialisten dagegen: „Voraussetzung war und *bleibt* in Zukunft ein unbehinderter Zugang zu den Rohstoffmärkten in einem freien Welthandel. Das Verhalten der OPEC in und nach der Ölkrise hat die Risiken sichtbar gemacht. Vor allem muß die Signalwirkung auf andere Rohstoffmärkte beunruhigen (Moell)." Welche Gedanken über den unbehinderten Zugang zu den Rohstoffen bestehen, hat ein Professor Dietrich Kappeler bekanntgegeben: Unter „politischen Maßnahmen" empfiehlt der Professor „eine Ausnützung dieser politischen Verletzlichkeit, sei es durch Provozierung eines internen Umsturzes oder durch die Anstiftung von Konflikten zwischen den Golfstaaten ..., wäre jedoch für die Wahrung der Interessen der OECD-Länder im Sinne einer gesicherten Versorgung mit Erdöl zu tragbaren Preisen wenig interessant ... Erfahrungen haben gezeigt, daß jeder Umsturz zu einer zumindest vorübergehenden Radikalisierung geführt hat." (Europa Archiv 77, 559) „Über die Auswirkungen einer militärischen Intervention im Persischen Golf zur Sicherung der Ölversorgung des Westens brauchen nicht viel Worte verloren werden. In der gegenwärtigen Situation müßten die hierfür benötigten Streitkräfte aus großer Distanz herangeführt werden, was eine völlige Überraschung des anvisierten Landes von vornherein ausschließt." (Ebenda)

Das ist ein Wink mit dem Zaunpfahl. Vorbei sind die Zeiten der Kolonialherrschaft der Imperialisten. Die Spaltung der Völker der Dritten Welt in „arme" und „reiche" ist fehlgeschlagen. Die Völker der Dritten Welt stärken ihre Einheit und den Zusammenschluß. Nur mit offener militärischer Drohung sucht der Imperialismus seine Lebenszeit zu verlängern.

Die Kritische Theorie: auf hohem Roß in reaktionärem Sumpf

Eine Polemik gegen Bassam Tibi, Prof., Dr., Beamter

Niemals zuvor haben soviele hunderte Professoren im Auftrag der Kapitalistenklasse und ihrer Presse kritisch das wissenschaftliche Wort ergriffen, wie seit dem pazifistischen „Buback-Nachruf" eines Göttinger Studenten. Der Frankfurter „Kritischen Theorie" der Gesellschaftskritik tief verpflichtet, bestanden sie die Probe, ob sich ihre Beamtentreue zum bürgerlichen Staat in Krisenzeiten besonders bewährt. Sie riefen auf zur aktiven Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Ausbeutung, die sie „Fundamentalprinzipien unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens" nennen. Sie haben sich gegen alle gewendet, „die die Notwendigkeit auch gewaltsamer gesellschaftlicher Veränderung nicht ausschließen" (Erklärung von 177 Hochschullehrern). Lange ist diese Professorenbewegung mit den „Fundamentalprinzipien" schwanger gegangen. Jetzt verkündet sie offen, was mit den Reden „gegen Terror und Gewalt" gemeint ist. Vorgeschickt wurde Prof. Dr. Bassam Tibi vom Fachbereich Sozialwissenschaften in Göttingen. In einem eingerahmten Leserbrief an den „Spiegel" kündigt er an, daß er seine Koffer packen will, um sich eine neue „Wahlheimat" zu suchen. Man darf annehmen, daß mehr Professoren kommen werden und sagen: „Ganz aus dem Herzen gesprochen, Herr Professorenkollege Tibi", und daß eine neue Welle von Erklärungen eingeleitet wird. Seine Ankündigung ist eine Aufforderung an die Bourgeoisie, die Organisationsfreiheit einzuschränken und den KBW zu verbieten.

Jürgen Habermas

Was veranlaßt den Mann, eine „neue Wahlheimat" anzuvisieren? Er spricht davon, daß man die Reden von Strauss und Dregger studieren müsse, sie seien geistfeindlich und bedrohlich. Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule werde der Schuld am Terrorismus bezichtigt. Strauss und Dregger hätten „eine Manier, die sonst nur noch im Einflußbereich stalinistischer Bürokratie Anklang findet". „Volksjustiz" nennt er, was Volksfeinde wie Strauss und Dregger veranstalten. Den Haß auf diese offenen Reaktionäre will er gegen die Kommunisten und gegen die Volksmassen lenken. Was er wirklich fürchtet, ist nicht die Reaktion und nicht der Faschismus, sondern das, was die Bourgeoisie insgesamt fürchtet, die soziale Revolution, die Volksjustiz über die Ausbeuter und die ideologischen Vertreter des „Geistes" ihrer Grundordnung, „barbarische Geistfeindschaft", „neue Aktionisten der stalinistischen K-Gruppen", „Psychoterror" – Volksterror –. Der „Göttinger Kommunistische Bund Westdeutschland" habe auf einer Wandzeitung zur „Störung" seiner Vorlesung aufgerufen: „Wir müssen dieses Denken der Frankfurter Schule vernichten."

Das ficht ihn an. Geboren „als Araber", nahm er sich das „vorbildliche Grundgesetz" des Privateigentums der Kapitalistenklasse in Westdeutschland und eine Professur an ihrem Hofe als materielle „Wahlheimat"; als ideologische die „Kritische Theorie" der Frankfurter Schule. Diese „Wahlheimat" des BRD-Imperialismus ging in der Zeit seines Parteigenossen W. Brandt unter der Parole „Mehr Demokratie wagen" mutig verstärkt daran, den Brückenkopf Israel gegen die arabischen Völker auszubauen. Als Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung hat er an den Verdiensten dieser Organisation für den aufstrebenden BRD-Imperialismus Anteil. Was diese „Wahlheimat" ihm gibt, zahlt er als politischer Wissenschaftler und Friedensforscher mit Zinsen zurück. So läßt er die Reihe der „Friedenskanzler" mit Adenauer beginnen. Als „Friedensforscher" hat er Anteil an der Ächtung der revolutionären Gewalt, indem er „die verschiedenen Formen von Gewalt und Friedlosigkeit im internationalen und innergesellschaftlichen Bereich" zu „überwinden" sich zur Aufgabe gemacht hat.

Max Horkheimer

„In fünf Jahren werden wir Ruhe an der Universität haben." Das war dem SPD-Mitglied von der Mitprofessorin Grebing, rechte Hand der SPD bei der Berufungspolitik in Niedersachsen, mit auf den Weg gegeben worden. Als kühle Politikerin hat sie darauf gesetzt, daß die Studenten die Hoffnung auf die Universität mitbringen, daß sie dort durch wissenschaftliches Studium zu „Emanzipation" und „Befreiung" beitragen könnten und daß die „Kritische Theorie" dieser Illusion entgegenkommt.

Ideologisch und praktisch hat der Mann als Unterdrücker besondere Leistungen auszuweisen. Von seinem Lehrer Adorno hat er die Theorie der „Halbbildung" mitgebracht. Die Intellektuellen sollten sich vom „gnadenlosen zivilisatorischen Prozeß", von der „Kollektivität als blinde Wut des Machens" befreien. Bloß auf Praktisches hin, auf die gemeinsamen Interessen hin zu denken, das sei „Angestelltenkultur der sozialisierten Halbbildung, weil sie die Merkmale der unteren Mittelschicht" trage. Notwendig sei zweckfreie höhere Bildung.

Der Zweck dieser praxisfreien Philosophieübungen ist ein höchst praktischer. Es ist die Einübung in das idealistische Weltbild der Bourgeoisie, die von fremder Arbeit lebt und über diesem Parasitendasein die höchst greifbare Grundlage ihrer eigenen Existenz, die fremde Arbeit, vergißt, in schöne philosophische Gedanken verpackt. Daß der Inhalt dieser idealistischen Philosophie Parasitendasein ist, hat Adorno, ideologischer Erzeuger von Tibi, kurz vor seinem Abgang zusammengefaßt: „Nichtstun wie ein Tier, auf dem Wasser liegen und friedlich in den Himmel schauen, ‚Sein, sonst nichts, ohne alle weitere Bestimmung und Erfüllung' könnte anstelle von Prozeß, Tun, Erfüllung treten und so wahrhaft das Versprechen der Dialektischen Logik einlösen, in ihren Ursprung zu münden. Keiner unter den abstrakten Begriffen kommt der erfüllten Utopie näher als der vom ewigen Frieden." (Sur l'eau. in: Minima moralia) „Auf dem Wasser liegen" – gemeint ist der Badestrand von Kampen/Sylt. „Sein, sonst nichts" – gemeint ist hier die Vermehrung des Bankkontos von fremder Arbeit, wenngleich das philosophisch verschlüsselt ausgedrückt ist. „Erfüllte Utopie vom ewigen Frieden" – hier schwant dem philosophischen Bourgeois, daß dieses „reine Sein" seine Grenze findet, wo er selbst der Produktion zugeführt wird.

Die Masse der Studenten hat nicht die Perspektive „Wie ein Tier auf dem Wasser liegen" und „reines Sein", während das Bankkonto sich mehrt, vor sich. Sie wird auch die Anschauungen des „reinen Seins" freiwillig nicht übernehmen. „Der Stoff dieser Vorlesung (Einführung in die Kritische Theorie) wird ab diesem Semester als selbstverständliche Grundkenntnisse vorausgesetzt." Als erster am Fachbereich Sozialwissenschaften hat Tibi versucht, Klausuren für Anfängerübungen einzuführen: „In der Abschlußklausur werden Fragen über den gesamten Stoff des Seminars gestellt. Die Abschlußklausur hat die Funktion zu überprüfen, inwiefern der Stoff ... von den Teilnehmern korrekt rezipiert (aufgenommen) ist." Für die marxistisch-leninistische Theorie von der notwendigen Zerschlagung des bürgerlichen Staates regnete es Fünfen.

Dagegen gab es spontanen Zusammenschluß, der von der großen Mehrheit der Studenten getragen wurde. Wie seine Ziehväter Adorno und Habermas und wie seine Kollegen W. Euchner und P. Lösche wandte er sich gegen diese von „stalinistischen K-Gruppen" initiierten „stalinistischen Schauprozesse" der halbgebildeten Massen gegen die Freiheit seines „Geistes". Die Dienstaufsichtsbehörde forderte er auf, dagegen einzuschreiten, daß er „terrorisiert" würde: „Die Verfasser der Klausuren haben mich während meiner Sprechstunde aufgesucht ... sie sind gewaltsam in mein Zimmer eingedrungen." Worin hat die Gewalt bestanden? „Sie haben sich geweigert, sich auf meine Bitte einzulassen, einzeln in mein Zimmer einzutreten, da ich ja auch einzeln die Klausuren korrigiert habe ..."

„... Habermas Gesammelte Texte ‚Protestbewegung und Hochschulreform' sprechen den Diffamierern um Strauss und Dregger Hohn", die Kritische Theorie begünstige revolutionäre Gewalt, sagt Tibi im Leserbrief. Recht hat er. Die Bourgeoisie hat sich diese Hausphilosophen von Anfang an nicht als Luxus gemästet. 236000 DM steuerte der John-McCloy-Fonds, eine Stiftung des US-Imperialismus, zur Gründung des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt bei. Die Köpfe hießen Adorno und Horkheimer. Dieser wollte seine amerikanische Staatsbürgerschaft nicht aufgeben. „Nach monatelangen Verhandlungen mit dem amerikanischen Hochkomissar John McCloy, der Horkheimers Wunsch unterstützte, unterzeichnete im Juli 1952 Präsident Truman ein Gesetz, worin Horkheimer die amerikanische Staatsbürgerschaft unabhängig von seiner Rückkehr nach Deutschland auf Lebenszeit garantiert wurde." (H. Gumnior/R. Ringguth. Horkheimer, S. 92) Horkheimers und Adornos Theorie der Autoritären Persönlichkeit, ihr Faschismus-Fragebogen erklärte die Eigenschaften der Massen zur Ursache der Errichtung der faschistischen Herrschaft des Finanzkapitals unter Hitler. Damit haben sie ideologisch verankert, daß das „vorbildliche Grundgesetz" der Kapitalisten und ihr Staat verstärkt – gegenüber Weimar – vor dem arbeitenden Volk geschützt werden muß.

Gegen die alte Studentenbewegung, die „intellektsfeindlichen Aktionisten", haben sich besonders Adorno und Habermas hervorgetan. Ihrem Spuk vom Sozialismus durch „herrschaftsfreien Dialog" wurde schon 1968 schwer zugesetzt. Bei der WiSo-Basisgruppe setzte sich die Erkenntnis 1969 durch, daß sie „professorale Hilfspolizisten" im kritischen Mäntelchen sind, als sie aus Befürchtung „illegaler Aktionen" die „kritische Diskussion" beendeten und die Polizei holten. Die Freiheit der bürgerlichen Wissenschaft muß eben genauso vehement gegen das Volk verteidigt werden wie das Privateigentum. Deshalb ächtete Habermas den Angriff der alten Studentenbewegung auf die bürgerliche Staatsordnung als „linken Faschismus". Die „sublime Gewalt der Institutionen" werde durch die Studentenbewegung zu „offener Gewalt" provoziert, mit dieser Theorie nahm Habermas die staatliche Unterdrückung und seine eigene Unterdrückertätigkeit in Schutz. „Plebiszitäre Kontrollen der Lehrveranstaltungen von unten ... impliziert die Abschaffung der Lehrfreiheit ... ich möchte daran erinnern, daß es im Kodex liberaler Rechte sehr wohl solche gibt, die auch für uns völlig unveräußerlich sind." (Protestbewegung und Hochschulreform)

Die Bourgeoisie hat sich den Habermas nicht umsonst gemästet. Der hat damals ausgesprochen, wovor die Bourgeoisie Angst haben muß, vor der politischen Selbständigkeit der Studenten. Er hat programmatisch die Leitlinie der Unterdrückung und des Betrugs der Studentenbewegung festgelegt: „Wer nicht will, daß sich die Studenten als Tarifpartner der Kultusminister gewerkschaftlich organisieren und wer gleichwohl ihre politische Beteiligung unermüdlich appelliert, wird ihnen schwerlich auf die Dauer ... Mitgestaltung der Universität ..." (ebenda) versagen können. Zu diesem Zweck legte er die Leimrute einer Institutsreform aus, nach der die Professoren in allen wesentlichen Fragen der Wissenschaft und Ausbildung die absolute Mehrheit hatten, die „Beteiligung" der Studenten an ihrer Unterdrückung aber erreicht werden sollte.



Auffangen der Studentenbewegung durch Betrug und ihre ideologische Fesselung, das hat die Bourgeoisie sich von der Kritischen Theorie als Beitrag zum Klassenkampf erwartet. In der Lage verschärften Klassenkampfes, wo die revolutionäre Bewegung dabei ist, die kommunistische Partei aufzubauen, und wo die Bourgeoisie in verschärfter internationaler Konkurrenz weniger Spielraum hat, da wird es denjenigen, die angetreten sind, den Klassenkampf durch Betrug abzustumpfen, zu eng im Speck. Den Aufschwung des Klassenkampfes gegen die Schmarotzerklasse erfuhr Tibi als Angriff auf seine Existenzgrundlage, die auch die Grundlage der Kritischen Theorie ist. Die Folge: In einer Lehrveranstaltung kam es zu einem Kollaps von Tibi. Er hatte einen Kuraufenthalt nötig. Was war? Ein Student hatte vertreten, daß die chinesische Revolution den Kaiser zu Recht der produktiven Arbeit zuführte. Das muß die Kritische Theorie ins Herz getroffen haben. – (Franz Dick / Norbert Roske, Göttingen)

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)